

VRB fordert rasche Gesetzesanpassung:

NACHBESSERUNG STATT STRAFVERFAHREN!

Fürsorgliches Eingreifen darf
kein Strafverfahren nach sich ziehen.

Titelthema
Fachoberschule:
Impulse zur
Weiterentwicklung

„Künstliche Intelligenz“ in der Schule: Datenschutzrechtlicher Faktencheck
Schulordnung für inklusiven Unterricht: VRB benennt Schief lagen im Entwurf
MINT-Geschäftsstelle: Zentrale Ansprechpartnerin für alle MINT-Akteure
Ausbilderinnen und Ausbilder: „Unsere Erwartungen an die Auszubildenden“
Lehrkräfte: Überdurchschnittlich stressbelastet
KlarText: Schulen brauchen Rückhalt gegen Hass und Hetze

Inhalt

Ausgabe Dezember 2023

Editorial	4
Der Landesvorsitzende hat das Wort	5
► Fachoberschule – Impulse zur Weiterentwicklung	
Die Fachoberschule ist eine feste Größe in der Schullandschaft	6
Der Weg zur Fachoberschule an der Realschule plus	8
VRB-Fachtagung: Fachoberschulen: innovativ und zukunftsorientiert	11
Bildungspolitik	
Schule im Angesicht von Krisen und Konflikten	18
Bundespräsident: Wir brauchen gute Schulen	20
VRB-Verbandsarbeit	
VRB-Umfrage zur Lehrkräftebelastung: „Wie hat sich Ihr Arbeitsalltag verändert?“	21
Landesdelegiertentag: Die Stimme des VRB wird gehört	22
Schulpsychologe Manuel Lillig: Schulische Krisen – Phänomene, Prävention und Intervention aus schulpsychologischer Sicht	25
Sitzung des Landeshauptvorstandes Evaluation – Weichenstellungen – Beschlüsse	26
Pressemitteilung des VRB: Schulen brauchen multiprofessionelle Unterstützung	28
Landesschüler*innenvertretung (LSV) und VRB wollen Austausch verstetigen	28
Pressemitteilung des VRB: Ohne Sprachkompetenz findet keine Kommunikation statt	28
VRB fordert Gesetzesanpassung: Ein Strafverfahren kann nicht die Antwort auf das fürsorgliche Eingreifen einer Lehrerin sein	29
Personalien	
Neuwahlen beim DL: Stefan Düll neuer Vorsitzender	30
Ralf Neugschwender neuer Bundesvorsitzender des VDR	31
Einkommensrunde TV-L 2023: Tarifgemeinschaft nicht einigungsfähig?	32
„Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“: Ist der Staat überfordert?	32
dbb bundesfrauenvertretung: Gleichstellung gibt es nicht umsonst	33
Schule in Rheinland-Pfalz	
Optimismus nicht angesagt: Neufassung der Schulbaurichtlinie	34
Aktuelle Statistiken und Grafiken	38
Mentoringprogramm: „Auf geht’s – mehr Frauen leiten Schule“	39
► VRB fordert Überarbeitung: Stellungnahme zum Entwurf der Schulord- nung für den inklusiven Unterricht an öffentlichen Schulen (InSchO)	40
News aus dem Landtag: Initiative „Mobile Schwimmcontainer“	41
Schule und Recht	
► Wilfried Rausch im Gespräch mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu Einsatz von „Künstlicher Intelligenz“ in der Schule	42
► VRB fordert rasche Gesetzesanpassung: Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder offenbart Schwächen	46
Urteil: Lehrerin aus dem Dienst entfernt	51
Aufruf: Konzepte zur Anwesenheitskontrolle in Schulen	51





Seniorinnen und Senioren

3. Bundesseniorenkongress: „Zukunft. Mit uns. Für alle.“ 52

Beruf Lehrerin – Beruf Lehrer

Kinofilm „Das Lehrerzimmer“: Schule ist ein Abbild der Gesellschaft ... 53

Lehrkräftebildung

Stärkung des Lehramtes Realschule plus

VRB im Gespräch mit Wissenschaftsminister Clemens Hoch 54

Bundesbildungsministerium: Startchancen-Programm 55

Unterrichten, Pädagogik, Didaktik und Methodik

Französisch? Mais oui! Regina Sersch im Gespräch mit Bettina Becht ... 56

MINT-Geschäftsstelle: Zentrale Ansprechpartnerin für alle MINT-Akteure

Nicole Weiß-Urbach und Lisa Deck im Gespräch mit Tim Thielen und Carmen Fischer 57 ◀

Eindrücke von einem Schulbesuch in Indien:

Qualifikationen indischer Mittelschülerinnen und -schüler 61

Gewusst wie in 60 Minuten:

Was ist bei der Gewährung des Nachteilsausgleichs zu beachten 64

Beispiele machen Schule: Berufsorientierung

Ausbildungsmesse in der von Carlowitz RS plus Weisenheim:

Was wünschen sich Ausbilderinnen und Ausbilder von ihren Azubis? ... 66 ◀

Berufsorientierungsworkshop: MUTMACHER meets KARS in Landau ... 68

Medien

Buchbesprechung: Silke Müller: Wir verlieren unsere Kinder 69

Kann ChatGPT (noch) keine Mathematik? 70

Demokratie braucht Qualitätsjournalismus 71

VRB-Bezirk Koblenz

Bezirksversammlung: Lehrkräfte sind überdurchschnittlich stressbelastet 73 ◀

VRB vor Ort: Besuch an der Erich-Kästner Realschule plus

Bad Neuenahr-Ahrweiler 74

Pensionärstreffen 2023: Besuch der Eifelgemeinde Thür 74

VRB-Bezirk Neustadt

Kennenlernen und Austausch im Studienseminar Ilbesheim 75

VRB vor Ort: Besuch an der IGS Ernst-Bloch in Ludwigshafen 75

Historisches Museum Speyer: König Ludwig I. – Sehnsucht Pfalz 76

VRB-Bezirk Trier

Fachvortrag: Dem Absentismus entgegensteuern 77

Universität Trier: VRB im Gespräch mit Prof. Dr. Sabine Klomfaß und Dr. Simon Gordt 79

Studienseminar: Begrüßung der neuen Ausbildungsgruppe 80

Gewusst wie in 60 Minuten: Thema: Fit ins neue Schuljahr 81

Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche 82

Nachruf: Trauer um Gerda Wies 84

Mitgliederverwaltung: Änderungen bitte melden! 85

Vorschau auf das nächste Heft und Impressum 85

KlarText! Extremismus und Antisemitismus: Schulen benötigen Rückendeckung und Unterstützung 86 ◀

Beitrittserklärung 87

Letzte Meldungen 88

▶ Unsere Titelbeiträge sind mit einem roten Pfeil versehen.



2020 hat der Bundestag eine Strafrechtsreform verabschiedet, um sexualisierte Gewalt gegen Kinder wirksamer bekämpfen zu können. Das Reformpaket setzte auf erhebliche Strafverschärfungen. Einwände, dass diese nicht in allen Fällen angemessen seien, fanden kein Gehör. Es zeigt sich nun, dass durch die geänderte Rechtslage auch fürsorgliches Handeln von Lehrkräften strafrechtlich relevant werden kann. In unserem Titelthema benennt Wilfried Rausch die Schwächen des Gesetzes und berichtet von den Reaktionen auf unsere Änderungsinitiativen. Sie haben, wie eine vor wenigen Tagen verbreitete Ankündigung des Justizministers zeigt, etwas in Bewegung gebracht

Fachoberschule – Einmalig in Deutschland.

Als das Bildungsministerium 2007 im Rahmen der Schulstrukturreform die Fachoberschule ins Spiel brachte, waren neue Wege zu gehen und Widerstände zu überwinden. Wolfgang Häring zeichnet das in seinem Beitrag „Der Weg zur Fachoberschule an der Realschule plus“ nach. Heute ist die Fachoberschule eine feste Größe in der Schullandschaft. In einer landesweiten FOS-Fachtagung des VRB wurden verbesserte Rahmenbedingungen gefordert und Impulse zur Weiterentwicklung gesetzt.

Kriege, Konflikte und Krisen. Schreckensnachrichten und Katastrophenmeldungen prägen seit Jahren die Schlagzeilen. Vor den Schultoren machen sie nicht Halt. Bernd Karst geht der Frage nach, welche Wirkung Medien auf Kinder und Jugendliche im Angesicht von Krisen und Konflikten haben. Er thematisiert auch, welche besondere Verantwortung den Lehrkräften hierbei zukommt.

Unterstützen und schützen

Gespräche und Interviews

Lehramt stärken. Unseren Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen geht der pädagogische Nachwuchs aus. Im Austausch mit Wissenschaftsminister Clemens Hoch ging es um die Frage, wie die rheinland-pfälzischen Universitäten dieser negativen Entwicklung wirksam entgegenwirken können.

Win-Win-Situation. Die sehen Prof. Dr. Sabine Klomfaß und Dr. Simon Gordt von der Uni Trier in ihren Anstößen, den Austausch zwischen Studierenden des Realschullehramts und den Lehrerinnen und Lehrern an den Realschulen plus zu stärken. Christoph Krier und Katharina Becker haben mit den beiden gesprochen.

„Künstliche Intelligenz“ in der Schule. Auch bei der Nutzung adaptiver Lernsysteme müssen Lehrkräfte den Datenschutz beachten. Im Austausch mit Wilfried Rausch erläutert unsere Justiziarin Antonia Dufeu unter anderem, was die Schulen bei der Nutzung KI-basierter Chatbots beachten sollten.

Französischunterricht? Mais oui! Bettina Becht ist Fachleiterin für Französisch und Englisch. Im Interview mit Regina Sersch nimmt sie die Zukunft des Faches Französisch in den Blick. Sie ist optimistisch, weil es sich zu einem kompetenz- und kommunikationsorientierten Unterricht entwickelt habe. In der „KI“ sieht sie kein Schreckgespenst für den Fremdsprachenunterricht.

Mint-Förderung entlang der Bildungskette.

Tim Thielen und Carmen Fischer betreuen die rheinland-pfälzische Mint-Geschäftsstelle in Trier. Im Interview mit Nicole Weiß-Urbach und Lisa Deck benennen sie ihre Aufgaben, die aktuellen Projekte und welche Möglichkeiten sie haben, Mädchen und junge Frauen im Mint-Bereich zu fördern.

Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken:

Online-Umfrage. Der VRB will angesichts zunehmender Aufgaben und wachsender Anforderungen von den Lehrkräften wissen: „Wie hat sich Ihr Schulalltag verändert?“

Stellungnahme. Michael Eich kommt in der Stellungnahme zum Entwurf der Schulordnung für den inklusiven Unterricht (InSchO) zu dem Schluss, dass er einer umfassenden Überarbeitung bedarf.

Berufsvorbereitung. Orientierungsworkshops und Ausbildungsmessen sind zwei Möglichkeiten, junge Menschen für Ausbildungsberufe in ihrer Region zu begeistern. Bei der Ausbildungsmesse an der „von Carlowitz Realschule plus“ in Weisenheim hat Monika Antoni Ausbilderinnen und Ausbilder gefragt, was sie von ihren Azubis erwarten.

Schulbau. Das Bildungsministerium hat auch auf unsere Initiative hin eine Neufassung der sogenannten Schulbaurichtlinie zur Anhörung vorgelegt. Der Landesvorstand fordert eine Gesetzesinitiative, die auch das Land in die Pflicht nimmt, seinen Beitrag für eine nachhaltige und wirksame Neufassung der Schulbaurichtlinie zu leisten.

Schwimmcontainer. Der Landtag hat sich mit der Frage befasst, ob ausrangierte Schiffcontainer ein „zweites Leben“ als mobile Schwimmbäder für den schulischen Schwimmunterricht erhalten könnten. Jana Brachtendorf berichtet, dass sich diese Idee nicht über Wasser halten konnte.

Schule in Indien. Erwin Steilen hat bei einer Reise nach Indien den Schulalltag an einer privaten Mittelschule kennen und den Leistungswillen der Schülerinnen und Schüler schätzen gelernt.

„Das Lehrerzimmer“. Der Film hat beim Deutschen Filmpreis die Auszeichnung für die beste Regie erhalten. Redaktionsmitglieder haben ihn gesehen und die Jury in der Einschätzung bestätigt, dass man sich diesem Film nicht entziehen könne.

Glückwunschliste. Wolfgang Seebach hat die aktuelle Geburtstags- und Glückwunschliste zusammengestellt. Sie reicht diesmal bis Mai.

Wussten Sie schon? Anna Becker stellt in der kommenden Ausgabe das IPEMA-Portal vor und zeigt, wie Sie z. B. Ihre Gehaltsabrechnung digital erhalten können.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Rückblick auf unsere Verbandsarbeit am Ende des Jahres 2023 kann ich berichten: Wir haben wichtige Akzente gesetzt, die ihre Wirkungen in der schulpolitischen Landschaft erzielen werden.

Das große Potenzial der Fachoberschule (FOS) nutzen!

Zum Ende des vergangenen Schuljahres haben wir uns im Rahmen einer landesweiten Tagung mit der FOS an Realschulen plus befasst und rückblickend die Erfolge herausgestellt sowie einen Blick auf notwendige Schritte der Weiterentwicklung geworfen. Daraus leitet der VRB seine Forderungen ab.

Das große Potenzial der FOS muss dringend in die öffentliche Wahrnehmung getragen werden. Zugleich müssen Anstrengungen unternommen werden, um Lehrkräfte für den Unterrichtseinsatz und der Berechtigung einer Prüfungsabnahme im FOS-Bereich zu finden und notwendige Laufbahnwechselprüfungen zu erleichtern. Dies haben wir klar und deutlich im Gespräch mit Staatssekretärin Bettina Brück zum Ausdruck gebracht.

Richtungsweisende Sitzung des Landeshauptvorstandes

Traditionell hat der Landeshauptvorstand in den Sommerferien die verbandspolitischen Schwerpunkte der kommenden Monate herausgearbeitet und beschlossen.

Neben dem oben erwähnten Gespräch mit der Staatssekretärin werden wir uns in den kommenden Wochen mit dem Präsidenten der ADD, weiteren Parteien und Abgeordneten, der LSV, dem LEB sowie mit den Kammern zum Austausch treffen.

Ziel ist dabei immer, die aktuellen Herausforderungen, die sich meistens über Jahre anbahnen, erneut mit Nachdruck zu benennen und die politisch Verantwortlichen zum Handeln aufzufordern. Beispielhaft seien die Behebung des wachsenden Lehrkräftemangels, die notwendige Attraktivitätssteigerung des schulischen Arbeitsplatzes und eine angemessene Besoldung genannt.

Die Rückmeldungen aus den Schulen werden uns in den Gesprächen Argumentationshilfen bieten.

Stellungnahmen und Initiativ-Schreiben des Verbandes

Mit der Inklusionsverordnung und der Schulbaurichtlinie hat die Landesregierung derzeit zwei elementare Bereiche für die Schulen in der politischen Diskussion. In beiden Bereichen hat der VRB umfassende Stellungnahmen eingereicht und klar gemacht, in welchen Bereichen die geplanten Änderungen in Bezug auf die schulische Praxis nicht zielführend sind. Wir werden analysieren, in welchem Umfang unsere Hinweise und Positionen in den finalen Stand der Verordnungen einfließen werden.

Des Weiteren haben wir Kontakte mit einem Bundesminister und Bundestagsabgeordneten aufgenommen. Anlass sind die schwerwiegenden Folgen einer 2020/2021 erfolgten Gesetzesverschärfung zur sexualisierten Gewalt gegen Kinder, und zwar für Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer wie auch Eltern. Mit anderen Sachverständigen fordern wir eine Korrektur des § 184b StGB.

Wenn die Landesregierungen von den Lehrerinnen und Lehrern neben der Präventionsarbeit bei möglichen Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen erwarten, dass sie die Augen offenhalten, die Kinder unterstützen und ihnen einen vertraulichen Schutzraum bieten sollen, dann ist die jetzige Gesetzeslage nicht förderlich.

Große verbandsinterne Ereignisse stehen an

Im kommenden Jahr endet die Amtsperiode des derzeitigen Landesvorstandes. Die turnusmäßige Hauptversammlung unseres Verbandes ist bereits terminiert. Am 6. November 2024 werden in Ingelheim verbandspolitische Anträge verabschiedet und der Vorstand neu gewählt.

Im Frühjahr 2025 werden wir den 75. Geburtstag unseres Verbandes feiern. Auch hier laufen die Planungen bereits auf Hochtouren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich bei Ihnen im Namen des Landesvorstandes und der drei Bezirksvorstände ganz herzlich für Ihr Engagement bedanken.



Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten und gesunden Übergang ins Jahr 2024. Sie dürfen darauf vertrauen, dass wir uns auch im kommenden Jahr für die berechtigten Belange der Lehrkräfte und der Schulen einsetzen werden.

Wir kümmern uns!

Ihr Timo Lichtenthäler

„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung



ante portas

Globale Krisen
bleiben leider nicht stehen
vor den Schultoren

Einmalig in Deutschland

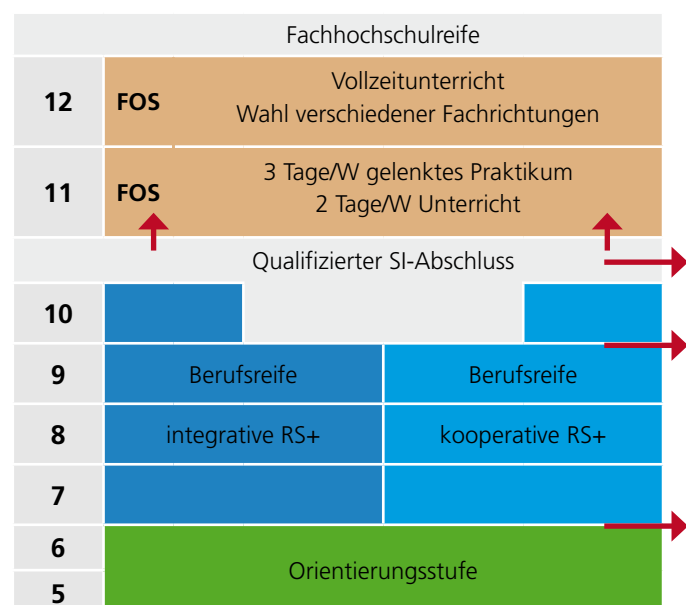
Die Fachoberschule ist eine feste Größe in der rheinland-pfälzischen Schullandschaft

Die Fachoberschule an einer Realschule wurde schon 1968 als wichtige Weiterentwicklung der Schulart Realschule von unserem Verband angemahnt. Es gab andere bildungspolitische Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Sekundarstufe II. Sozusagen „aus heiterem Himmel“ eröffnete uns 2007 die damalige Bildungsministerin Doris Ahnen die Schulreformpläne, die auch die Einführung einer Fachoberschule im organisatorischen Verbund mit der Realschule plus beinhaltete. In seinem Artikel „Der Weg zur Fachoberschule an der Realschule plus“ beschreibt Wolfgang Häring den Weg zur Einführung und Weiterentwicklung einer Fachoberschule an der Realschule plus.

Fachoberschule – ein aufstiegsorientiertes Bildungsangebot

Es gab viele Deutungsversuche, was die damalige Bildungsministerin Doris Ahnen mit ihrer Projektgruppe bewogen haben könnte, im Zuge der Schulstrukturreform auch auf eine Fachoberschule zu setzen. Uns gegenüber betonte sie wiederholt, dass es darum ginge, einen neuen Baustein für ein durchlässiges und aufstiegsorientiertes Bildungsangebot im Land zu setzen, der wesentlich zur Attraktivität der neuen Schulart Realschule plus beitragen könne. Es brauchte allerdings Mut und Entschlossenheit seitens der damaligen Bildungsministerinnen Doris Ahnen und Vera Reiß, die Reformpläne umzusetzen. Landesregierung und Bildungsministerium hielten gegen Widerstände an ihren Plänen fest.

Realschule plus mit FOS



Engagement auf vielen Ebenen

Dass die Fachoberschule inzwischen fester Bestandteil der rheinland-pfälzischen Schullandschaft ist, ist dem hohen Engagement auf vielen Ebenen zu verdanken. Schulen, Schulaufsicht, Schulträger wie auch Industrie und Handwerk fanden motiviert zusammen und schufen die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start. Das von dem Bildungsministerium vorgegebene Ziel, in fast jedem Landkreis eine Fachoberschule zu installieren, ist realisiert worden. Insbesondere die Referenten für die Realschule plus bei der ADD banden sich stark in den Entwicklungsprozess ein. Sie haben die Schulentwicklungsplanungen an den Schulen unterstützt, die notwendige Koordinierung mit Schulträgern und Bildungsministerium übernommen und vor allem die sehr schwierige Personalisierung für die Fachoberschule gesichert.

Auch die Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen plus haben anfangs hohe Motivation für einen Einsatz in der Fachoberschule gezeigt. Es wurde ihnen die Gelegenheit geboten, an den Studienseminaren der Berufsbildenden Schulen eine Weiterbildungsmaßnahme mit einer Prüfung zu absolvieren, die eine vorläufige Unterrichtserlaubnis ermöglichte. Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich zur Weiterbildungsmaßnahme gemeldet und erfolgreich die Prüfungen absolviert.

Problembereich: Personalisierung

Einen längerfristigen Einsatz der Kolleginnen und Kollegen mit einer vorläufigen Unterrichtserlaubnis konnte und wollte das Bildungsministerium nicht ermöglichen. Für den Unterrichtseinsatz forderte die Behörde eine Lehrkräfte-Wechselprüfung V (bis 2014 „Lehrer-Aufstiegsprüfung“) für das Lehramt an berufsbildenden Schulen. Nur wenige Kolleginnen und Kollegen sahen sich in der Lage, sich zusätzlich zu ihren Dienstverpflichtungen an einer Realschule plus auf eine Lehrkräfte-Wechselprüfung vorzubereiten. Die Enttäuschung derer, die eine Weiterbildungsmaßnahme absolviert hatten, war groß. Und diese Entwicklung hatte Auswirkungen

gen auf die innere Schulentwicklung. Die wünschenswerte Verzahnung von Realschule plus und Fachoberschule ist durch die unterrichtlichen Einsatzmöglichkeiten in den Schularten nur schwer zu erzielen. Dass es andere Möglichkeiten gibt, den Lehrkräften einen Unterrichtseinsatz in beiden Schularten zu ermöglichen, wurde in einer Fachtagung unseres Verbandes (Bericht Seite 12 ff.) deutlich. Entsprechende Vorstellungen und Erwartungen wurden entwickelt und dem Bildungsministerium vorgestellt.

Perspektiven für Weiterentwicklungen

Die ersten Fachoberschulen konnten nur für eine der drei Fachrichtungen eingerichtet werden. Diese waren Wirtschaft und Verwaltung, Gesundheit und Soziales mit Schwerpunkt Ge-

sundheit und Technik mit den Schwerpunkten Metalltechnik und Technische Informatik. Es zeigte sich, dass nicht alle Fachrichtungen auf Dauer Bestand haben konnten. Das Bildungsministerium hat daher notwendige Korrekturen vorgenommen. Seit 2018 wurden Gestaltung und Bio- und Umwelttechnologie als weitere Fachrichtungen zugelassen. Darüber hinaus wurden weitere Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt. Fachoberschulen können in ihrer bestehenden Fachrichtung eine schuleigene Profilbildung anbieten. Auf der Fachtagung zeigten uns die Fachoberschulen in Landau, Höhr-Grenzhausen und Altenkirchen ihre schuleigenen Profilbildungen auf. Wir werden in den nachfolgenden Ausgaben unserer Zeitschrift Fachoberschulen ausführlicher vorstellen.

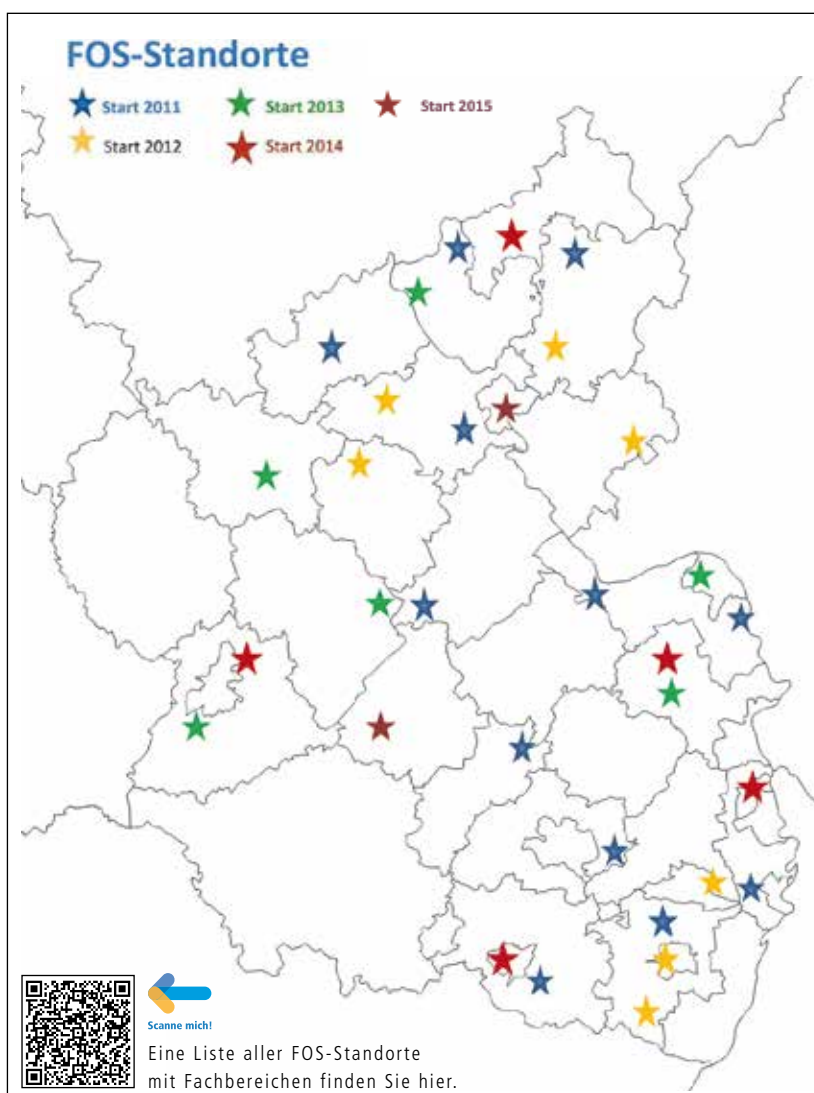
Engagement der Fachoberschulen verdient Unterstützung in allen Bereichen

Die Fachtagung zeigte in den Vorträgen und Diskussionsbeiträgen auf, mit welchem Einsatz und Engagement die Kolleginnen und Kollegen ihre Fachoberschule entwickeln und gestalten. Aber dieses Engagement kann nicht dauerhaft aufgewendet werden, wenn nicht wirksame Unterstützung von außen kommt. Unterstützung und Wertschätzung müssen auf unterschiedlichen Ebenen wirksam werden. Auf der Fachtagung wurde ein Forderungskatalog erstellt, der detailliert aufzeigt, welche Unterstützung in welcher Form erwartet wird. Gefordert sind das Bildungsministerium und die Schulaufsicht der ADD. Sie müssen Weichenstellungen vornehmen, die die Rahmenbedingungen an den Fachoberschulen spürbar verbessern.

Der Landesvorstand ist mit der Staatssekretärin Ende Oktober in den Austausch getreten und hat Kurskorrekturen gefordert. Ein weiteres Gespräch ist mit dem ADD-Präsidenten Ende November vereinbart.

Fachoberschule – einmalig in Deutschland mit Perspektiven

Mit der Etablierung der Fachoberschule hat Rheinland-Pfalz einen neuen Entwicklungsschritt vollzogen, der einmalig auf Bundesebene ist und Modellcharakter mit Blick auf die kommenden Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft haben kann. Der Erfolg des beginnenden Transformationsprozesses wird maßgeblich auch durch die Qualität der Bildung in allen Bereichen gesichert werden müssen. Hier stehen wir alle in der Verantwortung. Im Bereich der schulischen Bildung beweisen die Fachoberschulen, welches Potential genutzt werden kann, junge Menschen auf den Veränderungsprozess vorzubereiten. Die Teilnehmer unserer FOS-Tagung waren beeindruckt von den Präsentationen unterschiedlicher Fachoberschulen und Rückmeldungen aus unterschiedlichen Fachoberschulen.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Der Weg zur Fachoberschule an der Realschule plus



In der Fachoberschule werden Theorie und Praxis zukunftsweisend verbunden.

Die Entwicklung der Realschulen in Rheinland-Pfalz war stets ein dynamischer Prozess. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sie im Norden des Landes aus sechsklassigen Mittelschulen nach preußischer Tradition, in der Pfalz aus wenigen dreiklassigen (Mädchen-)Mittelschulen, die auf Klasse 7 aufbauten und in Rheinhessen aus zwei Volksschulen mit erweiterten Lehrzielen (E-Klassen).¹

Eine Weiterentwicklung mit neuen Qualifikationsmöglichkeiten strebte unser Verband seit vielen Jahren an. Schon 1968 wurde in einem Gespräch mit Kultusminister Bernhard Vogel über die Akademiereife und ein Elftes Realschuljahr diskutiert.² Dabei hat der VDR nicht nur Forderungen erhoben, sondern im Gefolge stets konstruktive Vorschläge gemacht. Im Jahr 1987 stellte der Verband ein Kooperationsmodell³ vor, nach dem begabte Schülerinnen und Schüler mit Realschulunterricht und angepasster betrieblicher Ausbildung die Fachhochschulreife erwerben konnten. Im weiteren Verlauf hat der VDR Rheinland-Pfalz neue Vorschläge entwickelt und seine Forderungen nach einem elften Schuljahr konkretisiert. In Verhandlungen mit Ministerin Doris Ahnen und mit den politi-

schen Parteien stand das Thema „direkter Fachhochschulzugang“ regelmäßig auf der Tagesordnung.

Realschulabsolventinnen und -absolventen brauchen Zugang zur Fachhochschule

Auch in einer Resolution des VDR-Bundesvorstandes aus dem Jahr 2001 wird ein schneller und unkomplizierter Zugang für Realschulabsolventen zur Fachhochschule verlangt: „Die zuständigen Ministerien und Senatsverwaltungen werden aufgefordert, umgehend die Möglichkeiten der Einführung von Schulversuchen zum Erreichen der Fachhochschulreife an der Realschule zu prüfen und ihn mittelfristig zu einem Regelabschluss zu entwickeln.“⁴

Grundlage für diesen Beschluss war ein Thesenpapier von Prof. Dr. Konrad Fees. Darin heißt es: „Um in einem spürbaren Ausmaß leistungsstarke Schüler wieder für die Realschule zu gewinnen, muss der Abschluss zumindest die Option auf einen höheren Berechtigungsgrad bieten ... Das Anforderungsprofil der Fachhochschulen stellt die akademische Verlängerung des Realschul-Bildungskonzepts dar ... Eine grundständige Fortentwicklung des konkret-theoretischen Bereichs in die Sekundarstufe II hinein würde das studienqualifizierende schulische Angebot um einen notwendigen wie

innovativen Sektor ergänzen. Dies wäre ein wesentlicher Beitrag im Hinblick auf Effektivierung und Verkürzung von Bildungswegen.“⁵

Zur Erinnerung: In dieser Zeit gab es hitzige Diskussionen um die Schulstruktur und neue Experimente. So wurde die Regionale Schule ab 1997 nach Ablauf der Modellversuchsphase zur Regelschule. Die Duale Oberschule (DOS) wurde zu Beginn des Schuljahres 2006/07 nach zehnjähriger Erprobungsphase als Regelschule in Rheinland-Pfalz eingeführt. Mit dem Fach „Schule in der Praxis“ in verschiedenen Lernfeldern sollte die Attraktivität der Schule gesteigert werden.

Die FOS – ein Plus für die Realschule plus

Die Hauptschule wurde von den Eltern bei der Schulwahl ihrer Kinder zunehmend gemieden. Die Schülerpopulationen veränderten sich. Nachgefragt wurden Schulen mit der Option des Abiturs. Deshalb wurden vor allem Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen bevorzugt. Der VDR hatte damals ein dreigliedriges Schulmodell vorgestellt, das an jeder der drei Säulen zwei Abschlüsse ermöglichen sollte. Die Hauptschule sollte mit der Berufsreife oder der Mittleren Reife abgeschlossen werden, die Realschule mit Mittlerer Reife oder Fachhochschulreife (Fachabitur) und das Gymnasium mit Fachhochschulreife oder Abitur.

Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 vollzog die SPD-Alleinregierung grundlegende, im 2008 novellierten Schulgesetz verankerte Änderungen in der Schulstruktur. Die bisherigen Hauptschulen und Realschulen wurden schrittweise bis 2013 zusammengeführt und die Regionalschulen und Dualen Oberschulen wurden ebenfalls in neue Realschulen plus bzw. Integrierte Gesamtschulen umgewandelt. Dem VDR ist es maßgeblich zu verdanken, dass Berufsreife-Bildungsgang und Realschulbildungsgang weiterhin die alten Qualifikationen vermitteln und dass die Zweige nicht nur integrativ, sondern auch kooperativ organisiert werden können.

Um der neuen Schulform eine besondere Attraktivität zu verleihen, sah das geänderte rheinland-pfälzische Schulgesetz vor, dass die neue Form der Realschule im organisatorischen Verbund mit einer Fachoberschule (FOS) geführt werden kann. Damit erhielt die Realschule plus eine Oberstufe, die fortan in einem durchgängigen Bildungsgang von Klasse 5 bis 12 auf direktem Weg zur Fachhochschulreife, dem so genannten Fachabitur, führte. Da die zweijährige Fachoberschule einen Praxisteil einschließt, ist unmittelbar nach Verlassen der Schule die Aufnahme des Studiums an einer Fachhochschule möglich. Dagegen erwerben Jugendliche nach der Klasse 12 mit Versetzung in Kl. 13 eines Gymnasiums oder einer Integrierten Gesamtschule nur den schulischen Teil der Fachhochschulreife.

Die ersten elften Klassen konnten nach den ministeriellen Vorgaben erst dann gegründet werden, wenn die neu geschaffene Realschule plus die Orientierungsstufe durchlaufen hatte. Die Einrichtung der ersten Fachoberschulen an Realschulen plus zu Beginn des Schuljahres 2011/12 konnte unser Verband durchaus als Erfolg seiner langjährigen Bemühungen verbuchen. Allerdings gab es auch Wermutstropfen.

Zusatzbelastung für Kollegien und Schulleitungen

Obwohl mit der Realschule plus organisatorisch verbunden, gilt die FOS nach KMK-Vorgaben als Bestandteil des Berufsbildenden Schul-

Diese Informationsbroschüre unseres Verbandes war eine Hilfe für die Schulen, die sich auf den Weg machten, eine FOS an ihrer Schule zu etablieren.



wesens.⁶ Die unterrichtenden Lehrkräfte sollen i.d.R. die Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II besitzen. Die Hürden für eine Weiterqualifizierung von SI-Lehrkräften sind bis heute unangemessen.

Auf die Schulleitungen und Kollegien der Realschulen plus mit FOS kamen eine Menge zusätzlicher Belastungen zu, ohne dass eine besoldungsmäßige Höhergruppierung zuerkannt wurde.

Der neue Bildungsweg musste unter Eltern, Schülern und der Wirtschaft bekannt gemacht werden. Die Auswahl und Ausgestaltung der vorgegebenen Fachrichtung(en) sollte sich an den regionalen Gegebenheiten orientieren. Außerdem mussten Praktikumsplätze durch die Schulen bzw. Schülerinnen und Schüler selbst requiriert werden. In den ersten Jahren kämpften die Berufsschulverbände gegen die vermeintliche Konkurrenz. Gerade die ersten zwölf Pionierschulen leisteten viel Öffentlichkeitsarbeit und rangen gegen Missverständnisse und Alltagswidrigkeiten. Mit der Herausgabe einer Informationsbroschüre⁷, die an Elternvertreter, Schulen und Schulträger verteilt wurde, förderte unser Verband den Bekanntheitsgrad der neuen Schulart und gab Hilfen zur Beantragung. Darüber hinaus wurden auf der Homepage des Verbandes FAQs zur Neugründung beantwortet.

Über die innere Ausgestaltung der FOS und die personellen und räumlichen Gegebenheiten führte der VDR – später unter dem neuen Namen VRB – zahlreiche Gespräche mit den Ministerinnen Doris Ahnen und Vera Reiß, den Staatssekretären Michael Ebling und Hans Beckmann sowie mit kommunalen Schulträgern. Die Fachbereiche mussten mit Inhalten gefüllt und didaktisch aufbereitet werden. Sie setzen die bereits in den Wahlpflichtfächern angelegte Berufsorientierung konsequent fort.

Trotz der anfänglichen Diskussionen hat sich bestätigt, dass sich die FOS an der Realschule plus als ein erfolgreiches Modell entwickelte und zur Steigerung der Attraktivität und Aufstiegsorientierung erheblich beitrug.

Zwischen 2011 und 2015 wurden Fachoberschulen an insgesamt 32 Realschulstandorten eingerichtet. Zu den ursprünglich drei Fachrichtungen kamen nach regionalen Bedürfnissen weitere hinzu.

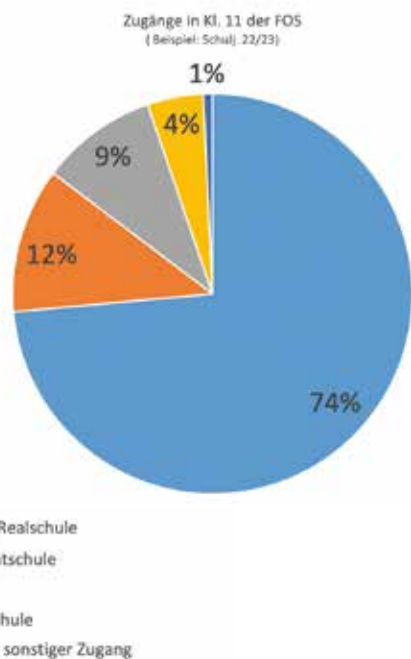
Anzahl der FOS* nach Fachrichtungen im Schuljahr 2022/23

Bildungsgang	Schulen
Gesundheit und Soziales	19
Wirtschaft und Verwaltung	17
Technik Schwerpunkt Technische Information	8
Gestaltung	6
Technik Schwerpunkt Metalltechnik	2
Agrarwirtschaft Schwerpunkt Bio- und Umwelttechnologie	1

* Fallzählung, da die Schulen z. T. mehrere Bildungsgänge anbieten

Realschulen plus, die nicht selbst das Angebot einer FOS vorhalten, müssen keine Wettbewerbsnachteile befürchten. Durch regionale Kooperation können die Schulen sicherstellen, dass an einer Nachbarrealschule plus die Fachhochschulreife mit dem gewünschten Schwerpunkt erlangt werden kann.

Die FOS an Realschulen plus erhielt zunehmend schulische und gesellschaftliche Anerkennung. Zugänge erfährt die FOS nicht nur von den verbundenen Realschulen plus, sondern auch von anderen Schulen mit SI-Abschluss.⁸



Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung

Die FOS ist ein starker Beitrag zur Verzahnung von allgemeinbildenden und berufsbildenden Inhalten. Schon Anfang des Jahrhunderts betonte das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend: „Die strenge Trennung von allgemeiner und beruflicher Schulbildung hat sich überlebt.“⁹ Diese besagte Trennung wurde mittlerweile in einem ersten Schritt überwunden: Berufsschullehrkräfte unterrichten auch in der SI an den Realschulen plus mit Fachoberschule. Konsequenz wäre daher auch die praxisrelevante Umsetzung des

zweiten Schritts: der verstärkte Unterrichtseinsatz von Realschullehrkräften in der SI der Realschulen plus mit Fachoberschule.

Die Fachoberschule hat in den letzten Jahren durch den wachsenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften noch einmal an Bedeutung gewonnen. Seit 2013 haben rund 8500 junge Menschen an einer FOS im Verbund mit einer Realschule plus die Fachhochschulreife erworben. Im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2023 haben 96,6 Prozent die Prüfung bestanden. Allerdings haben auch einige Jugendliche die FOS vor dem Abschluss verlassen, meist weil sie von den Praktikumsbetrieben attraktive Einstellungsangebote erhalten haben.

Für die weitere Entwicklung der Fachoberschule sei Ministerin Stefanie Hubig an ihr Versprechen erinnert: „Die Fachoberschulen sind stark darin, Qualifikationen zu schaffen und Chancen zu eröffnen. Wir machen die Fachoberschule noch stärker.“¹⁰ Der VRB wird diese Intention offensiv begleiten.

Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



¹ Vgl. VDR Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Realschulchronik, Mainz 1982, S. 11
² VDR Rheinhessen-Pfalz (Hrsg.), 20 Jahre Rückschau und Perspektiven, Speyer 1978, S. 21
³ VDR-Initiative „Kooperationsmodell“, Landesrealschultag, 28.03.87
⁴ Resolution des VDR Bundesverbandes vom 09.11.2001 in Dresden
⁵ Fees, Konrad, „Thesen zur Realschule“, Karlsruhe, Juni 2001 (Redemanuskript)
⁶ Rahmenvereinbarung über die Fachoberschule, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16.12.2004 i.d.F. vom 06.05.2008
⁷ VDR (Hrsg.), Fachoberschule an der Realschule plus, Speyer 03/2010
⁸ Alle Daten nach Auskunft des Statistischen Landesamts vom 04.10.23
⁹ Staatssekretär Prof. Hofmann-Göttig in einer Pressemitteilung des MBFJ vom 29.08.2002
¹⁰ Pressemitteilung des Bildungsministeriums vom 31.08.2017

Fachoberschulen: innovativ und zukunftsorientiert



Der Austausch im Plenum war konstruktiv und kritisch. Spürbar war in den Beiträgen das große Engagement für die Fachoberschule.

Nach zehnjähriger Schulentwicklungsarbeit in den Fachoberschulen an den Realschulen plus wie auch in den Regionen sah unser Verband Gesprächsbedarf mit den Schulen wie auch mit den Referentinnen und Referenten vom Bildungsministerium und lud zu einer landesweiten Tagung der Realschulen plus mit Fachoberschulen nach Koblenz ein. Gerhard Hein, Fachreferent des Verbandes für die Fachoberschule, moderierte die Fachtagung, deren Organisation er gemeinsam mit Landesgeschäftsführer Wilfried Rausch übernommen hatte.

Starkes Interesse an der Weiterentwicklung der Fachoberschule

In seiner Begrüßung bedankte sich der Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für das große Interesse an der Fachoberschule und deren Weiterentwicklung. Der Verband, so der Landesvorsitzende, habe im Rahmen der Schulstrukturreform für die Fachoberschule gegen Widerstände kämpfen müssen. Die Anbindung der Fachoberschule als Berufsbildende Schule an die Realschule plus sei in der Bundesrepu-

blik Deutschland einmalig und trage zur Attraktivität der Schulart Realschule plus bei. Die Fachoberschule gäbe den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, ohne einen Schulwechsel von der Klassenstufe 5 bis zur Klassenstufe 12 an einer Realschule plus einen höherwertigen Schulabschluss zu erwerben. Die Organisation der Fachoberschule mit einem gelenkten Praktikum in der Klassenstufe 11 sei in dieser Form nur in Rheinland-Pfalz an der Realschule plus möglich. Damit sei eine noch intensivere Kooperation mit der Arbeitswelt entwickelt worden, die

sich für die Realschule plus insgesamt als gewinnbringend erwiesen habe. Mit der Fachtagung wolle der Verband einen Beitrag leisten, um die weitere Entwicklung der Fachoberschulen voranzutreiben. Der Landesvorsitzende begrüßte herzlich Christiane Schönauer-Gragg und Stephan Reuter vom Bildungsministerium sowie Manfred Schabowski als Vorsitzenden der Schulleitervereinigung.

Die Fachoberschule ist ein Gewinn für die Schulart Realschule plus

Gerhard Hein drückte in seinen einleitenden Worten seine Motive für das Engagement für die Fachoberschule aus. Die Fachoberschule sei nicht nur ihm eine Herzensangelegenheit. Er habe als Lehrer und stellvertretender Schulleiter an der Ernst-Barlach-Realschule plus und Fachoberschule in Hör-Grenzhausen und jetzt als Schulleiter an der August-Sander-Schule-



Foto: Homepage Realschule plus Altenkirchen

Realschule plus und Fachoberschule in Altenkirchen Fachoberschulen in unterschiedlichen Ausprägungen und Entwicklungen erleben dürfen. Wir alle, so Gerhard Hein, sind überzeugt, dass die Fachoberschule aufgrund der Einmaligkeit ein Gewinn nicht nur für die Schulart Realschule plus sei.

Er verwies darauf, dass in den vergangenen zehn Jahren innerhalb der Fachoberschule durch neue Fachrichtungen eine Weiterentwicklung vollzogen worden sei. Das mache deutlich, dass an den Standorten der Fachoberschule den Ansprüchen der Region, der Wirtschaft und der Schulgemeinschaft mit den Neuentwicklungen von Seiten des Bildungsministeriums entsprochen wurde. Diese Entwicklungen stärke die Schulart Realschule plus. Allgemein zeige das Engagement der Lehrkräfte an der Realschule plus, dass sie in allen Schularten zukunftsorientiert die Bedürfnisse der Schülerschaft und der Gesellschaft und Arbeitswelt in den Mittelpunkt ihrer pädagogischen Arbeit stellen.

Vorstellung der neuen Fachrichtungen

Die Vertreterinnen und Vertreter der Fachoberschulen der August-Sander-Schule-Realschule plus in Altenkirchen, der Ernst-Barlach-Realschule plus in Höhr-Grenzhausen und der Konrad-Adenauer-Realschule plus in Landau stellten ihre Neuausrichtungen dar und vermittelten eindrücklich, welches Entwicklungspotential sich entfalten

kann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Fachrichtung Gestaltung: erfolgreicher Schulversuch in der Fachoberschule in der August-Sander-Schule-Realschule plus Altenkirchen



Die Fachrichtung Gestaltung stellten die FOS-Koordinatorin Ursula John, die Kunstlehrerin Katharina Otte-Varolgil und der FOS-Schüler Alex Haag vor. Ab dem Schuljahr 2020/21 gehört die August-Sander-Schule in Altenkirchen zu den ersten Realschulen plus, die die neue Fachrichtung Gestaltung im Rahmen eines Schulversuches anbieten



Links: FOS-Koordinatorin Ursula John stellte die gelungene Umstellung der Fachrichtung an der Fachoberschule Altenkirchen dar. Sie hat als FOS-Koordinatorin an der August-Sander-Schule Altenkirchen erfolgreich den Wechsel der Fachrichtung vollzogen. Rechts: Kunstlehrerin Katharina Otte-Varolgil hatte für die Präsentation der August-Sander-Schule Altenkirchen den FOS-Schüler Alex Haag gewinnen können.



können. Die Fachrichtung Gestaltung empfiehlt sich besonders für alle kreativen Köpfe, die sich nicht nur dafür interessieren, wie Dinge und Abläufe optimal funktionieren, sondern auch deren optimale Gestaltung in den Fokus stellen. Sie spricht junge Menschen an, die Ideen haben, diese auf Papier oder mit dem Computer oder im Modell darstellen und auch umsetzen möchten. Das Praktikum absolviert man in der Regel in ausbildungsberechtigten Betrieben der Berufsgruppen Kunsthandwerk, Restaurierung, Design und Medien oder in Architekturbüros, bei Garten- und Landschaftsgestaltern oder bei Floristen.

Bereits an dieser – weiter fortzuschreibenden – Liste der möglichen Praktikumsorte lässt sich die Vielfalt der Erfahrungs- und Lernmöglichkeiten ablesen, mit der die Fachoberschule Gestaltung punkten kann.

Das Unterrichtsfach Gestaltung ist in der Region vielfältig vernetzt und bietet großes Potential für die fächerübergreifende Planung von Lernsituationen. Die Vermittlung der Gestaltungsgrundlagen im Unterricht orientiert sich an der ganzheitlichen Konzeption der Hochschule des Staatlichen Bauhauses mit seiner Verbindung von Gestaltung und Handwerk nach dem Prinzip „Form folgt Funktion“. Integriert wird hier ebenso wie im Bauhaus performatives Handeln, das als wichtige Grundlage für die Entwicklung von Formen gelten kann.

Demzufolge werden die Lernerfahrungen aus den Praktikumsbetrieben gerne aufgegriffen und erweitert. In Projekten mit den Betrieben erweist sich im Gegenzug die FOS als Inspiration für die Betriebe, z.B. bei der Gestaltung neuer handwerklicher Produkte. So entwarf ein Tischlermeister eine Reihe von Gartenmöbeln im Stil des Bauhauses.

Die Unterrichtsgestaltung geht, wo immer es möglich ist, von der praktischen Erfahrung aus und eröffnet Möglichkeiten, das theoretisch Erarbeitete auch anzuwenden, indem beispielsweise Aufträge für die Gestaltung von Print-Produkten übernommen werden oder im Rahmen eines Projektes mit der Jugendkunstschule der „Lebensraum Schule“ ganz konkret optimiert und gestaltet wird.

Nicht nur im Kontakt mit außerschulischen Partnern, sondern auch innerhalb des Bildungsganges legt die August-Sander-Schule großen Wert auf fächerübergreifendes und -vernetztes Arbeiten. Deutsch und Gestaltung erarbeiten Informationsmaterial für die Schule (Flyer, Roll-Ups), Religion/Ethik, Sozialkunde und Gestaltung leisten einen Beitrag zur Erinnerungsarbeit (Begleitung der Stolperstein-Verlegung in Altenkirchen), Mathematik/Physik und Gestaltung zeigen gemeinsam Möglichkeiten zur digitalen Darstellung von Werk-/Schmuckstücken (Darstellung von Brillantschliff-Objekt).

Exkursionen und Studienfahrten runden das umfangreiche Lernangebot ab. Dabei ist es besonders wichtig, den Schülerinnen und Schülern der Fachoberschule neue Erfahrungen zu ermöglichen, die sie ohne schulische Anregung wahrscheinlich nicht wählen würden, z.B. die Kultur- und Bauhausstadt Weimar als Ziel einer Studienfahrt.

Fachrichtungen Technik und Gestaltung haben ein großes Maß an Gemeinsamkeiten

FOS-Koordinator Roland Vervoort zeigte, wie Schulentwicklung an der Fachoberschule der Ernst-Barlach-Realschule plus scheinbar unvereinbare Fachrichtungen gewinnbringend mit-



einander verbinden kann. Die Fachoberschule Höhr-Grenzhausen ging mit der Fachrichtung Technik an den Start. Im Jahre 2019 wurde als zweite neue Fachrichtung Gestaltung in der FOS integriert, um die Attraktivität der FOS am Schulstandort Höhr-Grenzhausen zu erhöhen.

Die Entscheidung hat sich als richtig erwiesen. Bei beiden Fachrichtungen gibt es ein großes Maß an Gemeinsamkeiten, die den Unterrichtseinsatz in den Kernfächern wie auch Praktikumsstätten betreffen. So kann beispielsweise ein Handwerksbetrieb ein Praktikumsplatz für die Fachrichtung Technik wie auch für den Fachbereich Gestaltung anbieten. Aus der Unterschiedlichkeit der Fachrichtungen können positive Erfahrungen und neue Lernzugänge erschlossen werden. In der Gestaltung sind Kenntnisse der Technik wie auch umgekehrt gewinnbringend. Beispielhaft wurden der Brückenbau oder das Spiel- und Animationsdesign genannt.

Die Fachrichtung Technik setzt den besonderen Schwerpunkt im allgemeinen technischen Bereich und qualifiziert für ein breites Einsatzspektrum in der Industrie, im Handwerk, im Dienstleistungssektor und im öffentlichen Bereich.

Für ein Studium nach der Fachoberschule bereitet die Fachrichtung Technik auf die Studienrichtungen der Bautechnik, der Architektur, des Maschinenbaus und auf andere technische Studiengänge vor.

Die Fachrichtung Gestaltung bietet eine fundierte gestalterische Grundausbildung. Dadurch bestehen gute Berufschancen in vielen kunsthandwerklichen, kreativen und gestalterischen Berufen, im Bereich der Neuen Medien, der Werbung und des allgemeinen und technischen Designs.

Anschlüsse für ein Studium bieten gestalterische Studiengänge wie Architektur, Gestaltung/Design vor Ort in



FOS-Koordinator Roland Vervoort stellte dar, wie gewinnbringend sich zwei im Grunde gegensätzliche Fachrichtungen wie Technik und Gestaltung in einer Fachoberschule vereinen lassen.

Höhr-Grenzhausen oder z. B. in Mainz. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, berufsintegriert die Ausbildung zum Techniker als Gestalter an der Fachschule Keramik aufzunehmen.

Am Schulstandort findet das FOS-Angebot mit den beiden Fachrichtungen einen guten Zuspruch bei Schülerinnen und Schülern. Die FOS hat sich sehr gut weiter entwickeln können. Entscheidend dafür waren der Schulstandort eines Schulzentrums, das Lehrerteam mit einer Gymnasiallehrkraft und die Möglichkeiten der Kooperationen zwischen den beiden Fachrichtungen.

Einzigartig in Rheinland-Pfalz: Fachrichtung Bio- und Umwelttechnologie an der Konrad-Adenauer-Realschule plus in Landau



Lebendig und für alle Teilnehmer bereichernd stellte der FOS-Koordinator der KARS Holger Deckler die Zukunftstechnologien vor, die in der neu eingerichteten Fachrichtung seiner Schule einen wichtigen Stellenwert innehaben.

„Was vergrößert meinen ökologischen Handabdruck?“, mit dieser Frage beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler der Konrad-Adenauer-Realschule plus mit FOS in Landau, inner-

halb der dort einmalig in Rheinland-Pfalz eingerichteten Fachrichtung Bio- und Umwelttechnologie. Außer dem Aspekt der Nachhaltigkeit sind die Lernbereiche ökologische Kreisläufe, regenerative Energien, die Auseinandersetzung mit Boden, Wasser und Luft als Lebensgrundlage und biotechnologische Verfahren, weitere Schwerpunkte. Die Intention dieser Fokussierung liegt neben der Bewusstseins-schaffung für den Lebensraum Umwelt in der Motivation für „Grüne Berufe“, unabhängig ob Studium oder Duale Ausbildung.

Die Schule nutzt dabei die Kooperation mit vielen Partnern im schulischen Umfeld, bspw. die Nähe zur Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau (RPTU), die des Naturwissenschaftlichen Technikums in Landau und mittlerweile eine große Anzahl von Betrieben aus der Industrie und dem landwirtschaftlichen Sektor oder auch von Behörden. Die Vielfalt der „grünen Praktikumsangebote“ reicht von der Mitarbeit in der Forschungsanlage für Ökosystemforschung (EERES), im Julius-Kühn Institut für Rebenzüchtung Geilweilerhof, in der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFA), bei Winzern, Forstämtern, in Gartenbaubetrieben bis hin zur Mitarbeit im Landauer Zoo (Artenschutzprojekte), beim NABU e.V. oder Fachbetrieben für die Nutzung von regenerativen Energien. Übrigens: der ökologische Handabdruck

ist ein komplementäres Maß, mit dem die positiven Auswirkungen von eigenem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Handeln bezogen auf die ökologische und soziale Nachhaltigkeit dargestellt werden kann.

Parallel dazu bietet die Schule die Fachrichtung Technik an, die zum Schuljahr 2019/20 an schulische Standortfaktoren angepasst wurde und damit den zukunftsweisenden Entwicklungen in der Arbeitswelt Rechnung trägt.

**Momentaufnahme:
Licht und Schatten**

Zur Vorbereitung auf die Fachtagung hatte der Verband eine Umfrage bei den Fachoberschulen gestartet. Die Zahl der Rückmeldungen, so der Landesvorsitzende, war erfreulich. Diese zeigten deutlich Lichtblicke doch auch Schattenseiten der neuen Schulform. Er schätze die positiven Rückmeldungen grundsätzlich als breite Zustimmung für die Fachoberschule. Dass es nach zehn Jahren Entwicklungsarbeit immer noch Baustellen gäbe, die trotz wiederkehrender Hinweise von Seiten des Bildungsministeriums nicht geschlossen werden konnten, sei allerdings nicht akzeptabel. Hier stehe das Bildungsministerium in der Pflicht. Täglich in Baustellen zu arbeiten, schaffe kein Klima des Vertrauens und sei nicht förderlich für die Motivation und das Engagement der Lehrkräfte der Fachoberschule. Lichtenthäler stellte die Ergebnisse als Grundlage für die weitere Arbeit kurz vor.



FOS-Koordinator Holger Deckler gab einen nachhaltigen Einblick über Unterrichtsinhalte der Fachrichtung Bio- und Umwelttechnologie.

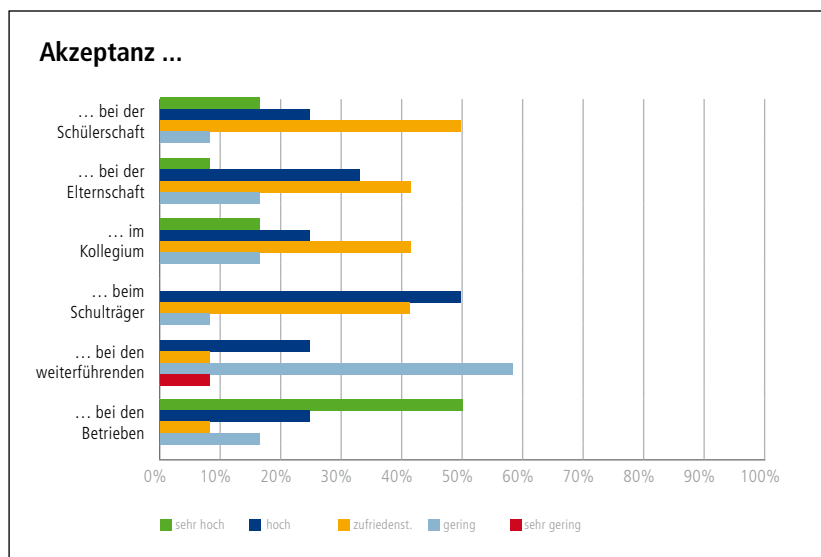
Wir stellen im Folgenden auszugsweise einige Ergebnisse vor:

**Weitgehende Akzeptanz
und Wertschätzung
der Fachoberschule**

Akzeptanz und Wertschätzung sind laut Umfrage unterschiedlich ausgeprägt. Am höchsten ist die Zustimmung bei den Betrieben. Dies ist ein wichtiges Indiz dafür, dass diese die Fachoberschule nicht nur angenommen haben, sondern sich aktiv für die neue Schulart einsetzen. Die Schulen selbst berichten, dass durch die Fachoberschulen die Kontakte zu den Betrieben intensiviert wurden und teilweise in eine betriebliche Partnerschaft mündeten.

Betriebe und Schülerschaft finden durch das gelenkte Praktikum in der 11. Klassenstufe zueinander. Schülerinnen und Schüler bleiben auch in der 12. Klasse in engem Kontakt mit ihren ehemaligen Praktikumsbetrieben und finden hier nach Abschluss der Fachoberschule eine Ausbildungsstelle oder das Angebot eines Dualen Studiums.

Die Zustimmungswerte beim Kollegium, bei der Elternschaft wie auch in der Schülerschaft verdeutlichen, dass die FOS im starken Wettbewerb mit anderen schulischen Angeboten steht und den Vorteil als Oberstufe an der Realschule plus weniger gut nutzen kann. Durch entsprechende Werbemaßnahmen sei an einer Realschule plus die Akzeptanz mit den Jahren durchaus gewachsen. Es müsse aber nach wie vor kontinuierlich an den Re-



Forderungskatalog

Bereich	Forderung	Anmerkungen
Stärkung der FOS-Standorte	3. Fachrichtung	Standortabhängig: Zügigkeit; Attraktivitätssteigerung; Zugewinn an Schülerinnen und Schülern
Personalisierung	Ansiedlung im Realschulreferat	Abbau von Abhängigkeiten: augenblicklicher Stand: RS+ als „Bittsteller“
Personalgewinnung	in den Kollegien der Realschule plus	Prüfung von Möglichkeiten eines Unterrichtseinsatzes außerhalb einer Wechselpflicht; Kombination des Lehramtes für RS+ mit einer BBS-Fachrichtung; zusätzliche Qualifikationsmöglichkeiten über Fernstudium oder Studium, Teilfreistellung zur Vorbereitung auf die Wechselpflicht
Wertschätzung	Lehrkräfte mit Lehramt Realschulen plus mit Unterrichtserlaubnis und Lehrkräften mit anderen Studienabschlüssen mit langjährigem Einsatz in FOS	Einsatzgarantie aufgrund der Bewährung im Unterrichtseinsatz; Qualifikation „flexibel“ bewerten
Wertschätzung	Pflicht-Praktikum an FOS	Erste Phase der Lehrerausbildung für BBS und Gym
Abbau des Konkurrenzdenkens	Referate – Schularten	Abbau von „Egoismus“ – gemeinsame Verantwortung für Schülerentwicklung wahrnehmen; Gemeinsamkeiten suchen und Zusammenarbeit realisieren; gegenseitige Stützung
Fairness im Umgang	Schularten – BBS-SL	Benachteiligung der BBS-Lehrkräfte an FOS entgegenwirken
Chancengleichheit	Werbung im Studium	Seminarangebot speziell für/mit FOS-Inhalten
Image – Maßnahme	FOS und 2. Ausbildungsphase	BBS-Referendariat an FOS ermöglichen; Studieninhalt am Studienseminar
Chancengleichheit	Werbung in Gymnasien, IGSen und BBS	Keine Unterschiede in der Informationsmöglichkeit – Offenheit bezüglich der Beratung; Kompetenz der Schülerinnen und Schüler in den Vordergrund stellen
Verstärkung der Identifikation mit FOS	in der eigenen Schulart Realschule plus	Offenheit – Wertschätzung im Kollegium am FOS-Standort; Wertschätzung als „eigene Oberstufe“ an benachbarten Realschule plus
Werbung für FOS	über alle Schularten einschließlich Universitäten und Hochschulen	Erarbeitung eines Masterplans; Nutzung der sozialen Medien
Verzahnung von Realschule plus und FOS	Unterrichtseinsatz	Schaffung von Möglichkeiten des Unterrichtseinsatzes von SII-Lehrkräften nur mit einem FOS-Fach mit ihrem 2. Fach in Realschule plus
Flexibilisierung im Unterrichtseinsatz	Problem des vollumfänglichen Unterrichtseinsatzes in FOS	Abbau von Teilabordnungen – Entlastung im Unterrichtseinsatz; Zusätzlicher Anreiz für Einsatz in FOS
Empfehlung für Besuch einer FOS	Überarbeitung der SchulO	Sonderstellung „IGS“
Schulleiterbesoldung nach A 16	Zusatz an Verwaltungsaufgaben	Gleichbehandlung zu anderen Schularten mit Oberstufen
Schulleitung	Möglichkeiten der Wahrnehmung von Schulleitungsfunktionen	Steigerung der Akzeptanz

alschulen plus geworben werden. Eine höhere Akzeptanz könnte auch dadurch erreicht werden, wenn die Möglichkeit des Unterrichtens in beiden Schularten geschaffen werden könnte.

Die Außenwirkung der Fachoberschule sei groß. Eltern würden wegen der Fachoberschule ihre Kinder bewusst an eine Realschule plus anmelden. Sie schätzen die Möglichkeit einer durchgängigen Beschulung von der 5. bis

zur 12. Klassenstufe. In der Wahrnehmung der Eltern böte die Fachhochschulreife gute Zukunftsperspektiven für eine erfolgreiche Ausbildung oder für ein erfolgreiches Studium an einer Fachhochschule. Erfreulich ist, dass die Schulträger hinter ihren Fachoberschulen stehen und diese wertschätzen. Die Zustimmungswerte sind nach Wahrnehmung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hoch.

Geringe Akzeptanz bei den weiterführenden Schulen

Auffallend ist, dass die Akzeptanz bei den weiterführenden Schulen allgemein gering ist. Die Präsenz in den benachbarten Realschulen plus ist gegeben. So können Fachoberschulen an Berufsinformationstagen die Schulform vorstellen. Dennoch glauben die Fachoberschulen wahrnehmen zu können, dass für die Fachoberschule

im Vergleich zu den anderen weiterführenden Schulformen an den Realschulen plus zu wenig geworben wird. Es wird eine stärkere Anbindung der umliegenden Realschulen plus an eine Fachoberschule gewünscht.

Beklagt wird die geringe Offenheit der Integrierten Gesamtschulen und der Gymnasien. Teilweise finden die Fachoberschulen keinen Zugang zu diesen beiden Schulformen, um über die Fachoberschulen zu informieren.

Besonders gewürdigt wird die Zusammenarbeit mit den Berufsberaterinnen und Berufsberatern der Agentur für Arbeit, die ihre Einflussmöglichkeiten in der Beratung an den Integrierten Gesamtschulen wie auch an den Gymnasien wahrnehmen, um über die Fachoberschulen zu informieren.

Klartext:

Wo der Schuh drückt!

Ungeschminkt, sachlich und konstruktiv stellen die Teilnehmenden im Beisein des FOS-Referenten des Ministeriums dar, wo in der Fachoberschule der Schuh drückt. Sie sehen in einigen Bereichen dringenden Handlungsbedarf. Entsprechend verknüpfen sie ihre Redebeiträge mit konkreten Forderungen. Anhand dieser Rückmeldungen hat der Verband einen Forderungskatalog erstellt. Dieser soll Grundlage für weitere Gespräche mit dem Bildungsministerium sein.

Kein Masterplan – Chancen zur Schulentwicklung gemeinsam nutzen

In ihren Beiträgen stellten vom Bildungsministerium Christiane Schönauer-Gragg, oberste Schulaufsicht über Realschulen plus, und Stephan Reuter, oberste Schulaufsicht über Fachoberschulen an Realschulen plus, die Entwicklungen der Fachoberschulen dar, gaben einen Ausblick auf die Möglichkeiten der Schulentwicklung und beantworteten Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu unterschiedlichen Themen bezüglich der Fachoberschule.

Beide betonten das Alleinstellungsmerkmal der Fachoberschulen im gesamten Bundesgebiet. Dieses werte die Schulart Realschule plus auf.

Insgesamt positive Entwicklungen der Fachoberschulen

Stephan Reuter, der gleichzeitig FOS-Koordinator an der Carl-Zuckmayer-Realschule plus und Fachoberschule Nierstein ist, zeigte sich erfreut, dass drei FOS-Koordinatorstellen in den Bezirken Trier und Neustadt besetzt werden konnten. Es gebe allerdings immer noch Standorte ohne regulär besetzte FOS-Koordinatorinnen oder FOS-Koordinatoren.

Die Anmeldezahlen in den Fachoberschulen, so Stephan Reuter, belegten u.a. eine geringe Volatilität in den Schülerzahlen pro Klasse und eine stetig steigende Aufnahmequote in Bezug zu den Anmeldezahlen. Er interpretiere diese Daten als eine positive Entwicklung für eine bewusste Entscheidung für den Bildungsgang an einer Fachoberschule. Für das Schuljahr 2023/24 seien an den Fachoberschulen 1450 Anmeldungen zu erwarten. Die Schülerentwicklung an den Fachoberschulen sei unterschiedlich. Es gebe Standorte mit erfreulich hohen Anmeldezahlen. Es gebe jedoch auch Standorte mit zwei Fachrichtungen, die keine echte Zweizügigkeit in Klassenstufe 11 erreichten, und daher voraussichtlich Y-Züge bilden müssten.

Fachoberschulen werden noch zu wenig wahrgenommen

Limitierende Faktoren für eine Entwicklung der FOS-Standorte als Wahlschule seien zunächst alternative Bildungsgänge und Ausbildungsangebote, die im natürlichen Wettbewerb zu den Angeboten der berufsbildenden Fachoberschule stehen. Er gab zu bedenken, dass die Fachoberschulen immer noch zu wenig wahrgenommen würden. Das werfe die grundsätzliche Frage auf, wie für die Fachoberschulen eigentlich geworben werden müsse. Es gebe keinen generellen Masterplan an den einzelnen Standorten.

Die Anstrengungen der einzelnen Standorte seien vielschichtig. Werbung für die Fachoberschulen finde z.B. in sozialen Medien und über Informationsveranstaltungen sowohl an dem eigenen FOS-Standort, aber natürlich auch an anderen weiterführenden Schulen statt. Um die Fachoberschule



Stephan Reuter: „Wir müssen gemeinsam die Fachoberschule als Chance verstehen und weiterentwickeln.“

stärker in den Fokus der Adressaten zu rücken, sei standortbezogen immer wieder zu prüfen, ob die eigenen Informationsbemühungen gegebenenfalls noch zielgerichteter intensiviert werden können.

Ein weiterer und regional differenzierter limitierender Faktor für einen FOS-Standort sei die Anzahl potenzieller Praktikumsbetriebe. Ohne Praktikumsplatz kein Schulplatz. Daher müsse auch bei der Etablierung von Fachrichtungen berücksichtigt werden, ob entsprechende Praktikumsbetriebe zur Verfügung stünden.

Bei der Beurteilung der Schülerzahlen sei die demografische Entwicklung ebenfalls miteinzubeziehen. Ein generelles Absinken der Schülerzahlen sei dann auch mit möglichen Auswirkungen für die Fachoberschulen verbunden.

Personalisierung an Fachoberschulen ist zum Teil herausfordernd

Für Stephan Reuter ist die Personalisierungssituation an einigen Fachoberschulen zum Teil herausfordernd, entspricht in Zeiten des Lehrkräftemangels aber auch den aktuellen Rahmenbedingungen. Es fehlten derzeit bei Abschlussprüfungen Erstkorrektoren und Prüfungsvorsitzende.

Reuter lobte in seinem Vortrag die Zusammenarbeit mit der ADD und

insbesondere mit den zuständigen ADD-Referenten der Realschulen plus in den drei Schulaufsichtsbezirken. Bei den Klassenbildungen der FOS könne man auf einen guten Personalschlüssel bauen. So gelte, dass aktuell bei einer Anmeldezahl ab 27 Schülerinnen und Schülern in der 11. Klasse einer FOS zwei Klassen ohne Y-Zug gebildet werden könnten.

Referatsübergreifender Personalzugriff wünschenswert

Als berufsbildende Oberstufe seien die Fachoberschulen daran gebunden, den Unterricht mit Lehrkräften mit dem Lehramt an Gymnasien und dem Lehramt an berufsbildenden Schulen zu besetzen. Seit der Schulstrukturreform würden die Fachoberschulen im organisatorischen Verbund mit den Realschulen plus geführt. Um die Personalversorgung, gerade bei fehlenden Erstkorrekturen in Prüfungsfächern, der Fachoberschulen unkomplizierter zu gewährleisten, sei ein referatsübergreifender Personalzugriff in diesem Zusammenhang natürlich wünschenswert, so Stephan Reuter.

Die personelle Situation an einigen Fachoberschulen sei im konstruktiven Dialog zwischen dem Bildungsministerium und der Aufsichts- und Dienstdirektion bereits erörtert worden. Die Sachlage sei klar dargestellt und erkannt worden, die Gesprächskanäle seien offen. Er sei fest davon überzeugt, in der Zukunft gemeinsam zu guten Ergebnissen zu gelangen. Aber, so wisse er auch, das FOS-Referat sei ein sehr kleines Referat im Bildungsministerium, das nur mit einer halben Stelle besetzt werde.

Tools zur Professionalisierung der Fachoberschulen nutzen

In ihrem Beitrag stellte Christiane Schönauer-Gragg verschiedene Tools vor, die die Arbeit an den Schulen und auch in Fachoberschulen professionalisieren und erleichtern sollen.

Digitale Berufsorientierungs-Portfolio RLP (DiBoP)

Das Instrument ist eine sowohl für die Sekundarstufe I als auch für Klassenstufe 11 entwickelte digitale Alternative zu dem bisherigen Berufsportfolio, das Informations- und Arbeitsmate-



Christiane Schönauer-Gragg: „Wir sind sehr stolz und dankbar, dass wir in Rheinland-Pfalz die FOS haben. Kein anderes Bundesland hat das. Das wertet unsere Schulart auf.“



Oben rechts: Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler betonte: „Wir leben Fachoberschule und wollen die weitere Entwicklung der Fachoberschule vorantreiben.“ Unten rechts: Gerhard Hein ist im Verband zuständig für die Fachoberschulen. Er organisierte und moderierte die Fachveranstaltung.



rial, oder digitale Ablagemöglichkeiten enthält. Es ist kostenfrei über den Schulcampus zu beziehen.

Profil-AC Gym

Die landeseigene Potentialanalyse Profil-AC wurde für die Oberstufe weiterentwickelt und kann nun auch in der FOS zum Einsatz kommen. Beobachtungsaufgaben können bspw. durch Planspiele ersetzt werden. Eine komplette Potentialanalyse könne in sechs Unterrichtsstunden durchgeführt werden. Die nächsten Schulungen für Lehrkräfte starten am Ende der Sommerferien.

2P – Potenzial & Perspektive

Dieses Diagnostik- und Förderplanungstool zur Lernstandserhebung ab Klassenstufe 5 in den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik und in DaZ werde an Schulen gut angenommen. Die komplett webbasierte Variante sei ein kostenfreies, einfaches Tool im Gegensatz zu verlagsbasierten Lernstandserhebungen. Ganz neu und gerade in der Testphase für das Fach Deutsch werde basierend auf den Lernstandserhebungen auch digitales Übungs-

material (2P-Xploria-Lerntool Deutsch) erprobt. Dies soll zur Entlastung der Lehrkräfte im und außerhalb des Unterrichts, lehrer- oder schülergesteuert genutzt werden können. In einem Jahr plane man, Übungsmaterial auch für DaZ anbieten zu können.

Flyer „Das Schulsystem in Rheinland-Pfalz einfach erklärt“

In 23 Sprachen wurde ein umfangreicher Flyer für neu zugewanderte Familien entwickelt. Es ist auf dem Bildungsserver online abrufbar unter:

<https://migration.bildung-rp.de/links-und-materialien/das-schulsystem-in-rheinland-pfalz.html>

Ursula John
u.john@rsplus-altenkirchen.de



Monika Antoni
monika.antoni@vrp-rlp.de



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrp-rlp.de



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrp-rlp.de



Fotos: Wilfried Rausch

Schule im Angesicht von Krisen und Konflikten

Es geht um weit mehr als um Wissensvermittlung



Wie nehmen Kinder und Jugendliche die Welt durch ihren Medienkonsum wahr? Welche Verantwortung kann Schule übernehmen?

Schreckensnachrichten und Katastrophenmeldungen über Pandemien, Kriege, Konflikte und Krisen prägen seit Jahren die Schlagzeilen. Und sie werden immer heftiger. Kann man sich ihnen entziehen? Muss man sie überhaupt konsumieren? Newsticker und Brennpunktendungen und die sozialen Medien lassen einen kaum zur Ruhe kommen. Nahezu im Minutentakt vermelden sie Angst auslösende Negativbotschaften.

„Nachrichten werden immer schneller produziert und über immer mehr Kanäle distribuiert. Dieser Newsstorm trifft auf Nutzerinnen und Nutzer, die durch Smartphones und Social Media ‚always on‘ und somit quasi permanent einem Dauerfeuer aus News, Messages und Benachrichtigungen ausgesetzt sind.“¹ Wir erleben das wachsende Ausmaß dieser bedenklichen Ent-

wicklung erneut seit Beginn der jüngsten Terroranschläge der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Neben dem zeitlich parallel existierenden russisch-ukrainischen Krieg hat nunmehr auch der Nahostkonflikt mit dem Beschuss israelischen Staatsgebiets durch die Hamas militärische Auseinandersetzungen ausgelöst, die auch hierzulande allgemeine Betroffenheit und Fassungs-

losigkeit hervorrufen. Gerade Kinder und Jugendliche sind in dieser eskalierenden Situation stark emotionalisiert. TikTok, Instagram oder Facebook tragen durch ihre Bilder nicht unerheblich dazu bei. Schule und Unterricht müssen die Gefühle ernst nehmen. Gutes Unterrichtsmaterial² fördert das notwendige Hintergrundwissen, aber Fakten allein helfen hier nicht weiter.

In diesem Beitrag geht es um die grundsätzliche Wirkung von Medien auf Kinder und Jugendliche im Angesicht von Krisen und Konflikten. Zudem wird thematisiert, welche besondere Verantwortung den Schulen zukommt.

Gewaltinhalte üben oft eine Faszination aus

Soziale Medien spielen für Kinder und Jugendliche eine zentrale Rolle. Bildungsziel in Schule und Unterricht ist der kompetente und kritische Umgang mit digitalen Medien, insbesondere mit Internet und Smartphone.³ Die Vermittlung von Medienkompetenz ist ein dauerhafter Prozess und eine Aufgabe, welche die Lehrkräfte zunehmend beansprucht. Denn durch die digitale Technik hat sich etwas grundlegend verändert: „Früher musste man sich aktiv entscheiden, Nachrichten zu hören oder zu lesen. Heute müssen wir uns aktiv entscheiden, wenn wir uns vom ständigen Nachrichtenstrom einmal abkoppeln wollen.“⁴ Das fällt vielen schwer. Denn spektakuläre Inhalte und auch Gewaltinhalte üben oft eine Faszination und höhere Nachfrage aus. Bedenklich ist auch, dass wir uns mittlerweile an kurze, „knackige“ Informationen gewöhnen mussten. Zunehmend nutzen viele Jugendliche (und auch Erwachsene) ausschließlich soziale Medien. Sie sind somit auch Falschinformationen ausgeliefert. Diese führen oft gezielt in die Irre und stellen mitunter eine Bedrohung und Gefahr für Demokratie und Gesellschaft dar. Krisensituationen sind für Desinformationskampagnen besonders anfällig.

Kriegsbilder wirken auf Kinder und Jugendliche viel stärker

Die Gewohnheit, zwanghaft negative Nachrichten zu lesen, obwohl es einem danach nicht gutgeht („Doomscrolling“), nimmt bei vielen Menschen zu. Unser Gehirn unterstützt dieses Verhalten insofern, als es auf Katastrophen stärker reagiert. Das Gefährliche aktiviert unsere Aufmerksamkeit stärker als der unspektakuläre Normalfall, weshalb sich „bad news“ besser verkaufen lassen. „Wenn etwa die Hamas

Videoschnipsel von Hinrichtungen auf TikTok hochlädt, dann ist das ein bewusster Angriff auf die Psyche des Gegners – und je mehr Menschen dem Impuls folgen, sie anzuschauen und in den sozialen Medien zu teilen, umso größer ist die Wirkung.“⁵ Die Medienpsychologin Maren Urner weist darauf hin, dass bei Kindern und Jugendlichen die Eindrücke durch die Kriegsbilder sehr viel stärker wirkten, weil sich ihr Gehirn noch entwickelt. Umso wichtiger sei es, den Konsum nicht ausufern zu lassen, sich Nutzungsmuster bewusst zu machen und darüber zu sprechen.⁶ Der Unterricht ist dafür ein geeigneter Ort.

Angesichts der Omnipräsenz der Medien gehört die Medienkompetenz zu den Basiskompetenzen. Medien erleichtern unseren Alltag, aber sie beeinflussen auch in zunehmendem Ausmaß die Wahrnehmung von Wirklichkeit und damit auch das Verständnis von Demokratie und Gesellschaft. „Nachrichten verstehen, verifizieren, einordnen und überhaupt als solche erkennen zu können, das ist mit der Digitalisierung immer wichtiger geworden (...) Aber wie gut gelingt es den Menschen, die Zuverlässigkeit von Quellen im Netz zu beurteilen?“⁷ Der kritische Umgang mit Fake News sei für Kinder und Jugendliche eine „heillose Überforderung“, erklärt Rainer Steib. Schon die meisten Erwachsenen seien wohl nicht in der Lage, den Wahrheitsgehalt der meisten Nachrichten zu überprüfen.⁸ Tatsächlich macht es die Flut emotionaler Bilder kaum möglich, Fälschungen zu erkennen, geschweige Situationen annähernd realistisch einzuordnen. Der Algorithmus bestimmt mit, was man zu sehen bekommt, etwa nur die Bombardierung durch die israelische Armee oder auch das Trauern der Angehörigen entführter israelischer Kinder.⁹

Spannungen werden auch in die Schulen getragen

Den Schulen kommt also gerade im Angesicht von Krisen und Konflikten eine besondere Verantwortung zu. Dabei geht es um weit mehr als um Wissensvermittlung über den Nahostkonflikt. Lehrerinnen und Lehrer müssen Emotionen auffangen, Wut und Angst zulassen, Raum schaffen, um Fragen zu beantworten und gleichzeitig klare Grenzen aufweisen, wenn menschenverachtende Äußerungen fallen. Daher ist antisemitischen oder israeldämonisierenden Äußerungen entschieden entgegenzutreten. Gleichmaßen darf nicht akzeptiert werden, Palästinenser pauschal mit der Hamas gleichzusetzen. Wenn jüdische und muslimische Schülerinnen und Schüler aufeinandertreffen, kann es zu Spannungen kommen. Erfahrungsberichte darüber häufen sich: „Kinder werden in Schulen eingeschüchtert, herausgedeutet, bekommen Sprüche zu hören wie ‚Hoch lebe die Hamas‘. Fußballspiele jüdischer Vereine werden abgesagt. In Frankfurt haben achtzig Prozent der Eltern ihre jüdischen Kinder nicht mehr in die Schule geschickt.“¹⁰ In Deutschland leben 100.000 Juden und mehr als fünf Millionen Muslime. Dass der aktuelle Krieg in Israel den Dialog und das Zusammenleben erschwert, verspüren auch die Schulen. Die Gespräche und Diskussionen am Lern- und Lebensort Schule müssen daher besonders in diesen sensiblen Situationen von Offenheit, Respekt und Toleranz für verschiedene Ansichten geprägt sein.^{11 12} Für Lehrerinnen und Lehrer bedeuten all diese Herausforderungen eine nicht zu unterschätzende emotionale Belastung.

Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de



¹ „Wie viele schlechte Nachrichten verträgt der Mensch?“, Joachim Huber im Gespräch mit dem Medienpsychologen Leonard Reinecke. In: Tagesspiegel, 20.01.2023, <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/news-news-9172206.html>

² Zahlreiche Unterrichtsmaterialien zur Geschichte des Nahostkonflikts findet man unter „deutscher bildungsserver“: <https://www.bildungsserver.de/unterrichtsmaterialien-zum-nahostkonflikt-13050-de.html>

³ Bildungsserver Rheinland-Pfalz: <https://eltern-medienkompetenz.bildung-rp.de>

⁴ Leonard Reinecke, zitiert von Ulrich Schnabel: „Gegen den Schlagzeilenstress“, Die ZEIT, 19.10.2023, S. 37

⁵ Ulrich Schnabel: Gegen den Schlagzeilenstress. Die ZEIT, 19.10.2023, S. 37

⁶ Maren Urner, zitiert von Gisela Gross: „Voll auf Emotion. Plattformen wie TikTok tragen den Krieg auch zu Kindern und Jugendlichen/Falschinformation und Propaganda“. In: Mainzer Allgemeine Zeitung, 26.10.2023, S. 24

⁷ Sabrina Knoll: Studie zu digitaler Medienkompetenz. Nur Grundkenntnisse sind vorhanden. In: Spiegel online, 22.03.2021

⁸ Reiner Steib: Technisch versiert oder allgemein gebildet? Kritische Anfragen an die Medienkompetenz – https://medienstiftung.drs.de/fileadmin/user_files/271/Dokumente/aus_der_Buchreihe/Steib_Kritische_Anfragen_an_die_Medienkompetenz.pdf

⁹ Nadine Bader (Bayerischer Rundfunk): Kommentar in den ARD-Tagesthemen vom 24. Oktober 2023

¹⁰ Juden und Muslime: Dialog in Zeiten des Terrors. In: Allgemeine Zeitung, 27.10.2023, S. 4f.

¹¹ Angriff auf Israel – Unterstützung für Schulen. In: Bildungsportal NRW – <https://www.schulministerium.nrw/angriff-auf-israel-unterstuetzung-fuer-schulen>

¹² Mathias Brüggemeier: Ukraine: Wie reden wir mit Kindern über den Krieg? (24.02.2022) In: <https://www.magazin-schule.de/magazin/ukraine-wie-reden-wir-mit-kindern-ueber-den-krieg/>

Wir brauchen gute Schulen

Steinmeier benennt Mängel im Bildungssystem

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat anlässlich der Verleihung des Deutschen Schulpreises an eine bayerische Mittelschule mit deutlichen Worten den Zustand des Bildungssystems kritisiert. Hier Auszüge aus seiner Rede:

In unserem Land fehlen tausende Lehrerinnen und Lehrer; viele Schulleiterstellen sind unbesetzt; es mangelt an Sprachförderkräften, Sozialarbeiterinnen, Verwaltungsassistenten. Und oft sind ausgerechnet die Schulen am schlechtesten ausgestattet, die am meisten leisten müssen: Schulen in ärmeren Stadtvierteln oder Gemeinden, deren Schüler besonders viel Förderung brauchen, weil sie aus schwierigen Familienverhältnissen kommen oder weil sie, aus unterschiedlichen Gründen, von ihren Eltern keine Unterstützung bekommen. Jedes fünfte Kind in unserem Land kann am Ende der Grundschule nicht gut lesen, schreiben und rechnen. Zehntausende Jugendliche verlassen die Schule ohne Abschluss.

Kann sein, dass mein Eindruck stimmt, dass die Schuldebatte in unserem Lande manchmal etwas sehr ritualisiert verläuft: Eine Studie erscheint, der öffentliche Aufschrei ist groß, es werden Aufbrüche gefordert, Bildungsgipfel einberufen, Schuldzuweisungen gemacht – und dann tut sich danach regelmäßig zu wenig, bis die nächste Studie kommt und alles wieder von vorne beginnt.

Aber das ist nicht alles. Die ganze Wahrheit ist doch: Wir dürfen nicht alle Unzufriedenheit auf Schule und Schulpolitik abladen. Kaum eine andere öffentliche Institution ist so sehr Adressat von gesellschaftlichen Heilserwartungen wie die Schule. Wo immer Defizite im gesellschaftlichen Miteinander registriert werden – ob beim Sozialverhalten von Kindern, Integration, Verständnis von

Wirtschaft, Ernährungsfragen, Umweltbewusstsein, was immer Sie sich denken –, überall soll Schule Abhilfe leisten und das, was an anderen Orten der Gesellschaft versäumt wird, nachliefern. Und dazu kommt dann auch noch: In einer Zeit, in der neben Elternhaus und Schule mit den sozialen Medien ein dritter, übermächtiger Akteur getreten ist, da geraten natürlich Lehrerinnen und Lehrer leichter an ihre Grenzen.

Und am Ende bleibt doch: Wir brauchen mehr gute Schulen, und wir brauchen sie überall im Land. Wir können uns eigentlich keine einzige schlecht funktionierende Schule leisten! Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir die Schulen am besten ausstatten, deren Kinder am meisten Unterstützung brauchen. Gerade dort brauchen wir mehr Lehrkräfte – und die besten! Gerade dort müssen wir Lehrerinnen und Lehrer entlasten, damit sie sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können: den Unterricht! Gerade dort brauchen wir die stärksten Teams, die meisten Schulbegleiter, die beste Sprachförderung. Und gerade dort brauchen wir Schulleitungen, die Gestaltungsfreiheit haben! Haben wir doch öfter mal den Mut, die Schulen einfach machen zu lassen!

Alle, die dort lernen und arbeiten, sollen gern in die Schule gehen, und das meint nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch Lehrerinnen und Lehrer. Und das erreichen wir natürlich nicht, indem wir auf Anspruch und Leistung verzichten. Sondern wir müssen dafür sorgen, dass sich jeder an seiner Schule ernstgenommen, anerkannt und wertgeschätzt fühlt – als Teil der Schulgemeinschaft und als Teil dieser Gesellschaft.

Hr / Quelle: Bundespräsidialamt, Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 12. Oktober 2023 in Berlin

► VRB-UMFRAGE ZUR LEHRKRÄFTEBELASTUNG

„Wie hat sich Ihr Arbeitsalltag verändert?“



Die Aufgaben und Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer wachsen weiter. Die Grenzen der Belastbarkeit sind längst erreicht. Die politisch Verantwortlichen sind zum Handeln aufgefordert, um die Kolleginnen und Kollegen in ihrem Berufsalltag zu stärken und Bedingungen zu schaffen, um junge Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen und zu begeistern.

Doch Forderungen und Rückmeldungen Einzelner stoßen kaum auf Aufmerksamkeit. Ergebnisse einer landesweit angelegten Lehrkräftebefragung können dagegen für mehr Resonanz im politischen Raum sorgen.

Mit einem Zitat der Basketball-Trainerlegende Phil Jackson: „Die Stärke eines Teams ist jedes einzelne Mitglied. Die Stärke eines jeden Mitglieds ist das Team!“, setzte der VRB den Impuls für Kolleginnen und Kollegen, an einer Onlineumfrage teilzunehmen, die bis zum 17. November 2023 freigeschaltet war.

In der Erhebung wurden Statements zu folgenden Bereichen vorgegeben, die nach dem System der Schulnoten eingeordnet werden konnten. Gefragt wurde u. a. nach ...

- der politischen und gesellschaftlichen Unterstützung für den Bildungs- und Erziehungsauftrag,
- der Erfüllung der Fürsorgepflicht seitens des Arbeitgebers/ Dienstherren in Bezug auf die Lehrergesundheit,
- den Hilfestellungen, um der zunehmenden Heterogenität der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden,
- der Unterstützung im schulischen Alltag durch multiprofessionelle Teams,
- der digitalen Infrastruktur in Schulen,
- der Balance zwischen Beziehungsarbeit und bürokratischen Notwendigkeiten.

Die Umfrage erfolgte nach Redaktionsschluss. Wir berichten in der kommenden Ausgabe über die Resonanz, die Auswertung, die Schlussfolgerungen und die daraus abgeleiteten VRB-Initiativen.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Die Stimme des VRB wird gehört

Landesdelegiertentag in Bingen



Der Landesvorsitzende informierte über die jüngsten Verbandsinitiativen. Die Überarbeitung der Schulbau-richtlinie sei bereits in Gang gekommen.



Anspruchspartnerinnen und -partner vor Ort. Die Delegierten an den Schulen seien Bindeglied zwischen Schule und Verband. Ohne sie könne Verbandsarbeit nicht gelingen, betonte Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler in seiner Würdigung ihres ehrenamtlichen Einsatzes.

„Ich bin sehr froh, dass dieser lang geplante, durch die Corona-Pandemie ausgebremste, Landesdelegiertentag nun endlich stattfinden kann“, so begrüßte Heidi Becker, die Organisatorin des Landesdelegiertentages, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 13. Juni 2023 im Hildegard-Forum in Bingen.

Die Delegierten sind ein unverzichtbares Bindeglied zwischen Schule und VRB

„Die Delegierten an den Schulen sind ein unverzichtbares Bindeglied zwischen Schule und Verband, ohne sie kann Verbandsarbeit nicht gelingen“, betonte Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler in seiner einführenden Rede. Vor Ort seien sie Ansprechpartnerinnen und -partner für unsere Mitglieder und ebenso für alle Kolleginnen und Kollegen an den Schulen. Ihrem Einsatz beispielsweise bei der Vermittlung von Mitgliedern oder Kolleginnen und Kollegen an unser Expertenteam im Verband, bei der Gewinnung neuer Mitglieder und bei der Übernahme der organisatorischen Aufgaben an den Schulen sei es zu verdanken, dass der Verband bei den letzten Personalratswahlen so erfolgreich abgeschnitten habe und in

seiner Stärke von der Landesregierung und der politischen Opposition, vom Bildungsministerium und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion wahrgenommen werde. Die Stimme des VRB werde gehört und sei gewichtig, eine konstruktiv-kritische Zusammenarbeit zahle sich aus, so der Landesvorsitzende weiter.

Ziele und Vorhaben des Landesverbandes

Im Anschluss skizzierte Lichtenthäler die Arbeit des Landesverbandes und stellte Vorhaben und Ziele des VRB Rheinland-Pfalz vor:

- Im Herbst stehen die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) an. Ziel sei, die Übernahme der Abschlüsse des Bundes und der Kommunen auf die Länderebene und die Übertragung auf den Beamtenbereich zu erreichen.

- Im Dialog mit dem Wissenschaftsministerium und den Universitäten des Landes gehe es darum, die Studiengänge für Förderlehrkräfte auszubauen und parallel dazu den universitären Abschluss für alle Lehrämter an allen Universitäten in Rheinland-Pfalz zu realisieren.
- Mit Blick auf die Novellierung der Schulbaurichtlinie sei der VRB initiativ gewesen. Eine „Schule der Zukunft“ könne nur gelingen, wenn die Herausforderungen der Gegenwart bewältigt seien. Die räumliche Ausstattung an Schulen entspreche oftmals nicht den Anforderungen der Gegenwart, so fehlen beispielsweise Büros für die Didaktischen Koordinatorinnen bzw. Koordinatoren oder Raumangebote für offene Unterrichtsformen. Fachräume müssten als Klassenräume genutzt werden oder deren Ausstattung sei unbefriedigend.
- Die Empfehlung der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK), Teilzeitarbeit im Lehramt abzubauen, ziele in die falsche Richtung. Auch hier gelte es, gegenzuhalten.

Delegiertenarbeit in den Bezirken

Bengjamin Bajraktari, Vorsitzender im Bezirk Koblenz, würdigte die Arbeit der Delegierten: Die Verbandsarbeit lebe durch die Impulse der Menschen vor Ort, durch ihre Sensibilität für die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen. Er appellierte, die durch den Verband bestehenden Netzwerke zu nutzen, um in konkreten Situationen Unterstützung geben zu können.

Ähnlich zeichnete Christoph Schneider, der Vorsitzende im Bezirk Neustadt, die ehrenamtliche Arbeit der Delegierten: Hilfestellung zu leisten und sachlich zu beraten. Dabei könne niemals jeder alles wissen, aber das Kompetenz-Netzwerk des Verbandes helfe, die richtige Ansprechpartnerin oder den richtigen Ansprechpartner für die jeweilige Situation zu finden.

Für den Bezirk Trier bestärkte Katharina Becker, sie ist die stellvertretende Bezirksvorsitzende, die Delegierten, durch ihre Anfragen und Anregungen die Arbeit des VRB weiterzuentwickeln.

Aus der Arbeit des Hauptpersonalrates

Timo Lichtenthäler, Mitglied im Hauptpersonalrat der Realschulen plus, stellte den Delegierten aus den Bezirken Koblenz, Neustadt und Trier Themenschwerpunkte aus der Arbeit des HPR vor:

- Eine Unterstützung der Schulen, die eine Überlastung anzeigen, werde immer relevanter. Dies zeige, welche Herausforderungen der Schulalltag an die Kolleginnen und Kollegen, aber generell an das Gesamtsystem Schule stelle. Dabei wies er auf den Unterschied zwischen einer Überlastungsanzeige und einer Gefährdungsanzeige hin.
- Die Mitarbeit des HPR im Arbeitsausschuss des Instituts für Lehrer*innen-Gesundheit (IfL) sei im Hinblick auf die wachsenden Belastungen der Kolleginnen und Kollegen wichtig. In diesem Kontext sprach Lichtenthäler die Empfehlung aus, das Programm „Cockpit“ des IfL zu nutzen, um die Gefährdungslage der eigenen Schule einschätzen zu können.
- Die Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Anwendung von edoo.sys, die Angebote von „Schulcampus“ sowie das Pilotprojekt „Schulgirokonto“ seien weitere Bereiche, in die der HPR seine Expertise einbringe.



Unterstützungsangebote für die Delegiertenarbeit

- **Delegiertenleitfaden** – Er gibt Ihnen einen Überblick zur Funktion Ihres Ehrenamtes im Verband.
- **Expertenplakat** – Hier finden Sie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Themenstellungen aus dem schulischen und beruflichen Alltag.
- **Einzelberatung** – Bei konkreten und individuellen Fragen sprechen Sie uns an oder vermitteln Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen an uns.
- **Schulbesuche** – Gerne unterstützen wir Sie bei der Arbeit an ihrer Schule, bspw. durch die Teilnahme an Personalversammlungen oder Informationsveranstaltungen zu konkreten Themenstellungen, die vor Ort gerade relevant sind.
- **Rechtsberatung**
- **Unterstützung** – Wir bieten Begleitung für Kolleginnen und Kollegen mit GdB (Schwerbehinderung) oder Gleichstellung.
- **„Gewusst wie?“** – monatliches Onlineangebot – initiiert durch den Bezirk Trier – das durch 15 Minuten Input und anschließende Fragerunde (rechtliche) Themen zu Schule und Beruf alltagsnahe erklärt.



Organisationsreferentin Heidi Becker und Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler zeigten sich erleichtert, dass der durch Corona mehrfach ausgebremste Landesdelegiertentag nun endlich stattfinden konnte.

- Die Zusammenarbeit mit dem Landeselternbeirat und der Landeschülervertretung habe einen hohen Stellenwert, aber auch der Dialog mit dem Pädagogischen Landesinstitut werde auf allen Ebenen gepflegt.

Aus der Arbeit des Bezirkspersonalrates

Bengjamin Bajraktari, Vorsitzender des Bezirkspersonalrates für Realschulen plus, veranschaulichte Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte des BPR.

Das „Kerngeschäft“ sei die Personalisierung und somit die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften. Die Besetzung von Planstellen, Abordnungen oder Versetzungen seien mitbestimmungspflichtige Personalmaßnahmen, an denen auch der ÖPR der jeweiligen Schule beteiligt werde. Bajraktari beschrieb die aktuelle Personalisierungssituation so: Es gebe weniger Lehrkräfte als Stellen. Daraus resultiere, dass den Anliegen versetzungswilliger Kolleginnen und Kollegen mit Blick auf die Versorgungslage der abgebenden Schule seltener als bislang entsprochen werde.

Die Einstellungssituation müsse sich verbessern. Dazu trage bei, die Attraktivität des Lehramtes für Realschulen plus zu steigern. Die Möglichkeiten des Quer- und Seiteneinstiegs, aber auch der Einsatz von Förderschullehrkräften an Schwerpunktschulen müsse stärker in den Blick genommen werden. Er verwies in diesem Kontext darauf, dass Gymnasialkolleginnen und -kollegen mit eineinhalb Jahren Erfahrungen in Vertretungsverträgen an Realschulen plus die Wechsellprüfung für das Lehramt an Realschulen plus ablegen könnten. Zudem bestehe nach Abschluss des ersten Staatsexamens mit gymnasialer Facultas die Möglichkeit, die zweite Ausbildungsphase an Studienseminaren für das Realschullehramt fortzusetzen.

Manuel Lillig, vom Schulpsychologischen Beratungszentrum des Pädagogischen Landesinstituts, referierte über das Thema „Schulische Krisen – Phänomene, Prävention und Intervention aus Schulpsychologischer Sicht“. Wir berichten darüber in einem eigenen Beitrag.

Ein Wiedersehen und Kennenlernen

Die einladende Atmosphäre des Tagungshauses „Hildegard-Forum in Bingen am Rochusberg“ begünstigte den Austausch mit Kolleginnen und Kollegen. In diesem Kontext merkte eine Delegierte gegenüber den Vorstandsmitgliedern an: „Ich wollte Ihnen Danke sagen für Ihr ehrenamtliches Engagement, für diese unkomplizierte Kontaktaufnahmen und schnellen Hilfestellungen, die ich auch in meiner Arbeit im ÖPR weitergeben kann.“

Abschließend dankte Timo Lichtenthäler den Delegierten des VRB für ihre Arbeit in den Schulen mit den Worten „Es war ein Wiedersehen mit vertrauten Gesichtern und ein Kennenlernen von neuen Begleiterinnen und Begleitern. Und es war schön, sich endlich live wieder zu sehen.“



Die einladende Atmosphäre des Tagungshauses „Hildegardis Forum in Bingen am Rochusberg“ begünstigte den Erfahrungsaustausch mit Kolleginnen und Kollegen.



Bengjamin Bajraktari beschrieb Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte des Bezirkspersonalrates. Im Mittelpunkt steht die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften. Die Besetzung von Planstellen, Abordnungen oder Versetzungen sind mitbestimmungspflichtige Personalmaßnahmen, an denen auch der ÖPR der jeweiligen Schule beteiligt wird.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Fotos: Nicole Weiß-Urbach



Murmelfase zum Einstieg: Welches Ereignis habe ich in der Schule erlebt, was ich als Krise bezeichnen würde? Warum würde ich das als Krise bezeichnen?



Schulpsychologe Manuel Lillig machte deutlich, dass jede einzelne Person, die Ruhe und Souveränität in einer Krisensituation ausstrahle, hilfreich sei. Das „einzige richtige Krisenkonzept“ für alle Schulen gebe es nicht.

► DELEGIERTENTAG 2023

Manuel Lillig: Schulische Krisen – Phänomene, Prävention und Intervention aus schulpsychologischer Sicht

Schulpsychologe Manuel Lillig ist Beschäftigter des Pädagogischen Landesinstitutes und arbeitet am Schulpsychologischen Beratungszentrum Bad Kreuznach. Er referierte beim Landesdelegiertentag über die Phänomene schulischer Krisen, Präventionsmöglichkeiten und Formen der Intervention.

Lillig berichtete zu Beginn seines Vortrages am Beispiel Winnenden über eigene Krisenerfahrungen und betonte, man könne nicht auf jede Krise vorbereitet sein. Das Vorbereiten auf Krisen geschehe in „Friedenszeiten“ in einer direkten zeitlichen Konkurrenz zu den Herausforderungen des alltäglichen Lehredaseins. Das erschwere das Anliegen. Aber, so versicherte er, wenn sich Schulen vorbereiteten, seien sie in jedem Fall handlungsfähiger. Insofern hoffe er, dass seine Zuhörerinnen und Zuhörer von den Darstellungen seines Vortrages profitierten und handlungsfähiger würden. Jede einzelne Person, die Ruhe und Souveränität in einer

Krisensituation ausstrahle, sei hilfreich. Im Übrigen gebe es nicht „das einzige richtige Krisenkonzept“ für alle Schulen.

„Krise“ – eine Definition

„Was verstehen wir in unserer Schule als Krise? Wann wird an unserer Schule der Krisenmodus aktiviert? Wie ist die Aufgabenverteilung und Schulstruktur im Krisenteam?“ Um sich auf diese Kernfragen einzustimmen, tauschten sich die Teilnehmenden vorab über erlebte Krisen an der eigenen Schule aus.

Für eine Definition des Wortes Krise bediente sich Lillig einer Definition des Psychotherapeuten Dr. Claudius Stein aus dem Jahr 1996: „Krise ist eine vorübergehende, der Stütze bedürftige Instabilität eines Individuums oder sozialen Systems, bei dem die Schutzmechanismen zur Bewältigung der Situation teilweise oder gar nicht mehr greifen.“ Er unterstrich, dass die Krise einzelner Personen durch ein funktionierendes soziales System in Teilen aufgefangen werden könne. Lillig plädierte daher dafür,

bei der schulischen Krisenteamarbeit einen starken Fokus auf das Stabilisieren des Systems Schule zu richten.

Charakteristika einer Krisensituation

Wenn wir im Alltag über Krisen redeten, bezögen wir uns auf kleinere alltägliche Krisensituationen, bei denen wir große Handlungsspielräume haben, erklärte Lillig. Auf Naturkatastrophen, wie beispielsweise die Flutkatastrophe im Ahrtal, könne man sich kaum vorbereiten, da es in solchen Situationen nur geringe Handlungsspielräume für die einzelne Schule gebe.

Charakteristisch für eine Krise sei eine Ansammlung vieler Aufgaben, die unter einem hohen zeitlichen Druck erkannt und gelöst werden müssten. Die emotionale Belastung sei sehr hoch, und die organisatorischen und kommunikativen Anforderungen seien außerordentlich. In einer Krisensituation sei es wichtig zu wissen, wen man über was zu informieren habe, um zu reagieren.

Was hilft? – Unterstützungsstrukturen für ein Krisenteam

Lillig unterstrich die Wichtigkeit von internen und externen Unterstützungsstrukturen. Diese müssten aufgebaut werden: Es brauche intern eine Mannschaft, ein enges Krisenteam, nicht nur eine einzige Person. Für die Arbeit und Entwicklung eines Krisenteams hob Lillig die Rolle des Moderators für ein effizientes Arbeiten als unerlässlich hervor.

Der sogenannte Medienbeauftragte sei eine weitere wichtige Person, die zwar nicht die Rolle eines Pressesprechers annehme, aber dafür Sorge, das mit einer Krisensituation verbundenen öffentlichen Interesse zu erkennen und die resultierende Pressepräsenz zu lenken. Es läge im Interesse der Schule, über die inhaltliche Qualität und Quantität weitergegebener Informationen an die Presse zu entscheiden.

Neben dem internen Unterstützungssystem an den Schulen gebe es ein komplexes externes Unterstützungssystem mit verschiedenen Institutionen, wie Jugendamt, Unfallkasse oder Polizei. Man müsse die Strukturen dieser externen Partner kennen, Netzwerke etablieren und die Kontakte mit den zuständigen Ansprechpartnerinnen

und -partnern pflegen. Lillig verwies auf eine Handreichung des PL für den Umgang mit Krisensituationen an Schulen, die regelmäßig aktualisiert werde und u. a. Checklisten, Musterschreiben und Elternbriefe enthalte:

<https://schulpsychologie.bildung-rp.de/krisenmanagement/handreichung.html>

Schulpsychologische Beratung im PL

Abschließend informierte Manuel Lillig über den Service der Schulpsychologie im Pädagogischen Landesinstitut in den Bereichen Beratung und Fortbildung zum Thema Schulisches Krisenmanagement.

Im Ernstfall würde das Team im Bereich Beratung mit einem Blick von außen Prozess- und Fachexpertise liefern, um Handlungs-

und Entscheidungssicherheit herzustellen. Außerdem unterstütze es bei der (Weiter-)Entwicklung schulischer Krisenteams.

Im Bereich Fortbildung verwies er auf schulpsychologische Online-Angebote und die Online-Kurse im Schulcampus zum Thema Krise mit Videos, Texten und Präsentationen. Darüber hinaus würden Gewaltpräventionsprogramme wie „Prävention im Team“ (PIT) angeboten.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Fotos: Nicole Weiß-Urbach

► SITZUNG DES LANDESHAUPTVORSTANDES

Evaluation – Weichenstellungen – Beschlüsse

Der geschäftsführende Landesvorstand lud Ende August satzungsgemäß zu einer Landeshauptvorstandssitzung nach Bad Marienberg ein. Themenschwerpunkte waren Rückblick auf die Verbandsarbeit und Ausblick auf Aktivitäten und Herausforderungen der kommenden Jahre.

Bilanz

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler gab in seiner Begrüßungsrede einen Rückblick auf die Verbandsarbeit des letzten Jahres und zog eine erfolgreiche Bilanz. Die Initiative des VRB zur Novellierung der Schulbaurichtlinien, so der Landesvorsitzende, habe Wirkung erzielt. Ein umfangreicher Forderungskatalog mit detaillierten Veränderungsbedarfen sei erarbeitet und formuliert worden. Diese wurden an das Bildungsministerium und an die Fraktionsvorsitzenden des Landtags versandt. In Gesprächen mit Parteien und dem Landkreistag habe der Verband auf die Dringlichkeit hingewiesen. Der Entwurf einer Neufassung sei vor den Sommerferien veröffentlicht worden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Verbandsarbeit sei das Thema Lehrkräftegesundheit gewesen. In Vorträgen von und Gesprächen mit Prof. Dr. Stephan Letzel, dem Direktor des Instituts für Lehrergesundheit (IfL), habe man sich über die Möglichkeiten einer Online-Gefährdungsbeurteilung informiert und diese Informationen auf Bezirksebene bei Veranstaltungen mit dem IfL an die Mitglieder weitergegeben.

Die Stärkung des Lehramtes Realschulen plus stand im Mittelpunkt eines Gesprächs mit dem Minister für Wissenschaft und Gesundheit, Clemens Hoch. In einem Austausch mit dem Präsidenten der Universität Koblenz, Prof. Dr. Stefan Wehner, wurde das Studium für das Lehramt an Realschulen plus und der Lehrkräftemangel in den Blick genommen.

Berichte

Breiten Raum nahmen die Berichte aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen des Verbandes ein.

HPR Realschulen plus: Steigende Belastungen und fehlende Unterstützungen. Michael Eich, Vorsitzender des Hauptpersonalrates Realschulen plus, berichtete über die Schwerpunktthemen des Vierteljahresgesprächs mit Frau Dr. Hubig. Thematisiert wurden in diesem Gespräch der Lehrkräftemangel, die Attraktivität des Lehrberufs und damit einhergehend auch die von Schulleitungspositionen. Kritisch angemerkt wurde die weiter steigenden Belastungen der Lehrkräfte und die immer noch fehlenden Unterstützungssysteme an den Schulen.

BPR Realschulen plus: Personalisierung – zunehmend problematisch. Bengjamin Bajraktari, Vorsitzender des Bezirkspersonalrates Realschulen plus, berichtete über die zum Schuljahresbeginn erfolgte Personalisierung. Ein großes Problem sei wieder die Versorgung der Schwerpunktschulen mit Förderschullehrkräften gewesen. Der Mangel an diesen Lehrkräften sei mittlerweile eklatant.

HPR und BPR IGS Integrierte Gesamtschulen: Probleme bei Einstellung unterschiedlicher Lehrämter – Jutta Okfen, Mitglied im Hauptpersonalrat für IGS, und Christoph Schneider, Mitglied des Bezirkspersonalrates für IGS, unterstrichen die Personalisierungsprobleme hinsichtlich einer Versorgung an Integrierten Gesamtschulen mit Realschule-plus-Lehrkräften. Von einer hälftigen Einstellung von

Gymnasiallehrkräften und Realschule-plus-Lehrkräften sei man weit entfernt.

Querschnittsorganisationen:

Jugend – Gleichstellung – Senioren – Tarif

- Einen Bericht über die Gruppe der „Junge Lehrkräfte im VRB“ gab Maren Saulheimer. Sie sprach sich für eine Kooperation mit dem Pädagogischen Landesinstitutes aus, um Veranstaltungen und Fortbildungen anzubieten, wie dies bereits in den Bezirken Trier und Koblenz der Fall war. Saskia Tittgen ergänzte den Bericht mit ihren Aktivitäten als Vorsitzende der VDRjugend und ihrer Vernetzung mit der dbb jugend.
- Nicole Weiß-Urbach, seit Mai Vorsitzende der VDR Bundesfrauenvertretung und gleichzeitig Vorstandsmitglied bei den dbb frauen rlp, unterstrich die Bedeutung einer Vernetzung der Querschnittsorganisationen auf Landes- und Bundesebene. Thematische Schwerpunkte ihrer Beratungsgespräche seien Teilzeitproblematiken u. a. bei Elternzeit oder Altersteilzeit gewesen.
- Wilfried Rausch, VRB-Referent für Senioren, zeigte die Problemfelder der Tarifabschlüsse des TVöD im Frühjahr auf und benannte konkret die Nachteile, die sich aus der Tarifeinigung für Senioren ergeben. Wichtige Schwerpunktthemen der Arbeit in der Seniorenvertretung seien Pflege, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie die Finanzierung der Pflege in den kommenden Jahren.
- Die Referentin für Tarifbeschäftigte Katharina Becker informierte über die kommenden Tarifverhandlungen des TV-L im Herbst. Die Ergebnisse der Einkommensrunde, dafür werde der Verband auch kämpfen, müssten zeit- und systemgleich auf die Besoldung von Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfängern übertragen werden.

Die neue Inklusionsverordnung – Entwurf voller Widersprüche

Michael Eich, stellvertretender Landesvorsitzender und Vorsitzender des Hauptpersonalrates, stellte die neue Inklusionsverordnung vor. Er kritisierte, dass der Entwurf voller Widersprüche und Unklarheiten sei. Es sei kein Instrumentarium zur Hilfe im Alltag gelungen. Michael Eich stellte zusammenfassend fest, dass die neue Verordnung neue Konflikte an die Schulen bringen werde.

Die Fachoberschulen – ein Forderungskatalog für weitere Schulentwicklung

Von einer landesweiten FOS-Tagung berichtete Gerhard Hein, stellvertretender Vorsitzender im Bezirk Koblenz und Referent für die Fachoberschulen. Es sei dabei zu einem intensiven Austausch mit den Schulen und Referenten des Bildungsministeriums über Entwicklungen und Problembereiche an den Fachoberschulen gekommen. Ein Ergebnis der Tagung sei ein Forderungskatalog, der Grundlage für weitere Gespräche mit dem Bildungsministerium sein werde.

Weichenstellung für die Verbandsarbeit

Um die Verbandsarbeit des kommenden Schuljahres inhaltlich auszugestalten, beschäftigten sich die Mitglieder des Hauptvorstandes in fünf verschiedenen Arbeitsgruppen mit den Themen „Umfrage Lehrbelastung“, „Hauptversammlung“, „Mitgliedergewinnung/VRB-Service“, „Digitale Präsenz“ und „IGS“. Die Ergebnisse wurden eingehend erörtert. Ziele für die Verbandsarbeit wurden benannt.

Integrierte Gesamtschulen – Ideen für Schulentwicklung

Jutta Okfen und Christoph Schneider stellten in ihrer Arbeitsgruppe die Problematiken bei der Schulentwicklung ihrer Schulart heraus und formulierten darauf basierend Verbandsforderungen.

Beschlüsse

Termin der Hauptversammlung mit Neuwahlen

Der Landeshauptvorstand terminierte die nächste Hauptversammlung. Diese wird am **6. November 2024** in Ingelheim stattfinden.

Festveranstaltung 75 Jahre VRB/VDR

Der Landeshauptvorstand beschloss, das anstehende Jubiläum im Rahmen einer Festveranstaltung im Mai 2025 in Mainz zu begehen. Das Arbeitsthema lautet: 75 Jahre VRB/VDR – eine starke Vergangenheit und eine starke Zukunft.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Foto: Bernd Karst

Der Landeshauptvorstand traf sich in diesem Jahr in Bad Marienberg. Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler führte durch die Tagung. In einem intensiven Austausch stellte das Gremium die verbandspolitischen Weichen für das kommende Jahr.

Schulen brauchen multiprofessionelle Unterstützung

VRB: Das Schuljahr 2023/24 erfüllt diese Erwartung immer noch nicht

Der Landesvorsitzende des Verbandes Reale Bildung (VRB) Timo Lichtenthäler fordert mit Blick auf das neue Schuljahr nachdrücklich die Sicherung schulischer Qualität. „Auf die Lehrerin und den Lehrer kommt es an. Sie benötigen eine fachlich und pädagogisch fundierte Ausbildung, im Schulalltag aber auch professionelle Unterstützung.“

Zunehmend seien Lehrkräfte mit Aufgaben konfrontiert, die speziell ausgebildete Sozialpädagogen, Psychologen, Verwaltungsassistenten oder IT-Spezialisten erledigen könnten. Solches Personal sei an den Schulen in Rheinland-Pfalz jedoch auch mit Beginn des Schuljahres 2023/24 kaum vorhanden.

Besonders auffällig ist der Mangel an Unterstützung bei der Umsetzung der Digitalisierung

Der VRB verweist in diesem Zusammenhang auch auf den „Bildungsmonitor 2023“. Dieser konstatiert in seiner aktuell veröffentlichten Studie eine Stagnation der digitalen Bildung. Die Schlussfolgerung des „Bildungsmonitors“: Wichtig sei es, „das digitale Lernen in der Lehrkräftebildung zu verankern und multiprofessionelle Teams – unter anderem mit IT-Expertinnen und -Experten – zur Unterstützung aufzubauen.“

„Die Frage ist, wie wir unter den gegebenen Bedingungen das Lehren und Lernen in Zukunft gestalten sollen“, so der kritische Blick des VRB-Landesvorsitzenden auf die aktuell unbefriedigende Situation. In vielen anderen Ländern sei man viel weiter. Dort gebe es wie etwa in Finnland, Estland oder in Australien, Neuseeland und Kanada so genannte Bildungstechnologen (educational technologist), die an der Schnittstelle von Pädagogik und IT arbeiten und Lehrkräfte beraten und fortbilden. „Solche Expertise fehlt an unseren Schulen“, moniert der Verbandschef. „Mit der Arbeitszeit der Lehrkräfte wird ineffizient umgegangen. Die entlastende und förderliche Einbeziehung multiprofessioneller Teams ist unverzichtbar und unaufschiebbar, wenn Schule sich weiterentwickeln soll“, so Lichtenthäler. Das Schuljahr 2023/24 erfülle diese Erwartungen immer noch nicht.

Der Lehrberuf scheint an Attraktivität verloren zu haben

In Rheinland-Pfalz herrscht Lehrkräftemangel. Es fehlten gezielte Maßnahmen, die junge Menschen wieder für den Schuldienst begeistern könnten, erklärt der VRB-Landeschef. „Die Herausforderungen in der Schule werden immer größer und vielfältiger, entsprechend nehmen die Belastungen unserer Lehrkräfte zu. Schulen benötigen gezielte Unterstützung. Lehrkräfte müssen wieder in der Lage sein, sich auf die Wahrnehmung ihres originären Bildungsauftrages, dem Unterrichten, zu konzentrieren“, so Lichtenthäler.

Foto: AdobeStock

Landeschüler*innenvertretung (LSV) und VRB wollen Austausch verstetigen



Am 27. Juni 2023 tauschten sich Mitglieder des VRB-Landesvorstandes im Rahmen einer Videoschleife mit Sarah Dowidat (St. Franziskus-Gymnasium Kaiserslautern) und Julian Paul (Herzog-Johann-Gymnasium Simmern) von der LSV aus. Julian Paul nahm bereits am Ingelheimer Fachkongress teil und beeindruckte in unserer Podiumsdiskussion durch sein souveränes Auftreten. Die Videoschleife wurde bereits in Ingelheim verabredet und verstand sich als Auftakt zur Vorbereitung eines Treffens der LSV mit dem VRB in Mainz. Als Gesprächsthemen für das Treffen wurden der Lehrkräftemangel, die Realschule plus, Inklusion und Schule der Zukunft andiskutiert. Es zeigte sich bereits, dass es in vielen zentralen Punkten viel Übereinkunft gibt. Der VRB freut sich über das Interesse der LSV, den Austausch zu verstetigen.

Eic



Ohne Sprachkompetenz findet keine Kommunikation statt



Foto: AdobeStock

Ein Strafverfahren kann nicht die Antwort auf das fürsorgliche Eingreifen einer Lehrerin sein

Verband Reale Bildung (VRB) fordert Gesetzesanpassung

Wenn Lehrkräfte ein Foto oder Video mit kinderpornografischem Material in Schülergruppen finden und davon zum Beweis ein Screenshot machen, wird dies gemäß § 184 b Abs. 3 StGB als Erwerb und Besitz kinderpornografischer Inhalte bewertet. Wenn sie darüber hinaus die betroffenen Eltern informieren und das Foto oder Video an diese versenden, gilt dies strafrechtlich als Verbreitung von Kinderpornografie. Für Lehrkräfte hat dies im Falle einer Strafverfolgung weitreichende Konsequenzen. Denn selbst eine auf Bewährung ausgesprochene Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr hat zwangsläufig die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis zur Folge. Der Paragraph 24 Abs. 1 Nr. 1 Beamtenstatusgesetz gibt keinen anderen Spielraum.

Der Verband Reale Bildung (VRB) hat sich mit Schreiben seines Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler an Volker Wissing, den FDP-Landesvorsitzenden Rheinland-Pfalz und Bundesminister für Digitales und Verkehr, gewandt. Der VRB fordert, der Bundesminister möge sich in Berlin im Austausch mit seinem Ministerkollegen, Justizminister Marco Buschmann, und auch innerhalb des Bundeskabinetts für eine Änderung des Strafrechts zur Kinderpornografie einsetzen, sodass auch für Lehrkräfte oder Eltern eine juristische Möglichkeit besteht, von einer Bestrafung abzusehen. Die Forderung des VRB hat einen aktuellen Hintergrund.

Anlass des Schreibens des VRB ist ein Strafverfahren gegen eine Lehrerin aus dem Westerwald, die in ihrem pädagogischen Handeln einer Schülerin in einer persönlichen Notlage helfen wollte. Ein intimes Video der Schülerin, das im Rahmen von Sexting-Handlungen entstanden sein muss, wurde in der Schülerschaft geteilt. Die Lehrerin hatte sich das Video von einer anderen Schülerin besorgt, um es dann an die Mutter weiterzuleiten mit dem Rat, sich an die Polizei zu wenden. Bei dieser pädagogischen Intervention und Einflussnahme war ihr die Rechtslage nicht bewusst. Ihr ging es um das Wohl der Schülerin und um eine schnelle Lösung des



Problems innerhalb der Schulgemeinschaft. Gemäß § 184 b Abs. 3 StGB hat ihr pädagogisches Handeln jedoch ein Strafverfahren ausgelöst, das gravierende Folgen für sie mit sich bringen wird. Herbert Mertin, Justizminister in RLP, hat vor einigen Tagen die konkrete Gesetzeslage als Missstand bezeichnet und öffentlich bekundet, dass er schwer verstehen könne, dass der oben dargestellte Fall ein Verbrechen sei. Die Lehrerin habe genau das getan, was Eltern von der Schule erwarteten, nämlich die Pflege einer vertrauensvollen Zusammenarbeit.

„Wenn die Landesregierungen von den Lehrerinnen und Lehrern neben der Präventionsarbeit bei möglichen Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen erwarten, dass sie die Augen offenhalten, die Kinder unterstützen und ihnen einen vertraulichen Schutzraum bieten sollen, dann ist die jetzige Gesetzeslage nicht förderlich. Ein Strafverfahren kann nicht die Antwort auf fürsorgliches Eingreifen sein“, so Verbandschef Lichtenthäler in seinem Schreiben an Minister Wissing, das auf der VRB-Homepage in der vollständigen Fassung einsehbar ist.

VRB-Pressemitteilung vom 11. September 2023
>> Lesen Sie hierzu auch den Beitrag auf S.46–50

VRB fordert eine verstärkte Förderung des muttersprachlichen und fremdsprachlichen Unterrichts

Der Verband Reale Bildung (VRB) fordert nachdrücklich eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den muttersprachlichen und fremdsprachlichen Unterricht an Realschulen plus und Gesamtschulen. „Die Bedeutung der Sprache verliert bei fortschreitender Digitalisierung im Bewusstsein von Politik und Gesellschaft immer mehr ihren Stellenwert. Wir nähern uns allmählich einem bedenklichen Kommunikationswandel. Dieser betrifft sowohl die Interaktionen in der Muttersprache als auch in der Fremdsprache“, erklärt VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler.

„Wer die Auffassung vertritt, dass das Erlernen einer Fremdsprache entbehrlich sei, weil in zehn Jahren jeder einen Knopf ins Ohr setzen werde, der alles simultan übersetzt, was gesprochen wird, degradiert Sprache allgemein auf KI-Niveau. Ohne Sprachkompetenz findet keine Kommunikation statt.“, so der Verbandschef. Sprache trägt zur Weiterentwicklung von Zivilisation und Kultur bei. Der VRB fordert daher eine Stärkung sowohl des Deutsch- als auch des Fremdsprachenunterrichts durch gezielte und differenzierte Fördermaßnahmen, die der Sprachentwicklung

von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund gerecht werden. Um erforderliche Stundenkontingente bereitstellen zu können, fordert der VRB die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften in Deutsch und Fremdsprachen zum neuen Schuljahr 2023/2024. Hinsichtlich der allgemeinen Unterrichtsversorgung erwartet der VRB eine vorausschauende Einstellungspolitik, die dem gestiegenen Lehrbedarf an Realschulen plus und Gesamtschulen gerecht wird.

VRB-Pressemitteilung vom 17. Juli 2023

Neuwahlen beim Deutschen Lehrerverband

Stefan Düll tritt die Nachfolge von Heinz-Peter Meidinger an



Zur Person

Stefan Düll,
Präsident des Deutschen
Lehrerverbands

Oberstudiendirektor

Geboren 1964 in Mindelheim, verheiratet, zwei Töchter, wohnhaft in Augsburg

Studium der Fächer Deutsch, Englisch und Geschichte für das Lehramt an Gymnasien an der LMU München, der George-Washington-University, Washington, D.C., und der Universität Augsburg, Abschluss mit dem Staatsexamen I; Magister Artium in Nordischer Philologie und Germanischer Altertumskunde als Hauptfach; Referendariat mit Staatsexamen II (1994) und Lehrertätigkeit an verschiedenen Gymnasien in Oberbayern und Schwaben

Ehemals: Stipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung und der Fulbright-Kommission

Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes DPhV, Mitglied im Hauptvorstand des Bayerischen Philologenverbandes bpv, Mitglied im dbb-Bundeshauptvorstand, Mitglied im Hauptausschuss des Bayerischen Beamtenbundes (BBB); Schulleiter und Seminarvorstand am Justus-von-Liebig-Gymnasium Neusäß.

Bei dem alle drei Jahre tagenden Bundeshauptausschuss, dem höchsten Gremium des Deutschen Lehrerverbands, fanden am 16. Juni 2023 Neuwahlen statt. Nach zwei Amtszeiten trat DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger nicht mehr zur Wahl an. Als sein Nachfolger wurde einstimmig Stefan Düll zum zukünftigen Präsident des Deutschen Lehrerverbandes gewählt; er tritt dieses Amt zum 1. Juli 2023 an. Stefan Düll ist stellvertretender Bundesvorsitzender im Deutschen Philologenverband DPhV und leitet seit 2014 das Justus-von-Liebig-Gymnasium in Neusäß.

Der neue Präsident Stefan Düll betonte: „Professionell und schulartspezifisch ausgebildete Lehrkräfte leisten einen unschätzbaren Dienst für die Gesellschaft. Sie dienen Deutschland. Schulen bilden den entscheidenden Kit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Identifikation mit einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie bilden junge Menschen zu emanzipierten Persönlichkeiten heran, die die Zukunft unseres Landes und Europas gestalten und verantworten.“

DL-Schatzmeister Dominik Berdin (BvLB) wurde einstimmig im Amt bestätigt. Der scheidende DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger wurde von der Wahlversammlung zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Am Vortag der Delegiertenversammlung fand in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Fachtagung zum Thema Lehrkräftemangel statt, ein Thema, das aktuell die Debatten in Politik und Gesellschaft bestimmt.

Unter dem Titel „Schule ohne Lehrkräfte? Probleme, Lösungsansätze und Zukunftsperspektiven“ diskutierten Vertreterinnen und Vertreter des Deutschen Lehrerverbands mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik, der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der KMK sowie der Eltern,

Schülerinnen und Schüler, zahlreichen Lehrkräften und weiteren an der Bildung Beteiligten. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Bildungsjournalisten Martin Spiewak.

Einig waren sich alle Beteiligten, dass die Qualitätsstandards in der Lehrkräfteausbildung trotz des bestehenden Lehrkräftemangels im Interesse der Schülerinnen und Schüler nicht heruntergefahren werden dürfen.

Der Deutsche Lehrerverband ist der Dachverband der folgenden allgemeinschulischen und berufsschulischen Lehrerverbände: Deutscher Philologenverband DPhV, Bundesverband der Lehrkräfte an Beruflichen Schulen BvLB, Verband Deutscher Realschullehrer VDR und Katholische Erziehergemeinschaft KEG.

Für Stellungnahmen erreichen Sie DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger unter 0160/5 27 56 08. Stefan Düll erreichen Sie über die Geschäftsstelle des Deutschen Lehrerverbands über 0 30/70 09 47 76.

Quelle: Geschäftsstelle Deutscher Lehrerverband – Anne Schirmmacher

Jürgen Böhm wechselt von der Verbandsarbeit in die Bildungspolitik

Bisheriger Bundesvorsitzender zum Staatssekretär in Sachsen-Anhalt ernannt



Jürgen Böhm



Dirk Meußner

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff hat Jürgen Böhm am 11. Juli 2023 zum Staatssekretär im Ministerium für Bildung ernannt. Böhm trat sein Amt am 17. Juli an.

„Mit Demut und Ehrfurcht vor dem Amt werde ich die neue Aufgabe angehen. Dass man nach 13 Jahren Bundesvorsitz mit Wehmut auf seine Verbandsarbeit zurückblickt, ist sicher verständlich. Ich habe mich mit Herzblut für meine Kolleginnen und Kollegen eingesetzt und deren Belange vertreten“, nahm Böhm Abschied. Die Berufung zum Staatssekretär sei für ihn eine neue Herausforderung, der er sich ebenso stellen und intensiv widmen werde.

Jürgen Böhm war seit 2010 Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR), seit 2014 zudem Landesvorsitzender des Bayerischen Realschullehrerverbands (brlv).

Stefan Düll, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) gratulierte Jürgen Böhm zu seiner Ernennung: „Jürgen Böhm übernimmt eine verantwortungsvolle Aufgabe in schwieriger bildungspolitischer Zeit. Gerade Sachsen-Anhalt leidet schon jetzt in besonderem Maße unter dem Lehrkräftemangel.“

Der stellvertretende Vorsitzende Dirk Meußner wurde vom Bundesvorstand zum kommissarischen Bundesvorsitzenden bestellt.

Wü / Quellen: vdr-bund.de (PM vom 11.7.23) und lehrerverband.de (PM vom 12.7.23)



Foto: Florian Böhm

► VDR-AKTUELL

Ralf Neugschwender neuer Bundesvorsitzender des VDR

Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben den bisherigen Geschäftsführer Ralf Neugschwender (Bildmitte) am 10. November in Hannover zum neuen Vorsitzenden gewählt.

„Starke Landesverbände machen einen starken Bundesverband aus. Gemeinsam setzen wir uns weiterhin für ein leistungs- und begabungsorientiertes, differenziertes und vielfältiges Bildungswesen ein und achten auf die Qualität unserer Bildung“, so der neue Bundesvorsitzende in einem ersten Statement.

Neugschwender weiter: „Es freut mich sehr, dass ich mich nun bundesweit für Bildung einsetzen darf. Herzlichen Dank für das Vertrauen, das mir die Mitglieder des Bundesvorstandes mit der Wahl ausgesprochen haben“.

Für den VRB RLP waren Timo Lichtenthäler (Landesvorsitzender), Saskia Tittgen (Vorsitzende der VDR-Jugend) sowie Nicole Weiß-Urbach (Vorsitzende der VDR-Frauen) in Hannover anwesend.

Ein Portrait des neuen Vorsitzenden folgt in der kommenden Ausgabe.

Timo Lichtenthäler
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de



Tarifgemeinschaft nicht einigungsfähig?

Die neue Einkommensrunde zum TV-L ist angelaufen. Mit einem Tarifabschluss geht immer auch die Forderung nach Übertragung auf die Beamtenbesoldung einher. Von daher sind die aktuellen Tarifverhandlungen auch für den VRB und für alle Kolleginnen und Kollegen im Beamtenstatus von Bedeutung. Mit Blick auf den TVöD-Abschluss im April, er betraf die Beschäftigten im Bund und in den Kommunen, ist die Erwartungshaltung der Landesbeschäftigten hoch.

Vor dem Start der Einkommensrunde lud der dbb seine Fachgewerkschaften zu Regional-konferenzen ein, in denen Forderungen diskutiert und abgestimmt wurden. Am 21.9.2023 reiste auch eine VRB-Gruppe nach Mainz, um der Diskussion der rheinland-pfälzischen und saarländischen Fachgewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter beizuwohnen. Engagiert wurde in der Regionalkonferenz auf die steigende Arbeitsverdichtung hingewiesen und die Notwendigkeit einer Anpassung der Bezahlung hervorgehoben.

Die VRB-Delegation an der Regionalkonferenz des dbb (von links): Erwin Schneider, Katharina Becker, Nicole Weiß-Urbach, Saskia Tittgen (Foto: Nathalie Zimmermann)



Katharina Becker
katharina.becker@vrb-rlp.de



Der weitere Verlauf in Stichworten

11. Oktober Die dbb-Forderungen werden beschlossen: 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 €. Nachwuchskräfte sollen 200 € mehr erhalten. Die Tariflaufzeit soll 12 Monate betragen. Der dbb-Vorsitzende Ulrich Silberbach begründet die Einkommensforderung: „Wir müssen sicherstellen, dass die Länder als Arbeitgebende konkurrenzfähig bleiben.“

26. Oktober Die erste Verhandlungsrunde ist ohne Ergebnis geblieben. dbb-Bundesvorsitzender Silberbach beklagt, dass die Ländervertreter nicht erkannt hätten, wie groß ihre Personalpro-

bleme seien. Alle Gewerkschaftsargumente immer nur als ‚unbezahlbar‘ abzuqualifizieren, sei auf jeden Fall zu wenig.

3. November Zweite Verhandlungsrunde ebenfalls gescheitert. dbb-Chef Silberbach: „Wahrscheinlich ist die Tarifgemeinschaft deutscher Länder ohne Druck von der Straße einfach nicht einigungsfähig. Und genau diesen Druck werden wir jetzt liefern.“

Eine dritte Verhandlungsrunde ist für den 7. bis 9.12. vorgesehen. Über den weiteren Fortgang berichten wir in der kommenden Ausgabe.

► „BÜRGERBEFRAGUNG ÖFFENTLICHER DIENST“

Ist der Staat überfordert?

Dass das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates bei den Menschen in Deutschland gesunken ist, belegen die Zahlen der jährlichen „Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“, die im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes (dbb) erstellt wurde. Annähernd 70 Prozent der Befragten sehen den Staat als überfordert an. Zwei Prozent weniger als im Vorjahr (27 %) halten den Staat für fähig, seine Aufgaben zu erfüllen.

In der am 15. August 2023 veröffentlichten Pressemeldung des dbb zur Bürgerbefragung „Vertrauen in staatliche Handlungsbereitschaft sinkt – Gewaltbereitschaft steigt“ kritisiert Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach unter anderem auch die Verrohung der Gesellschaft, welche auch achtzig Prozent der Befragten konstatieren. 54 Prozent der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes geben sogar an, selbst beschimpft bedroht oder tötlich angegriffen worden zu sein. Der Öffentliche Dienst bekomme den Unmut der Gesellschaft ab.

Silberbach nimmt die politisch Verantwortlichen in die Pflicht, sich vor die Beschäftigten zu stellen. Mit den Worten „Lasst uns endlich

unsere Arbeit machen!“ fordert er organisatorische, materielle, aber vor allem auch moralische Unterstützung ein. Damit spricht er sicherlich auch die Lehrerschaft an, die ebenfalls mehr Unterstützung benötigt.

Die Architektur und die kompletten Ergebnisse der Befragung stehen als Broschüre zum Download bereit.

KBec



dbb Bürgerbefragung
Öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger

2023



Gleichstellung gibt es nicht umsonst

Die Frauenvertretungen der dbb Landesbünde und der dbb Mitgliedsgewerkschaften trafen sich zu ihrer Herbstsitzung in Nürnberg. Nicole Weiß-Urbach nahm als Vorsitzende der VDR Frauenvertretung an der Hauptversammlung teil.

Der Landesvorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes, Rainer Nachtigall, hob in seiner Begrüßungsrede die Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Anerkennung von Care-Arbeit hervor. Die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Milanie Kreutz, stellte in ihrem Bericht Forderungen der dbb bundesfrauen vor, um die Erwerbstätigkeit für Frauen attraktiver zu gestalten: „Gleichstellung gibt es nicht umsonst“. Zu den Forderungen gehöre eine gerechte Aufteilung der Elternzeit auf beide Elternteile sowie die Abschaffung des Ehegatten-Splittings, um ein tradiertes Rollenverständnis in den Familien aufzubrechen.

Podiumsdiskussion: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Milanie Kreutz diskutierte im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Expertinnen und Experten der bayrischen Landespolitik. Sie benannte insbesondere die Probleme beim Ausbau der Ganztagsbetreuung, und verwies auf die notwendige Unterstützung durch die Länder, um frühkindliche Bildung und soziale Integration in den Kommunen umzusetzen.

Die Unterstützung der Familien sei notwendig, darin war man sich einig. Die Flexibilität von Elternzeit in Absprache mit beiden Elternteilen für eine zeitgemäße Gestaltung des Arbeitsplatzes wurde unterschiedlich gesehen. Das Ideenspektrum reichte von Absprachen für ein stressfreies Familienleben bis hin zu einer verpflichtenden Elternzeit für beide Elternteile.

Auch hinsichtlich des Ausbaus der Ganztagsbetreuung wurde die unzureichende finanzielle Unterstützung der Kommunen durch die Länder beklagt.

Fachgewerkschaften berichten: Gewalt an Schulen nimmt zu

Schon im Juni hatte die frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung den Fokus auf Gewalt an Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst gerichtet. Dieses Thema bildete daher auch einen Schwerpunkt bei den Berichten der Fachgewerkschaften und dbb landesfrauenvertretungen am letzten Tag der Herbsttagung. Nicole Weiß-Urbach beleuchtete die Situation der Lehrkräfte: Sie benannte Gewalt-

erfahrungen, die von Eltern sowie von Schülerinnen und Schülern ausgingen. Neben körperlichen Angriffen an den Schulen nahmen Belästigungen und Bedrohungen zu, die über das Internet verbreitet würden. Diese müssten in den Fokus genommen werden.

Beförderungsverfahren: Benachteiligung von Teilzeitkräften?

Einen weiteren Schwerpunkt der Berichte aus den Fachgewerkschaften bildete das Thema „Führen in Teilzeit“. Dienstliche Beurteilungen, die für die Beförderungsverfahren von Lehrkräften erstellt würden, könnten, so Weiß-Urbach, nachteilig für Teilzeitkräfte, das sind vor allem weibliche Lehrkräfte, ausfallen. Eine Besonderheit bei Lehrkräften sei die sogenannte ungebundene Arbeitszeit, die außerunterrichtliche Tätigkeiten einschließe. Diese würden in der Regel außerhalb der Schule, zum Beispiel im häuslichen Umfeld, erbracht. Diese Tätigkeiten würden - bei gleichzeitig geringerer Präsenz von Teilzeitkräften an den Schulen - tendenziell weniger wahrgenommen. Das könne zu Nachteilen bei Beförderungen führen, betonte Weiß-Urbach abschließend.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Foto: Claudia Rüdell

Nicole Weiß-Urbach (2. von rechts) nahm als Vorsitzende der VDR-Frauenvertretung an der Herbsttagung teil und berichtete im Plenum über die Situation der weiblichen Lehrkräfte an Schulen. Mit ihr haben sich zum Gruppenfoto eingefunden (von links): Mira Emig (Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft – BTB), Johanna Mieder (Deutsche Steuer-Gewerkschaft – DSTG), Claudia Rüdell (Vorsitzende der dbb frauen rlp), Milanie Kreutz (Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung) und Daniela Starck (Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft – BDZ)

► OPTIMISMUS NICHT ANGESAGT

Neufassung der Schulbaurichtlinie

Stärkeres Engagement der Landesregierung gefordert!

Das Bildungsministerium hat in Abstimmung mit dem Finanzministerium und dem Innenministerium vor den Sommerferien eine Neufassung der sogenannten Schulbaurichtlinie zur Anhörung vorgelegt. Die Neufassung war längst überfällig. Die aktuelle Verwaltungsvorschrift stammt aus dem Jahr 2010.



Foto: AdobeStock

Unser Verband ist im vergangenen Jahr mit einem Schreiben an die Landtagsfraktionen initiativ geworden und hat eine Neufassung gefordert. Gespräche mit Bildungspolitikern wurden im vergangenen Jahr genutzt, mit Nachdruck eine Neufassung anzustoßen.

Sanierung und Modernisierung nicht berücksichtigt

Unsere Forderung nach einer Schulgesetzänderung wurde nicht erfüllt. Nach wie vor werden Investitionen hauptsächlich für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten gefördert. In unserer Stellungnahme weisen wir auf die Unschärfe bei der Verwendung dieser Begrifflichkeiten hin. Andere Bundesländer haben dagegen Sanierung oder Teilsanierung wie auch Modernisierung als förderfähige investive Maßnahmen in ihren Schulbaurichtlinien ausgewiesen.

Riesiger Sanierungsstau bei Schulen

Die Landesregierung wird mit der neuen Verwaltungsvorschrift ihrem Anspruch, „Zukunftsfähige Schulbauten“ in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen, nicht gerecht werden können. Sie setzt scheinbar auf die Finanzkraft der Kommunen, die nicht in allen Landesteilen vorhanden ist. Die Folgen sind deutlich erkennbar: Viele Schulen sind sanierungsbedürftig. Ein riesiger Sanierungsstau ist entstanden. Zum Schulstart stellte Pascal Groothuis, Pressesprecher der Landeschüler*innenvertretung in Rheinland-Pfalz, im SWR aktuell heraus, dass neben dem Lehrkräftemangel auch die Ausstattung der Schulen Probleme bereite. Die sehe leider oft so aus wie vor dreißig oder vierzig Jahren. Marode, alte Schulgebäu-

de – da habe sich nicht viel getan. "Leider müssen wir da so ehrlich und offen sagen, es gibt zwar Programme, die sind da dran, die Schulen zu modernisieren und auf neuen Stand zu bringen, aber das geht viel zu langsam."¹⁾

Hochverschuldete Schulträger können ihren Pflichtaufgaben nicht nachkommen

Auch Andreas Göbel, Geschäftsführender Direktor des rheinland-pfälzischen Landkreistags, stellte bei der offiziellen Vorstellung des Entwurfs der Neufassung durch die Bildungsministerin Stefanie Hubig heraus, dass bei der Modernisierung der rheinland-pfälzischen Schulen Handlungsbedarf bestehe. Hochverschuldete Kommunen könnten nötige Modernisierungen beim Schulbau wegen der strengen Sparvorga-

ben der Kommunalaufsicht nicht realisieren, weil sie Angst haben müssten, dass ihr Haushalt dann nicht mehr genehmigt werde. Für Schulbauprojekte müsse es daher, so seine Forderung, Ausnahmen geben.²⁾

Beträchtlicher Investitionsrückstau bundesweit

Der bundesweite Investitionsrückstand bei Schulen lag laut Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zuletzt bei 45,6 Mrd. Euro im Jahr 2021. Schulgebäude zählen neben Straßen und Verwaltungsgebäuden zu den drei größten kommunalen Bedarfsfeldern. Die Chefvolkswirtin der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Dr. Fritzi Köhler-Geib, fordert, dass mehr Geld für Schulen ausgegeben werden muss. Sonst sei Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig.³⁾

Kommunen benötigen eine angemessene Finanzausstattung

In einem Gastbeitrag in der Rhein-Zeitung am 16. September weist der Vorsitzende des Landkreistags, der Landrat des Westerwaldkreises Achim Schwickert, darauf hin, dass Bund und Länder die Standards u. a. für Schulbau, Kindertagesstätten, Ganztagsbetreuung auch in den Schulferien und Brandschutz festlegen. Dabei würde nicht bedacht, ob die „gut gemeinten, aber kostenintensiven Projekte und Ziele“ bezahlbar seien. Im Gespräch mit der Landesregierung hätten die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände eine an den Kosten für diese Aufgaben orientierte an-

gemessene Finanzausstattung eingefordert. Zukünftig könnten die Kommunen, so Landrat Achim Schwickert, keine weiteren kostenintensiven Aufgaben übernehmen. Er mahnt an, dass bei den schon vorhandenen Aufgaben keine noch höheren Standards eingeführt werden dürften.

Landesregierung in der Pflicht

Es reicht nicht, in einem Kompendium die Herausforderungen bezüglich Inklusion, Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Energie- und Medienversorgung, Baustoffe und Brandschutz und Unfallschutz zu benennen. Die Finanzierung muss vorab geklärt und gesichert werden. Schulen zukunftsfest zu machen, ist vor allem eine Frage des Geldes. Hier sehen wir die Landesregierung in der Pflicht.

Die im Landesschulbauprogramm für 2023 ausgewiesenen mehr als 65 Millionen Euro für Baumaßnahmen an Schulen dürften aufgrund der Kostenentwicklung im Bausektor eher ein Tropfen auf den heißen Stein sein.

Anmerkungen:

1. <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/schulanfang-lehrer-ausgebrannt-schuelervertretung-100.html>
2. <https://bm.rlp.de/service/pressemitteilungen/detail/gute-rahmenbedingungen-fuer-das-lernen-von-morgen-land-gestaltet-schulbau-flexibler-und-erweitert-seine-foerderung>
3. https://www.schulbau-messe.de/de/news/2022/09/SB_2022_04_00_02-Investitionsrueckgang.php
4. https://schulbau.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/schulbau.bildung-rp.de/PM_Landesschulbauprogramm_2023.pdf
5. <https://www.gruene-fraktion-rlp.de/pressemitteilungen/neue-schulbaurichtlinie-endlich-auf-dem-weg/>
6. <https://fw-landtag-rlp.de/2023/06/29/nach-schulbaurichtlinie-muss-jetzt-auch-ein-kita-bauprogramm-kommen/>

„Schulgebäude gehören in der Regel den Kommunen, die für deren Bau und Instandhaltung zuständig sind. Gute Bildungspolitik ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

Bildungsministerin Stefanie Hubig⁴⁾

„Die neue Schulbaurichtlinie des Landes ist in vielerlei Hinsicht richtungweisend. Das Land bringt damit Verbesserungen auf den Weg, die das Schulleben in Rheinland-Pfalz in der Zukunft prägen werden.“

Daniel Köbler, bildungspolitischer Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion⁵⁾

„Die Vergabe von Förderung muss schnell und flexibel sein, damit ein zeitgemäßer Schulbau auf den Weg gebracht werden kann.“

Helge Schwab, stellvertretender Vorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion⁶⁾

Im Folgenden geben wir in Auszügen unsere Stellungnahme wieder:

Pädagogischer Bereich wird ausgeklammert

Mit der Neufassung der Verwaltungsvorschrift „Bau von Schulen und Förderung des Schulbaus“ (Schulbaurichtlinie) wählt das Bildungsministerium einen neuen Ansatz. Die Neufassung der Verwaltungsvorschrift beschränkt sich mehr auf grundsätzliche formale Aspekte, nämlich die Zwecksetzung, Gegenstand der Förderung, Art, Umfang und Höhe der Zuwendung und Verfahrensfragen betreffen, die im Punkt 3 der alten Verwaltungsvorschrift abgehandelt wurden. Der pädagogische Bereich einer Schulbaurichtlinie, der im Punkt 1 der alten Verwaltungsvorschrift detailliert behandelt wird, wird aus uns nicht

erklärbaren Gründen aus der Neufassung der Verwaltungsvorschrift herausgenommen und lediglich in einem Kompendium für „Zukunftsfähige Schulbauten in Rheinland-Pfalz“ abgehandelt. Das Kompendium wird eingestuft als „Empfehlungen für die konkrete Umsetzung“ der Schulbaurichtlinie und ist daher kein förmlicher Teil der Anhörung. Diese Vorgehensweise überzeugt nicht. Diesen neuen Ansatz lehnen wir ab! ...

Transparenz nicht gegeben

Unsere Zustimmung findet der Verzicht auf verbindliche Raumvorgaben zu den einzelnen Raumbedarfen. Dies eröffnet Freiräume in der räumlichen Organisation

von Funktionsbereichen entsprechend den individuellen Anforderungen an den Einzelschulen. Die Neufassung gibt allerdings vor, in welcher Größenordnung in der Summe Flächen zuwendungsfähig sind. Zahlenmäßig wird eine mögliche Erhöhung der zuwendungsfähigen Flächen durch eine sogenannte „Bandbreite“ ausgewiesen. Leider lässt sich aus den Ausführungen nicht erschließen, auf welcher Rechengrundlage diese „Bandbreite“ bestimmt wurde. Hier fordern wir mehr Transparenz ein. ...

Fortschritt nicht erkennbar

In der tabellarischen Übersicht der zuwendungsfähigen Flächen wird ausgewiesen, dass ein Inklusionszuschlag bei Brennpunkt-

schulen „in Bandbreite Flächenprogramm“ zu berücksichtigen sei. Daraus ist zu folgern, dass die Bandbreite für zusätzlichen Flächenbedarf nur für Schwerpunktschulen genutzt werden kann und die Maßzahlen der alten Verwaltungsvorschrift in der Summe im Wesentlichen für die Schulen allgemein erhalten bleiben. Sollte dies zutreffen, sehen wir in den neuen Zahlenvorgaben keinen Fortschritt. ...

Bei den Ganztagschulen werden grundsätzlich zusätzliche Flächen als möglich ausgewiesen und die Möglichkeit wiederum durch eine „Bandbreite“ konkretisiert. Wir halten es für grundsätzlich falsch, hier lediglich die Möglichkeit als Orientierung zu benennen. Dies bedeutet, dass Ganztagschulen in ihrer Arbeit eingeschränkt werden bzw. der zusätzliche Raumbedarf von

der Finanzkraft des Schulträgers abhängig sein wird.

Schulart Realschule plus nicht ausreichend berücksichtigt

... das Rahmenraumprogramm keine geeignete Grundlage darstellt, um die zuwendungsfähigen Flächen für den heutigen Bedarf einer Realschule plus zu berechnen. Aktuellere Entwicklungen bleiben gänzlich unberücksichtigt! Die Realschule plus hat mittlerweile eine Funktionsstelle mehr, die es im Jahr 2010 noch nicht gab. Das bleibt bei der Neufassung schlicht unberücksichtigt! Dies ist zwingend zu korrigieren.

Warum es ausgerechnet bei der Realschule plus beim alten Rahmenraumprogramm keinen Raum für die Berufs- bzw. Schullaufbahnberatung gegeben hat, erschließt sich uns aus heutiger Sicht nicht. Auch dieser

zusätzliche Raumbedarf fließt nicht in das neue Flächenprogramm ein. Unzureichend berücksichtigt wurde im alten Rahmenraumprogramm die Profilbildung der Realschule plus über die schuleigenen Wahlpflichtfächer. Daraus resultiert häufig ein Mehrbedarf ...

Auch das pädagogische Arbeiten hat sich geändert: Die Realschulen plus sind in viel stärkerem Maße der individuellen Förderung verpflichtet, d. h. an allen Realschulen plus muss mehr äußerlich differenziert werden, was mit einem höheren Raumbedarf einhergeht.

Fachoberschulen nicht bedacht

Unverständlich ist weiterhin, dass in dem Flächenprogramm die Fachoberschulen nicht berücksichtigt werden und sich hier lediglich ein allgemein gehaltener Verweis

Auszüge aus „Schulbaurichtlinien“ einiger Bundesländer

Land	Förderung von Schulbauten	Quelle
Baden-Württemberg	<p>3. Abschnitt: Voraussetzungen zur Projektförderung von Schulbauten 4.1 Neubau 4.2 Umbau</p> <p>Eigener Abschnitt 5: Sanierung Förderung von Sanierungen bestehender Schulgebäude: General- und Teilsanierung (Förderung bis zu 60 %)</p>	<p>Verwaltungsvorschrift des Kultus-, Finanz- und des Innenministeriums für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Schulhausbaus kommunaler Schulträger (Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung – VwV SchulBau)</p> <p>Vom 28. August 2020, Az.: 24 - 6440.02/132</p>
Schleswig-Holstein	<p>5.1 Förderfähige Investitionsmaßnahmen sind die Sanierung, der Umbau und die Erweiterung eines bestehenden Schulgebäudes</p> <p>Um die Kostensteigerungen im Bereich der Energieversorgung abzufedern, stellt das Land Schleswig-Holstein im Rahmen des „8-Punkte-Energiepakets“ insgesamt 5 Mio. Euro für den Bereich der Schulen zur Verfügung.</p> <p>Außerdem stellt das Land Schleswig-Holstein im Rahmen eines kommunalen Infrastrukturprogramms mit einem Gesamtvolumen von 150 Millionen Euro beginnend mit dem Haushaltsjahr 2021 auch 10 Millionen Euro für erneuerbare Energien (Anlagen im Bereich von Schulbaumaßnahmen) bereit.</p>	<p>Richtlinie zur Umsetzung des Schulbau- und Schulsanierungsprogramms IMPULS 2030</p> <p>Richtlinie zur Vergabe von Finanzhilfen zur Abfederung von gestiegenen Energiekosten im Bereich Schule</p> <p>Richtlinie zur Umsetzung des Landesprogramms zur Förderung des Einsatzes von erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmebereich im Zusammenhang mit Schulbaumaßnahmen</p>
Brandenburg	<p>2. Gegenstand der Förderung Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen für Maßnahmen zur Förderung der schulischen Infrastruktur gewährt werden.</p> <p>2.1 Förderfähig sind investive Maßnahmen in</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Neubau, - den Ausbau, - den Umbau, - die Erweiterung, - die Sanierung oder Teilsanierung sowie - die Modernisierung <p>von Schulgebäuden, Schulaußenanlagen, Schulsporthallen, Schulsportaußenanlagen und ...</p>	<p>Richtlinie zur Förderung von notwendigen Bauinvestitionen an Schulen in öffentlicher Trägerschaft (RL KIP II – Bildung – Schule)</p> <p>vom 21. April 2021 Gz.: 13.14-57320</p>

auf die Schulbehörde findet: „Flächenprogramme für Fachoberschulen (zweijähriger Bildungsgang des beruflichen Schulwesens) werden von der Schulbehörde erstellt“ ... Fakt ist, dass die Fachoberschulen in RLP ein wesentlicher Bestandteil der rheinlandpfälzischen Schullandschaft darstellen. Wer eine FOS hat, hat unumgänglich einen Mehrbedarf an Unterrichtsräumen, beispielsweise bei den Fachräumen, bei den Räumen der Schulleitung (Koordinator Fachoberschule) und bei dem Lehrerzimmer (zusätzliche Lehrkräfte für bis zu 4 Klassen).

Der Verweis auf die Schulbehörde ist generell zu allgemein gehalten. Es scheint nicht transparent geregelt zu sein, welches Referat die Verantwortung trägt bzw. wer in der Schulbehörde sicherstellt, dass der zusätzliche Raumbedarf auch geschaffen wird.

Eine Neufassung der Schulbaurichtlinie muss hier den grundsätzlichen Raumbedarf einer Fachoberschule abbilden und verbindlich regeln.

Keine wesentlichen Änderungen bei Förderziel und Verwendungszweck

Eine „echte“ Neufassung der Schulbaurichtlinie bezüglich der Förderung ist nicht erfolgt. Eine von unserem Verband geforderte Gesetzesänderung des Schulgesetzes wurde nicht vorgenommen. Die Förderfähigkeit wird folglich wie bisher mit Bezug auf § 86 SchulG auf Investitionen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten beschränkt.

Auffallend ist, dass der Begriff „Sanierung“ nicht in der Neufassung Aufnahme gefunden hat. Allerdings wird dieser Begriff im Kompendium wiederholt auf der Seite 10 aufgeführt, und zwar verständlicherweise in den Kontexten „Nachhaltigkeit/Klimaschutz“, „Energie- und Medienversorgung“ und „Baustoffe“.

... Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Neufassung einer Schulbaurichtlinie den Fokus wiederum nur auf Neubau, Erweiterungsbau und Umbau legt.

Neuansatz bei Förderziel und Verwendungszweck notwendig

Rheinland-Pfalz will „Zukunftsfähige Schulbauten“, die den Schulen ermöglichen, „zeitgemäß“ ihre veränderten Aufgaben wahrzunehmen. Die Mehrzahl der Schulen verfügen noch nicht über „zukunftsfähige Schulbauten“. Es dürften erhebliche Bau- und Investitionsmaßnahmen notwendig

sein, um dieses Ziel erreichen zu können. Zu den notwendigen Baumaßnahmen müssen neben Um- und Erweiterungsbauten sowie Bauunterhaltung auch Maßnahmen wie Generalsanierung, Kernsanierung, Sanierung, Instandsetzung und Modernisierung gehören. Auch in der Einführung des Kompendiums wird hervorgehoben, dass zukunftsfähiger Schulbau nicht auf Neubauten zu beschränken ist. ...

Schulträger nicht überfordern

Die Landesregierung macht mit ihrer Vorgehensweise deutlich, dass sie die Schulträger stärker in die Pflicht nehmen will, die umfangreichen Baumaßnahmen ohne Landesförderung vorzunehmen. Dies wird aufgrund der eingeschränkten Finanzkraft der kommunalen Familie absehbar nicht gelingen können. Es ist zu befürchten, dass bezüglich eines zukunftsfähigen Schulbaus nur die Schulstandorte von finanzstarken Kommunen profitieren können. Es reicht nicht aus, im Kompendium auf das Verfassungsprinzip der kommunalen Selbstverwaltung hinzuweisen und an die kommunale Familie zu appellieren, ihre wachsende Verantwortung im Bildungsbereich wahrzunehmen.

Benachteiligung von Schulen nicht beheben

Die von uns immer wieder angemahnte Benachteiligung von Schulen, die in einer finanzschwachen Kommune bzw. in einem finanzschwachen Landkreis verortet sind, wird durch den vorgelegten Entwurf der

Neufassung einer Schulbaurichtlinie nicht beseitigt. Das Bildungsministerium hat überzeugend ein Kompendium „Zukunftsfähige Schulbauten in Rheinland-Pfalz“ vorgelegt, das die besondere Bedeutung des Schulbaus als Lern- und Lebensorte herausstellt, die Dimensionen eines zeitgemäßen Schulbaus aufweist, die Herausforderungen eindeutig benennt und die Mitwirkungsrechte und -möglichkeiten der Schulen aufzeigt.

Ohne die Bereitstellung der Finanzmittel und ohne Unterstützung der kommunalen Familie wird es nicht gelingen können, zukunftsfähige Schulbauten in Rheinland-Pfalz zu erhalten. ...

Forderung nach einer Gesetzesinitiative für eine nachhaltige und wirksame Neufassung

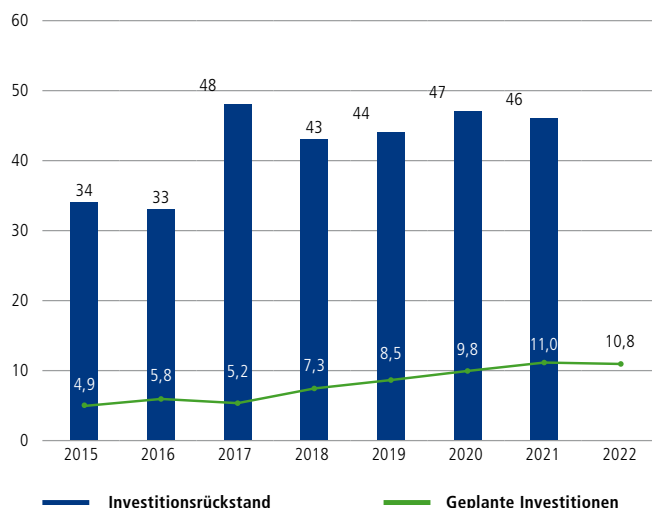
Wir fordern das Bildungsministerium und die Landesregierung auf, im Einvernehmen mit der kommunalen Familie eine Gesetzesinitiative zu entwickeln, die auch den Landtag in die Pflicht nimmt, ihren (finanziellen) Beitrag für eine nachhaltige und wirksame Neufassung einer Schulbaurichtlinie zu leisten, die zukunftsfähige Schulbauten in Rheinland-Pfalz auf absehbarer Zeit in der Breite ermöglicht. Das bedeutet, dass die Landesregierung sich finanziell stärker bei der Schulbauförderung einbringen muss.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



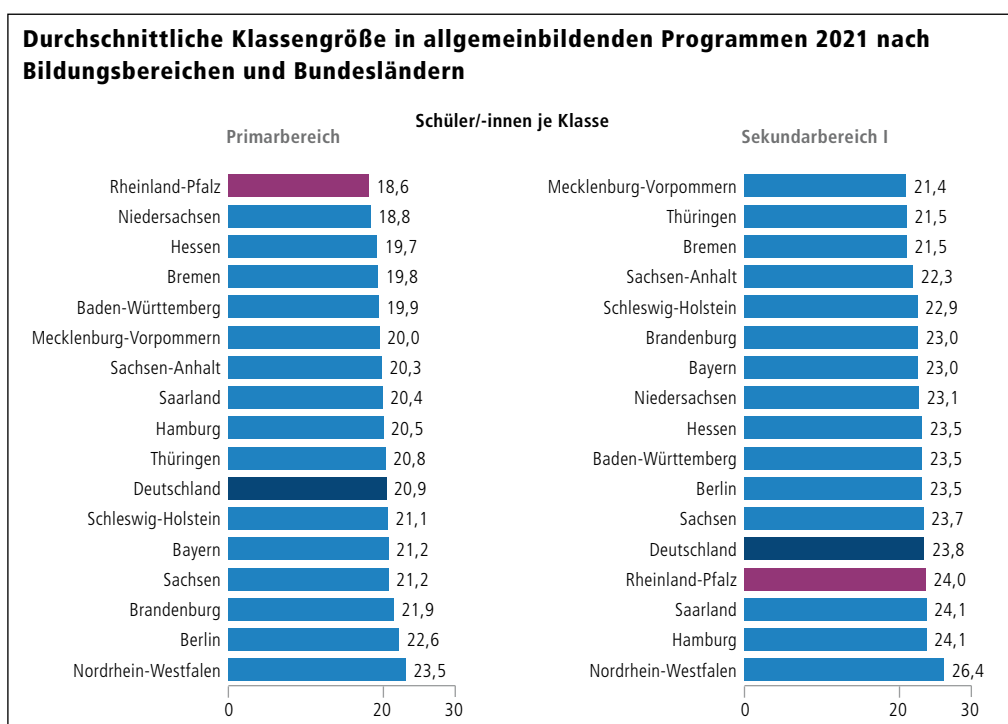
Kommunaler Investitionsrückstand und geplante Investitionen für Schulgebäude

in Mrd. EUR



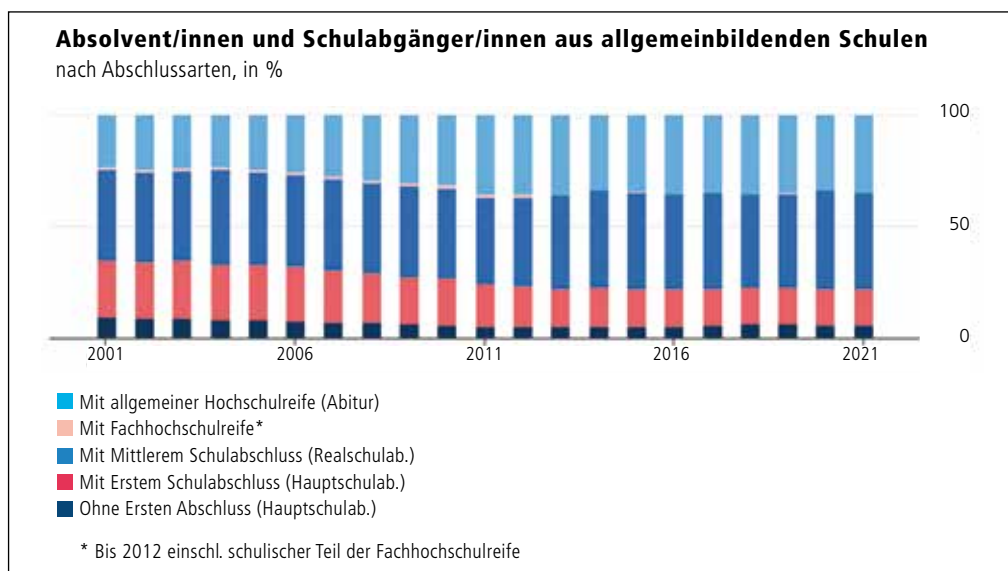
Quelle: KfW-Kommunalpanel 2022

Rheinland-Pfalz: Kleine Klassen in der Grundschule, aber große Klassen in der Sekundarstufe I



Hr / Quelle: Statistisches Landesamt, September 2023 (Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich)

47.500 Schülerinnen und Schüler im Jahr 2021 ohne Schulabschluss



Rund 47.500 Schülerinnen und Schüler haben im Jahr 2021 in Deutschland die allgemeinbildenden Schulen ohne Schulabschluss verlassen. Das entsprach einem Anteil von 6,2 Prozent. Im Vorjahr hatte dieser Anteil bei 6,0 Prozent und 20 Jahre zuvor sogar bei knapp 9,6 Prozent gelegen. Mit 34,3 Prozent machte mehr als ein Drittel der Schulabgänger 2021 Abitur. Das waren insgesamt 263.400. Zwanzig Jahre zuvor hatte der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten noch 23,1 Prozent betragen.

Mit 43,5 Prozent verließ der größte Teil die Schule 2021 mit einem Realschulabschluss. Insgesamt machten 334.100 den mittleren Schulabschluss. Stark an Bedeutung verlor der Hauptschulabschluss. Mit 122.300 Absolventinnen und Absolventen lag dieser Anteil bei 15,9 Prozent – zwanzig Jahre zuvor waren es noch 25,5 Prozent gewesen.

Hr / Quelle: Statistisches Bundesamt 04.07.23

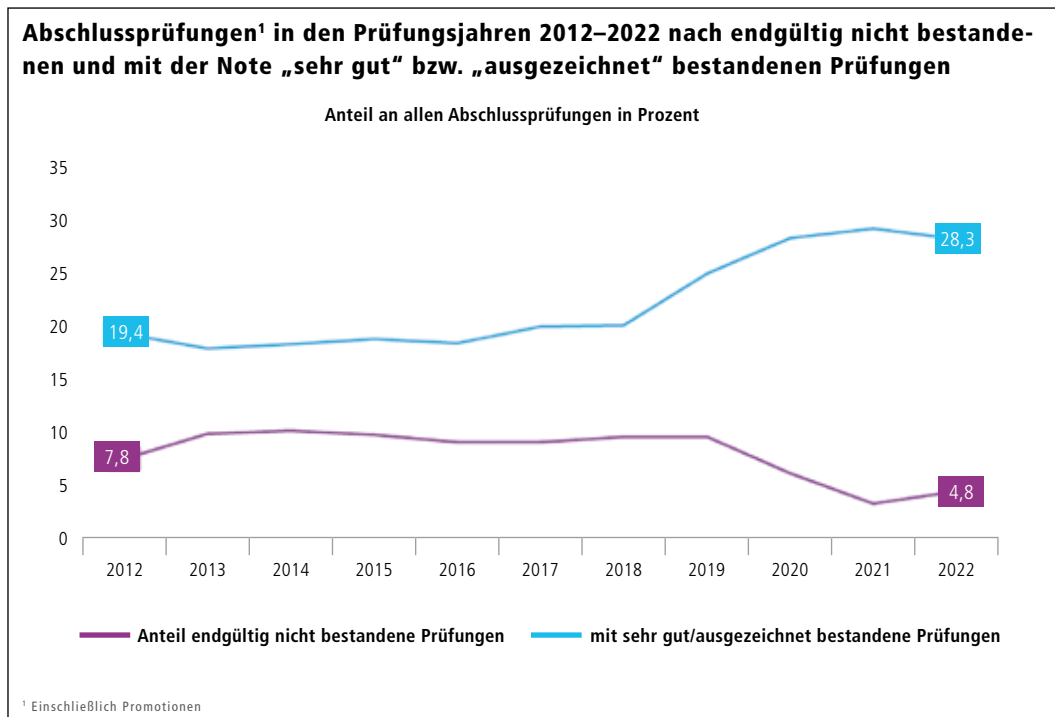
Mehr „Einser-Abschlüsse“ an Hochschulen

Im Jahr 2022 haben in Rheinland-Pfalz rund 28 Prozent der knapp 24.000 Teilnehmenden an einer Hochschulprüfung ihre Abschlussprüfung mit der Note „sehr gut“ bzw. „ausgezeichnet“ bestanden. Wie das Statistische Landesamt in Bad Ems mitteilt, stieg der Anteil der „Einser-Abschlüsse“

gegenüber 2012 um etwa neun Prozentpunkte. Demgegenüber sank der Anteil der Prüfungsteilnehmenden, die ihre Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden haben, von acht Prozent in 2012 auf knapp fünf in 2022. Insbesondere zwischen 2019 und 2022 wurde ein deutlicher Rückgang

der nicht bestandenen Abschlussprüfungen verzeichnet (minus 51 Prozent). Es wird vermutet, dass dies auf kulante Prüfungsmodalitäten in Folge der Coronamaßnahmen zurückzuführen ist.

Hr / Quelle: Statistisches Landesamt, 07.08.23



Hr / Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Mentoringprogramm

„Auf geht's – mehr Frauen leiten Schule“

Mit diesem Motto startete am 12. Oktober 2023 der zweite Durchgang des Mentoring-Programms für weibliche Führungsnachwuchskräfte. Aus 22 Schulen aus dem Bezirk Koblenz kommen die Mentorinnen, Mentoren und die Mentees, darunter acht Realschulen plus und zwei Integrierte Gesamtschulen. Geleitet wird das Programm vom Bildungsministerium. Die Durchführung findet in Kooperation mit dem Zentrum für Personalführung und Schulleitung des PL (Zfs) und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) statt. Das Programm, das über zwölf Monate läuft, besteht aus verschiedenen Modulen.

Nähere Informationen finden Sie auf dieser Seite des Bildungsservers:

NWU



VRB fordert Überarbeitung

Stellungnahme zum Entwurf der Schulordnung für den inklusiven Unterricht an öffentlichen Schulen (InSchO)

Der Verband Reale Bildung (VRB) hat sich in einer über zwanzig Seiten umfassenden Stellungnahme intensiv und kritisch mit dem Entwurf der Schulordnung für den inklusiven Unterricht an öffentlichen Schulen (InSchO) auseinandergesetzt.

Inklusion ist ein emotional aufgeladenes Themenfeld, das polarisiert

Der Entwurf wurde seit Jahren angekündigt und immer wieder verschoben, was u. a. auch damit zusammenhängt, dass Inklusion ein sehr komplexes Themenfeld darstellt und das Bildungsministerium sich mit vielen unterschiedlichen und oft auch zuwiderlaufenden Erwartungen auseinandersetzen muss. Neben den Gewerkschaften und Verbänden der Lehrkräfte gibt es eine Vielzahl von weiteren Akteuren und Interessensgruppen (z. B. Behindertenvertretungen und gesellschaftspolitische Initiativen), die ihre Vorstellungen von Inklusion in einer InSchO umgesetzt sehen wollen. Die einen erwarten Verbesserungen für den Inklusionsalltag (z. B. mehr multiprofessionelle Teams), die anderen wollen das gesamte Bildungssystem inklusiv umgestalten (z. B. Abschaffung der Förderschulen).

VRB erwartet klare Arbeitsgrundlage für den schulischen Inklusionsalltag

Erschwerend kommt hinzu, dass mit zusätzlichen Finanzressourcen für Inklusion nicht zu rechnen ist und dass der Lehrkräftemangel – siehe Kaskadenversetzung von Förderschullehrkräften – als Bürde für gelingende Inklusion uns noch lange belasten wird. Die derzeitige Ausgangslage ist unbefriedigend, sodass Inklusion im Alltag oft zur Überforderung von betroffenen Kindern, Eltern und Lehrkräften führt. Unsere Erwartung war, dass wir mit der InSchO mehr Handlungssicherheit im Sinne einer verständlichen und klaren Arbeitsgrundlage für den schulischen Inklusionsalltag erhalten. Davon sind wir nach der Analyse des Entwurfs noch weit entfernt.

Schieflagen im Verordnungsentwurf

Der gesamte Verordnungsentwurf wirft mehr Fragen auf als Antworten für drängende Alltagsprobleme zu liefern. Zur Verdeutlichung der Schieflagen sollen hier drei Punkte exemplarisch aufgeführt werden.

§ 2 Aufgaben und Ziele

„(1) Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen haben das Recht, nach den Regelungen dieser Schulordnung allgemeine Schulen zu besuchen. Sie werden dort gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern ohne Behinderung unterrichtet und individuell gefördert.“

Für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, aber ohne sonderpädagogischen Förderbedarf, ist diese Zielsetzung realistisch, falls die Barrierefreiheit gesichert ist. Für Schülerinnen und Schüler mit

sonderpädagogischen Förderbedarf ist hingegen eine besondere Unterstützung erforderlich, die an Regelschulen nicht ansatzweise gewährleistet ist. Zwar heißt es „nach den Regelungen dieser Schulordnung“, aber die entsprechende Einschränkung eines umfassenden Anspruchs auf inklusive Beschulung an allen Schulen, erfolgt – sehr vage gehalten – erst in Abschnitt 6 „Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs“. Die Zielsetzung im Entwurf weckt Inklusionserwartungen, die im Inklusionsalltag nicht erfüllt werden können.

§ 14 Sonderpädagogische Beratung und Unterstützung

„(1) Sonderpädagogische Beratungs- und Unterstützungsangebote dienen dazu, die Schulen bei der angemessenen Berücksichtigung der Auswirkungen einer Behinderung im Unterricht und bei der Leistungsfeststellung zu unterstützen. Sie richten sich an Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen sowie Eltern. Sie werden im Rahmen der personellen Ressourcen durch Förder- und Beratungszentren erbracht.“

Die zukünftige Rolle und Funktion der Förder- und Beratungszentren werfen Fragen auf, wir vermissen Bezüge zu multiprofessionellen Teams. Für erfolgreichen inklusiven Unterricht an Schwerpunkt-schulen muss eine durchgängige Zusammenarbeit von Regel- und Förderschullehrkräften angestrebt werden. Der in der Verordnung gesetzte Ressourcenvorbehalt lässt auf Zweifel des Bildungsministeriums schließen, ob die Förder- und Beratungszentren, die ihnen hier übertragende Aufgabe überhaupt erfüllen können. Der VRB erwartet von den Förder- und Beratungszentren Unterstützung für unsere Kolleginnen und Kollegen, wie die mit dieser Verordnung gesetzten Ansprüche an inklusives Unterrichten von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf in der schulischen Praxis umgesetzt werden können.

§ 23 Einleitung des Verfahrens (Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs)

„(7) Für Schülerinnen und Schüler, die die Klassenstufen 1 oder 5 besuchen, kann kein Antrag gestellt werden. Über Ausnahmen entscheidet die Schulbehörde.“

Diese Setzung ist für uns nicht nachvollziehbar. Sie wird auch im Begründungstext nicht erläutert und eingeordnet. Stigmatisierungen sollen vermieden werden, ist aus dem Bildungsministerium zu hören. Bereits in den Grundschulen müssten Auffälligkeiten überprüft werden. Es muss gewährleistet sein, dass bei Kindern, denen unsere Kolleginnen und Kollegen mit individuellen Fördermaßnahmen nicht weiterhelfen können, Förderschullehrkräfte frühzeitig überprüfen können, ob ein sonderpädagogischer Bedarf gegeben ist. Stigmatisierungen wollen wir nicht, die Vermeidung einer solchen darf aber nicht dazu führen, dass Kindern passgenaue Unterstützung vorenthalten wird.

Fazit

Wir haben erhebliche Zweifel, dass mit der neuen „Schulordnung für den inklusiven Unterricht an öffentlichen Schulen (InSchO)“ für Schülerinnen und Schüler mit und ohne Förderbedarf eine Verbesserung gegenüber dem augenblicklichen Status Quo einhergeht. Der VRB kritisiert zudem, dass einmal mehr Lehrkräften neue Aufgaben übertragen werden, ohne hierfür ausreichende Zeitressourcen bereitzustellen. Es ist der Berufszufriedenheit unserer Kolleginnen und Kollegen abträglich, wenn sie im Alltag erfahren müssen,

dass sie den gesetzten Ansprüchen und den ihnen anvertrauten Kindern nicht gerecht werden können. Wir kommen als VRB insgesamt zu dem Schluss, dass der InSchO- Entwurf einer umfassenden Überarbeitung bedarf.

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de



► NEWS AUS DEM LANDTAG

Initiative „Mobile Schwimmcontainer“

Schwimmen zu können ist eine wichtige, wenn nicht sogar überlebenswichtige Kulturtechnik. Je früher sie erlernt wird umso besser. Neueste Daten (z.B. von der DRLG) zeigen, dass die Schwimmfähigkeit bei Kindern von Jahr zu Jahr weiter sinkt.

Gründe sind hier unter anderem, dass während der Coronapandemie Schwimmkurse ausfielen und Schwimmrichtungen auch für Vereine und Schulen geschlossen waren. Die Wartezeiten bei den Schwimmkursen sind auch aktuell in vielen Regionen sehr lang und Schwimmbäder oft weit entfernt.

Vor diesem Hintergrund hat die CDU-Fraktion über ihren sportpolitischen Sprecher Dennis Junk im Landtag einen Antrag auf ein Modellvorhaben für mobile Schwimmcontainer eingebracht: Umgebaute, bewegliche Hochseefrachtcontainer könnten insbesondere in ländlichen Regionen vor allem im Grundschulbereich eine gute Alternative zu Schwimmbädern sein.

Aus den anderen Parteien kam in der Landtagsdebatte wenig Unterstützung für den CDU-Antrag. Michael Hüttner (SPD) findet die Idee zwar nett, sieht in den Containern allerdings keinen wirklichen Ersatz für ein richtiges Schwimmbad. Philipp Fernis (FDP) rät

davon ab, die Idee der Schwimmcontainer in die Tat umzusetzen. Die CDU orientiere sich an einem Modellprojekt des Nachbarbundeslandes NRW, welches dort noch nicht einmal gestartet ist. Für den Grünen-Abgeordneten Daniel Köbler sind noch Fragen des konkreten Bedarfs ungeklärt.

Es wurde deutlich, dass das Parlament über alle Parteien hinweg Verbesserungsbedarf beim Angebot von Schwimmkursen im Land sieht. Der Vorschlag der CDU wurde an den Innen- und Sportausschuss weitergereicht, um dort weiter besprochen zu werden.

Wir informieren, sobald es neue Entwicklungen gibt.

Jana Brachtendorf
jana.brachtendorf@vrb-rlp.de



Nach Redaktionsschluss: Der Landtag hat den CDU-Antrag zur Einführung der Container am 8. November mehrheitlich abgelehnt. Innenminister Ebling argumentierte, Container seien nicht sinnvoll in die pädagogische Arbeit zu integrieren. Sie seien zudem zu klein ...

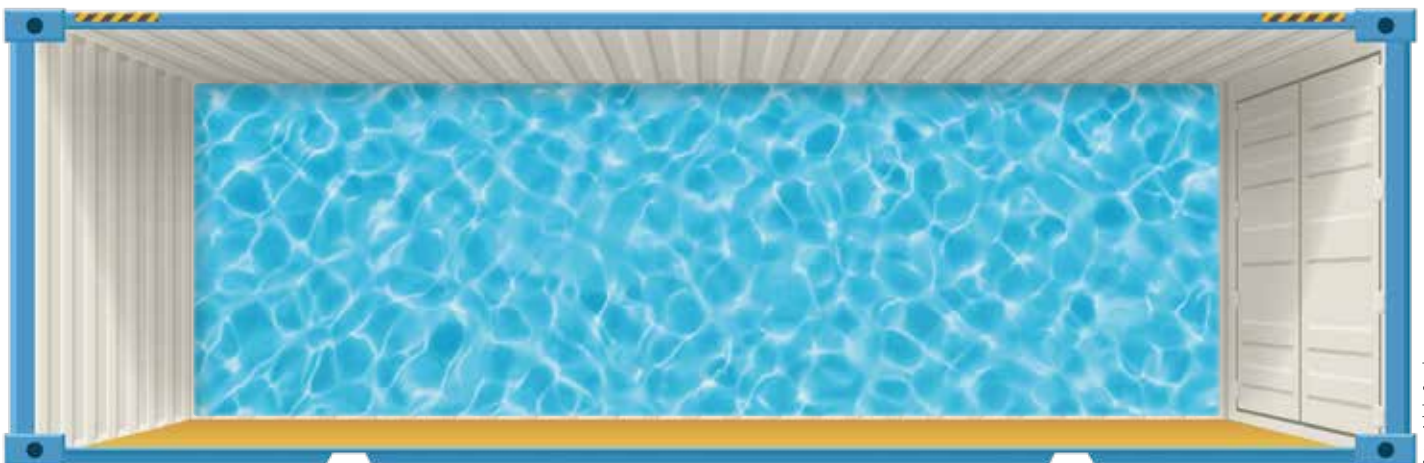


Foto: AdobeStock

„Second Life“ für ausrangierte Schiffscontainer – mobiles Schwimmbad?



Foto: AdobeStock

Wilfried Rausch im Interview mit Rechtsanwältin **Antonia Dufeu**

Einsatz von „Künstlicher Intelligenz“ in der Schule

Im Unterricht werden in Zukunft adaptive Lernsysteme zum Einsatz kommen. In Deutschland gibt es noch nicht so viele Angebote. Das wird sich sicherlich ändern. Zum Einsatz kommen schon „Area9 Lyceum“ und ein adaptives Mathe-Lernsystem „Bettermarks“, das seit Langem bereits in Moodle – jetzt Schulcampus – eingesetzt wird.

Der Einsatz von adaptiven Lernsystemen erfordert unbedingt die Klärung des Datenschutzes, genauer die Klärung der Frage nach dem Umgang mit den gesammelten Nutzerdaten. Denn ein adaptives Lernsystem muss sensible Daten zum Lernverhalten erheben, sammeln und speichern, um seinen Zweck überhaupt erfüllen zu können.

Wir haben Rechtsanwältin Antonia Dufeu zu diesem Themenkomplex befragt. Ihre Antworten können zur Rechtssicherheit beitragen.

§ **Dürfen Lehrkräfte die von den Verlagen angebotenen adaptiven Lernsysteme ohne weiteres in der Schule eingesetzt werden?**

Nein, adaptive Lernsysteme sollten immer vor dem Einsatz im Klassenraum datenschutzrechtlich überprüft werden. Hilfreich ist hierzu das Prüfungsschema im Kasten oben auf Seite 43.

§ **Müssen solche Lernsysteme vom Bildungsministerium genehmigt werden?**

Generell gibt es für digitale Anwendungen wie adaptive Lernsysteme kein einheitliches festgelegtes Verfahren, da sie regelmäßig nicht der Definition von Lehr- und Lernmitteln entsprechen, welche in einem besonderen Genehmigungsverfahren überprüft werden. Einzelheiten hierzu finden sich in der VV „Genehmigung, Einführung und Verwendung von Lehr- und Lernmitteln, Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung vom 24. Februar 2019 (9324 - Az: 51351)“.



Merkmale adaptiver Lernsysteme

- Abfrage, Beobachtung und Auswertung der Aktivitäten beim Lernen (Abfragen, Mausclicks, Bearbeitungsdauer, Lernverhalten)
- Präsentation der Lerninhalte (Grundlage: Auswertung beim Lernprozess)
- Sequenzierung der Lerninhalte (Überspringen von Lernstationen oder Einbau zusätzlicher Lerninhalte)
- Unterstützung von Kooperation (Zusammenbringen von Schülergruppen mit gleichen Lernbedürfnissen)
- Interaktive Unterstützung beim Problemlösen (Hinweis auf zusätzliche Lernmaterialien und Feedback)

Siehe auch den Kastentext „7 Fragen zur datenschutzrechtlichen Überprüfung von adaptiven Lernsystemen“.

Bildungsmedien, die keine Lehr- oder Lernmittel sind, wie beispielsweise Lektüren oder andere Materialien (3.2 der VV), sind genehmigungsfrei. Hierzu zählen im Regelfall auch digitale Anwendungen wie adaptive Lernsysteme, die sich für den Einsatz an Schulen eignen.

Rechtsgrundlage für eine zulässige Verwendung ist § 1 Abs. 6 SchulG. Danach können Schulen nach Überprüfung der Anwendung auf DSGVO-Konformität auch digitale Lehr- und Lernsysteme nutzen und zum Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit machen.

§ Muss das Bildungsministerium wie bei den Schulbüchern eine Liste mit erlaubten Lernsystemen herausbringen?

Die Schulaufsicht genehmigt in Absprache mit dem Bildungsministerium die Lehr- und Lernmittel (§ 96 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 und Abs. 4 SchulG). Dabei werden analoge – also gedruckte – und digitale Lehr- und Lernmittel gleichbehandelt. Werden digitale Lernsysteme für geeignet erachtet und genehmigt, werden sie im Lernmittelkatalog digitaler Lernmittel veröffentlicht (https://secure3.bildung-rp.de/LMF_Verlagsportal/LernmittelkatalogAnzeigen.aspx)

§ Der Datenschutz wird eine wichtige Rolle für den Einsatz spielen. Wo liegen die Schwierigkeiten, diese Lernsysteme datenschutzkonform einzusetzen?

Viele Lernsysteme arbeiten auf außereuropäischen Serversystemen, die nicht das europäische Datenschutzniveau halten. Obwohl es einen neuen Angemessenheitsbeschluss mit den USA gibt (https://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2023/17_Angemessenheitsbeschluss-EU-US-DPF.html), muss die Einhaltung der Regeln noch überprüft und sichergestellt werden. So muss immer darauf geachtet werden, dass die Datenerhebung und -verarbeitung transparent gestaltet wird und die Betroffenenrechte (wie Auskunft, Widerspruch oder Löschung) eingehalten werden können.

§ Welche Möglichkeiten gibt es, damit adaptive Lernsysteme datenschutzkonform eingesetzt werden können?

Der Einsatz kann im Rahmen einer Gesamtkonferenz beschlossen werden. Vorab muss jedoch ihre datenschutzrechtliche Eignung überprüft werden. Siehe hierzu den Fragenkatalog unten im Kasten. Der schulische Datenschutzbeauftragte (DSB) und die Schulleitung sollten frühzeitig mit eingebunden werden. Bei der Überprüfung sollten ebenfalls die grundsätzlichen Anforderungen an Lernmitteln einbezogen werden. Einzelheiten hierzu finden sich unter Nr. 4. der oben genannten VV.

Gelangt man zu dem Schluss, das Lernsystem sei geeignet, kann es in der Gesamtkonferenz vorgestellt und unter Anhörung der Eltern- und Schülervertretung beschlossen werden, das Lernsystem einzusetzen (§ 33 Abs. 2 und § 40 Abs. 2 SchulG).

§ Was muss der Anbieter von solchen Lernsystemen an Sicherheiten garantieren?

Der Anbieter muss sich an das europäische Datenschutzniveau halten und muss die Grundprinzipien der DSGVO einhalten. Das sind im Wesentlichen der Grundsatz zur Datenminimierung (Einhaltung von Löschfristen und Zweckbindung), der Schutz der persönlichen Daten der Betroffenen und das Transparenzgebot. Er muss den Anwendern einen Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV) anbieten, in dem die Rollen und Verantwortlichkeiten der Beteiligten festgeschrieben und sichergestellt wird, dass er die personenbezogenen Daten gemäß den Anweisungen der Schule und den Anforderungen der Datenschutzgesetze verarbeitet.

Einen Muster AVV finden Sie hier: <https://datenschutz.hessen.de/infothek/hinweise-und-muster-zur-ds-gvo>, eine Formulierungshilfe hier: https://schulemedienrecht.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/schulemedienrecht.bildung-rp.de/Dateien/Downloads/Formulierungshilfe_Vertrag_Auftragsverarbeitung.rtf

§ Welche Vorsorge bezüglich des Datenschutzes muss der Anwender, die Schule und die Lehrkraft, treffen, um diese Systeme einsetzen zu können?

Zunächst sollte das System auf Datenschutzkonformität geprüft werden, siehe den Kasten unten. Weiterhin ist es wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, welche personenbezogenen Daten im System erhoben, verarbeitet und verwendet werden. Außerdem sollte man einen AVV abschließen, sofern das Lernsystem personenbezogene Daten von Lehrkräften, Schülerinnen und Schüler verarbeitet.

§ Können Eltern mit datenschutzrechtlichen Bedenken sich dem Einsatz widersetzen?

Wird das System im Rahmen einer Gesamtkonferenz wie oben beschrieben überprüft und für datenschutzkonform gehalten, kann der Einsatz beschlossen werden. Danach können einzelne Eltern sich nicht widersetzen. Dennoch sollten die Bedenken der Eltern immer ernst genommen und der Datenschutz transparent gehalten werden.

§ Muss die Lehrkraft beim Einsatz die Einwilligung der Eltern haben?

Nach der oben genannten Vorgehensweise müssen die Eltern nicht mehr in den Einsatz einwilligen. Entscheidet sich eine Lehrkraft zum Alleingang und möchte ein (datenschutzkonformes) adaptives Lernsystem einsetzen, bedarf es der Einwilligung der Eltern.

§ Geben Schulgesetz und die Schulordnung die Möglichkeiten des Einsatzes? Sind hier Änderungen des Gesetzgebers notwendig?

Das Schulgesetz und die Schulordnung geben momentan die Möglichkeit des Einsatzes. Nach den §§ 1 Abs. 6 SchulG iVm 33 Abs. 2 und § 40 Abs. 2 SchulG können digitale Anwendungen in Schulen beschlossen werden. Allerdings bestehen in der Praxis noch Unklarheiten über die genauen datenschutzrechtlichen Vorgaben von Seiten des Bildungsministeriums.

§ KI-basierte Chatbots wie ChatGPT bieten Möglichkeiten für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler, im Unterricht wie außerhalb des Unterrichts genutzt zu werden. Ist der Chatbot ChatGPT erst ab dem 18. Lebensjahr erlaubt?

Open AI verlangt, dass Personen mindestens 18 Jahre alt sind – oder mit Zustimmung der Eltern mindestens 13 Jahre –, um die KI-Tools nutzen zu können. Eine Alters-Verifizierung wird jedoch noch nicht vorgenommen, <https://openai.com/blog/our-approach-to-ai-safety>

§ Welcher Einsatz oder welche Nutzung ist in der Schule zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich?

Schulen können das Tool für Ihren Unterricht nutzen, um die Medienkompetenz bei den Schülerinnen und Schülern zu entwickeln. Dabei ist jedoch wichtig, dass sich nur die Lehrkräfte bei ChatGPT anmelden. Schülerinnen und Schüler sollten keinen eigenen Account ohne die Einwilligung ihrer Eltern einrichten. Selbst wenn diese vorliegt, sollten sie sich nur mit einer anonymen E-Mail-Adresse anmelden und keine Klarnamen verwenden.

Bei der Nutzung muss beachtet werden, dass bei der Eingabe der Prompts keine personenbezogenen Daten verwendet werden.

Darüber hinaus sollten die Schülerinnen und Schüler umfanglich über das KI-Tool informiert werden und es sollte eine Nutzungsordnung mit dem Inhalt geben, den Umgang mit KI zu regeln. Diese Nutzungsordnung sollte mit den Kindern und Jugendlichen besprochen und auch den Eltern zur Kenntnis gegeben werden. In einer Nutzungsordnung sollten folgende Punkte geregelt werden:

Nutzungsordnung für die Verwendung von KI in der Schule

- Die Nutzung der KI ist nur zu Bildungszwecken gestattet.
- KI darf nur genutzt werden, sofern dadurch der Schulbetrieb oder andere Personen nicht gestört werden.
- Die Verantwortung für die Nutzung liegt bei den Schülerinnen und Schülern.
- Persönlichkeitsrechte anderer müssen respektiert werden.
- Urheberrechtlich geschützte Inhalte (Texte, Bilder, Musik usw.) dürfen nicht ohne entsprechende Genehmigung eingepflegt werden.
- Die Generierung von beleidigenden, diffamierenden oder rassistischen Inhalten ist untersagt und kann zu disziplinarischen Maßnahmen führen. Gleichmaßen ist die Generierung von pornografischen, gewaltverherrlichenden, diskriminierenden oder sonstigen illegalen Inhalten ausdrücklich untersagt. Die Nutzung zur Verbreitung von Mobbing, Belästigung oder Bedrohung anderer Personen ist ebenfalls verboten.
- Bei Verstößen gegen die Nutzungsordnung werden angemessene Sanktionen verhängt, einschließlich eines zeitweisen Entzugs der Nutzungsberechtigung. Wiederholte oder schwerwiegende Verstöße haben Ordnungsmaßnahmen gemäß den schulischen Regelungen zur Folge.
- Schulen können zusätzliche interne Regelungen und Vereinbarungen treffen, die über diese Nutzungsordnung hinausgehen, um spezifische Anforderungen der Schule zu berücksichtigen.



Zur Person

Rechtsanwältin Antonia Dufeu ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz.

Sie ist Co-Autorin der Handreichung „Schule. Medien. Recht.“ wie auch Mitarbeiterin der Plattform „Schule.Medien.Recht“. Hier hat sie vor allem Rechtsfragen thematisiert und entsprechende Mustertexte und Checklisten für die schulische Anwendung veröffentlicht (<https://schulemedienrecht.bildung-rp.de/ueber-smr/>).

Beide Quellen bieten Informationen, Hilfen wie auch Unterstützung für alle Rechtsfragen rund um Schule und Medien.

Mitgewirkt hat sie ebenfalls an der Videoproduktion „Medien- und Urheberrecht in Schule und Studienseminar“ im Rahmen des Leuchtturmprojekts „Digitalisierung in der Lehrkräfteausbildung des Landes Rheinland-Pfalz“. Das Video sowie seine 35 Teilepisoden sind online auf dem Bildungsserver zu finden unter <http://studienseminar.rlp.de/rs/trier/downloadbereich/medien-und-urheberrecht.html>.

Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet Antonia Dufeu als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.

Sieben Fragen zur datenschutzrechtlichen Überprüfung von adaptiven Lernsystemen

Diese sieben Fragen sollen einen Überblick verschaffen und die Abwägung erleichtern, ob ein adaptives Lernsystem im Unterricht sinnvoll einsetzbar ist. Es entspricht in etwa den Fragen, die man stellen sollte, bevor man im schulischen Bereich Apps installiert.

1. Auf welchen Endgeräten sollen die Lernsysteme verwendet werden?

Werden die Systeme auf den schulinternen Endgeräten verwendet, müssen gewisse Regeln eingehalten werden, da grundsätzlich ein Mobile Device Management (MDM), also eine zentrale Verwaltung der mobilen Geräte, vorhanden ist.

Sollen die Schülerinnen und Schüler das Lernsystem auf ihren eigenen oder auf den von der Schule gestellten Geräten installieren, wird die Lehrkraft nicht umhinkommen, die Schülerinnen und Schüler sowie die Erziehungsberechtigten hierüber zu informieren und gegebenenfalls eine Einwilligung einzuholen.

2. Welche Zugriffsrechte verlangt das Lernsystem?

Je mehr Zugriffsberechtigungen es auf das Endgerät hat, desto mehr Daten können gespeichert werden. Greift es beispielsweise auf den Lautsprecher zu, um einzelne Geräusche abzuspielen, ist die Datenerhebung minimaler, als wenn es auf die Texte, Fotos und andere Apps zugreifen kann. Einige Berechtigungen kann man in den Einstellungen unterbinden, andere wiederum sind voreingestellt. Beim Einsatz des Lernsystems mit weitreichendem Zugriff auf das Endgerät sollte dies bei der Installation mit den Schülerinnen und Schülern besprochen und datensparsam konfiguriert werden.

3. Ist eine Registrierung notwendig und eine anonyme Nutzung möglich?

Ein System ohne Registrierungspflicht ist immer die datensparsamere Lösung. Doch auch wenn eine Registrierung erforderlich ist, sollte überprüft werden, ob die Nutzung mit Fantasienamen bzw. Fantasie-E-Mail-Adressen möglich ist. Wenn dies der Fall ist, werden keine personenbezogenen Daten hinterlegt.

4. Kann das Lernsystem auch offline genutzt werden?

Ja, durchaus. Dies ist für Schulen mit schlechter W-LAN-Anbindung ein Vorteil.

5. Ist die Datenschutzerklärung auf Deutsch, gut verständlich und bezieht sich auf die DSGVO?

Die Datenschutzerklärung sollte auf Deutsch sein und über die Datenerhebung, den Funktionsumfang und die Weiter-



Foto: AdobeStock

gabe von personenbezogenen Daten aufklären. Sie sollte beinhalten, welche Daten mit der Identität der Nutzerin oder des Nutzers verknüpft werden und welche mit Dritten geteilt werden. Weitere wichtige Inhalte sind die Kontaktdaten des Herausgebers, die Speicherdauer und eine Information über die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer.

6. Gibt es eine Einschätzung hinsichtlich des Jugendschutzes?

Auch wenn dies kein originäres datenschutzrechtliches Thema ist, sind Kinder und Jugendliche durch die DSGVO besonders geschützt. Nach dem Jugendschutzgesetz (JuSchG) muss der Anbieter, neben verpflichtenden Alterskennzeichnungen (§§ 11–14 a JuSchG), die Geeignetheit von Inhalten für Kinder und Jugendliche anzeigen und durch Voreinstellungen ungeschützte Kommunikation mit Fremden unterbinden.

7. Gibt es Meldemöglichkeiten bei Rechtsverletzungen?

Es muss nach dem Network Enforcement Act (NetzDG) eine Möglichkeit angeboten werden, Rechtsverletzungen zu melden. Laut Gesetz sind Anbieter verpflichtet, wirksame und transparente Verfahren zum Umgang mit Beschwerden über rechtswidrige Inhalte einzurichten, § 3 NetzDG.



Die vom VRB geforderte rasche Korrektur der §§ 184b Abs. 3 und 184c Abs. 3 StGB wird von der Bundesregierung in die parlamentarische Beratung gegeben!

Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder offenbart Schwächen

Die Reform des Sexualstrafrechts zum Schutz der Kinder war aufgrund der massiven sexuellen Missbrauchsfälle gegenüber Kindern notwendig. Parteiübergreifend wurde im Dezember 2020 in dritter Lesung ein Reformpaket vom Bundestag verabschiedet, um die sexualisierte Gewalt gegen Kinder wirksamer bekämpfen zu können. Das von der CDU-Bundestagsfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachte Reformpaket setzte auf erhebliche Strafverschärfungen. In der Anhörung wie auch in der dritten Lesung wurden gewichtige Einwände vorgetragen, ob die Strafverschärfungen in allen Fällen angemessen seien. Allerdings fanden die Gegenargumente kein Gehör. Die Anwendung des neuen Strafrechts hat allerdings deutlich gemacht, dass die Zweifel berechtigt waren, ob das neue Strafrecht angemessen ist.

Strafverfahren können nicht die Antwort auf fürsorgliches Eingreifen einer Lehrerin oder eines Lehrers sein ...

Begriffliche und strafrechtliche Änderungen des neuen Sexualstrafrechts zum Schutz der Kinder

Ein bedeutender Paradigmenwechsel erfolgte durch eine begriffliche Neufassung der Straftatbestände. Die im alten Recht verwendete Sprachregelung des „sexuellen Missbrauchs von Kindern“ wurde ersetzt durch die Sprachregelung der „sexualisierten Gewalt gegen Kinder“. Damit sollte die Schwere der Straftatbestände besonders herausgehoben werden. Entsprechend wurde der Strafrahmen heraufgesetzt und minder schwere Fälle nicht mehr aufgenommen.

Einstufung der Kinder- und Jugendpornografie als Verbrechen

Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Inhalte werden als Verbrechen eingeordnet. Dementsprechend ist die Mindeststrafe bei einem Jahr Freiheitsentzug festgesetzt worden. Was als Kinderpornografie zu bewerten ist, wird ebenfalls durch den Gesetzestext vorgegeben. Dabei werden folgende drei Kriterien benannt:

a) *Darstellung sexueller Handlungen von, an oder vor einer Person unter vierzehn Jahren (Kind) oder einer vierzehn, aber noch nicht achtzehn Jahre alten Person,*

b) *die Wiedergabe eines ganz oder teilweise unbedeckten Kindes in aufreizend geschlechtsbetonter Körperhaltung oder*

c) *die sexuell aufreizende Wiedergabe der unbedeckten Genitalien oder des unbedeckten Gesäßes eines Kindes, ...¹⁾*

Verschärfung der §§ 184b Abs. 3 und 184c Abs. 3 StGB

Mit dem Absatz 3 § 184b StGB erfolgte eine weitere Verschärfung, die vor allem für Eltern, Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler tückisch sein kann: „Wer es unternimmt, einen kin-

derpornografischen Inhalt, der ein tatsächliches oder wirklichkeitsnahes Geschehen wiedergibt, abzurufen oder sich den Besitz an einem solchen Inhalt zu verschaffen oder wer einen solchen Inhalt besitzt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft".¹⁾

Absehbare Folgen: Zunahme der Kinder- und Jugendkriminalität

Welche Folgen diese Gesetzesverschärfung hat, macht u. a. die polizeiliche Kriminalstatistik 2022 deutlich. Kinder und Jugendliche, die Fotos oder Videos ohne Kenntnis eines strafrechtlichen Hintergrunds teilen, die als kinder- und jugendpornografische Werke zu bewerten sind, machen sich strafbar. Im Zusammenhang mit der Verbreitung von Kinderpornografie über das Tatmittel Internet (aufgeklärte Fälle) waren 48 Prozent der Tatverdächtigen minderjährig.²⁾ Vor allem die bei Jugendlichen beliebten Chatgruppen können zu hohen Zahlen von Straftaten führen, die polizeilich und gerichtlich verfolgt werden müssen.

In seiner Stellungnahme zum Referentenentwurf übt Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer deutliche Kritik vor allem an der Verschärfung des § 184b Abs. 3 StGB bei Erwerb und Besitz kinderpornografischer Inhalte durch Jugendliche. „Welch unermessliches Denunziationspotenzial wird damit zahlreichen jungen Internetnutzern geboten, die etwa „Sexting“ in sozialen Medien betreiben und wissen, was man auf den Festplatten anderer finden und als kinderpornografisches Material werten kann.“³⁾

Lebensraum Schule ist ein Ort der Verbreitung „kinderpornografischer Materials“

Der Lebensraum Schule bleibt nicht unberührt bei der Verbreitung. Die Nutzung sozialer Medien dürfte auch in der Schule bei Schülerinnen und Schülern weit verbreitet sein. Daraus resultieren schulische Konflikte, die durch „Sexting“ in den Chatgruppen hervorgerufen werden können. Lehrkräfte, die in Konfliktfällen um Hilfe gebeten werden, wollen zunächst bei der Konfliktlösung pädagogische Lö-

sungen finden, die das Vertrauen der Schülerinnen und Schüler insbesondere beim sensiblen Bereich der sexuellen Orientierung und Findung rechtfertigen. Die neue Gesetzeslage engt den Spielraum pädagogischen Handelns erheblich ein. Lehrkräfte können sich nur eingeschränkt ein „Bild“ über die genauen Umstände der Konflikte in den sozialen Medien machen. Letztlich bleibt Ihnen nur der Rat, die Polizei einzuschalten, sofern sie aus den Gesprächen den Eindruck gewinnen, dass ein Verstoß laut § 184b oder 184c StGB vorliegt. Wenn eine Lehrkraft diesen Weg der Konfliktlösung nicht beschreitet, läuft diese Gefahr, sich eines schweren Verbrechens schuldig zu machen. Sofern es zu polizeilichen Ermittlungen kommt, hat dies in jedem Fall ein Strafverfahren zur Folge.

Diese Erfahrung macht eine Lehrerin aus dem Westerwald. Ein intimes Video der Schülerin, das im Rahmen von Sexting-Handlungen entstanden sein muss, wurde in der Schülerschaft geteilt. Sie hatte sich das Video von einer anderen Schülerin besorgt, um es dann an die Mutter weiterzuleiten mit dem Rat, sich an die Polizei zu wenden. Bei dieser pädagogischen Intervention und Einflussnahme war ihr die Rechtslage nicht bewusst. Ihr ging es vorrangig um das Wohl der Schülerin und um eine schnelle Lösung des Problems innerhalb der Schulgemeinschaft.

Der Fall wurde nach den Sommerferien landesübergreifend publiziert. Das an-

gestrengte Strafverfahren mit der Aussicht einer Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren hat für großes Unverständnis gesorgt. Die Zweifel sind nicht nur in der Lehrerschaft groß, ob der Gesetzgeber mit seiner Verschärfung des Sexualstrafrechts weit über das Ziel geschossen ist.

Die Justizminister der Länder hatten schon im letzten Jahr die Bundesregierung aufgefordert, das Strafrecht zur Kinderpornografie zu ändern. Allerdings ist bisher keine Reaktion aus dem Bundesjustizministerium erfolgt. Herbert Mertin, Justizminister unseres Bundeslandes, hat dies als Missstand bezeichnet und öffentlich bekundet, dass er schwer verstehen könne, dass der oben dargestellte Fall ein Verbrechen sei.

Tücken des digitalen Alltags

Auch der Deutsche Anwaltsverein hat in einer Stellungnahme durch den Verfassungsrechtsausschuss und den Strafrechtsausschuss gegenüber dem Bundesverfassungsgericht zum Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Amtsgerichts Buchen zu § 184b Abs. 3 StGB (2 BvL 3/23) im Monat Juni 2023 eindeutig Position bezogen. Er nimmt dabei Bezug auf eine Anklage gegen eine junge Frau wegen des Besitzes von kinderpornografischen Inhalten. Als Mitglied einer WhatsApp-Gruppe waren ihr Dateien gegen ihren eigenen Willen übermittelt worden, auf die sie allerdings nicht zugegriffen hatte. Als strafbare vorsätzliche Handlung wur-

Verbreitung von Kinderpornografie – Tatverdächtige Kinder und Jugendliche

2.690 Kinder

4.010 Jugendliche

Daten aus: Polizeiliche Kriminalstatistik 2022 BRD, Bundeskriminalamt, Tatmittel Internet
Tatverdächtige Kinder (unter 14 Jahren) und Jugendliche (14–17 Jahre)

de vom Gericht bewertet, dass sie die automatisch gespeicherten Dateien nicht umgehend gelöscht hatte und sie somit jederzeit hätte darauf zugreifen können. Als Strafmaß kommt für das Gericht laut § 184b Abs. 3 StGB lediglich eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr infrage. Wie im oben dargestellten Fall der Lehrerin hat das Gericht auch in diesem Fall keinen Spielraum bei der Festlegung des Strafmaßes. Für den Deutschen Anwaltsverein ist § 184b Abs. 3 StGB daher verfassungswidrig.

„Daher muss der Gesetzgeber bei einer Strafnorm Gerichten und Staatsanwaltschaften hinreichend Möglichkeiten eröffnen, im Einzelfall der geringen Schuld des Täters Rechnung zu tragen. Der Gesetzgeber kann dies materiellrechtlich erreichen, indem er den Anwendungsbereich der Strafnorm einschränkt oder mildere Sanktionen für Fälle weniger schwerer Kriminalität vorsieht (materiellrechtliche Lösung) oder aber prozess-rechtlich, indem er den Verfolgungszwang begrenzt (prozess-rechtliche Lösung).“

Bundesregierung und Bundestag sind in der Pflicht

Der aufgezeigte Fall an einer Westerwälder Schule hat den Landesverband dazu veranlasst, mit einem Mitglied der Bundesregierung, FDP-Landesvorsitzender und Bundesminister für Digitales und Verkehr Dr. Volker Wissing, wie auch mit Bundestagsabgeordneten, die vor allem den Wahlkreis im Westerwald vertreten, in Kontakt zu treten. In einem offenen Brief hat der VRB wie folgt Stellung bezogen und seine Erwartungen zum Ausdruck gebracht, zügig die angemahnte Korrektur des § 184b Absatz 3 wie auch § 184c Absatz 3 StGB vorzunehmen:

„Die bestehende Rechtslage erschwert die pädagogische Arbeit von Lehrkräften und Eltern erheblich. Bei Verdachtsfällen müssen Lehrkräfte direkt die Polizei einschalten. Dies bedeutet allerdings, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Schülerschaft und Lehrkräften leiden muss, da die höchst sensiblen Entwicklungs- und Lebensbereiche in Bezug auf die Sexualität nicht geschützt sind.“



VRB fordert Korrektur der §§ 184b Abs. 3 und 184c Abs. 3 StGB

... Die Zweifel sind nicht nur in der Lehrerschaft groß, ob der Gesetzgeber mit seiner Verschärfung des Sexualstrafrechts weit über das Ziel geschossen ist. Wir erwarten eine rasche Änderung der Gesetzeslage, sodass die betroffenen Lehrkräfte und Eltern wie auch Schülerinnen und Schüler Straffreiheit erhalten. ... Eine Änderung des Strafrechts zur Kinderpornografie sollte recht zügig vorgenommen werden, sodass auch für Lehrkräfte und Eltern, für die ein Strafverfahren gemäß § 184b und § 184c StGB anhängig ist, eine juristische Möglichkeit besteht, von einer Bestrafung abzusehen.“

Rückmeldungen hatten wir von allen angeschriebenen Bundestagsabgeordneten erhalten. Die Rückmeldungen machen deutlich, dass unsere Anliegen angekommen sind und durch die Bundestagsabgeordneten Unterstützung finden.

MdB Dr. Tanja Machalet, SPD Lob für die Westerburger Lehrerin – schnellstmögliche Gesetzesinitiative erforderlich

„Als ich von der Eröffnung eines Strafverfahrens gegen die Lehrerin aus Westerburg erfahren habe, die nur helfen und ihrer Fürsorgepflicht für ihre Schülerin nachkommen wollte, um Schaden von ihr fernzuhalten, war ich entsetzt.“

Ja, der Besitz von Kinderpornografie muss hart bestraft werden. Aber für mich und auch die gesamte SPD-Fraktion ist durch diesen Fall deutlich geworden, dass das Gesetz hier eine Lücke hat, die schnellstmöglich geschlossen werden muss. Da es da auch in unserer Koalition keine gegensätzliche Einstellung gibt, werden wir schnellstmöglich eine Gesetzesinitiative auf den Weg bringen, die dazu führen soll, dass Lehrerinnen und Lehrer - und alle anderen - nicht dafür bestraft werden, dass sie betroffene Kinder schützen wollen. Nach meiner Kenntnis ist das Bundesjustizministerium dabei, einen entsprechenden Gesetzesentwurf auf den Weg zu bringen.

Egal, wie schnell der kommt: Ich hoffe inständig, dass Staatsanwaltschaft und Gericht auch im Rahmen der derzeitigen Gesetzeslage einen Weg finden, die der engagierten Lehrerin aus Westerburg eine Bestrafung erspart. Ich finde, sie hat viel eher eine Belobigung verdient.“

Dr. Tanja Machalet ist seit 2011 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie vertritt als direkt gewählte Abgeordnete den Wahlkreis Montabaur. Sie gehörte von 2011 bis 2021 dem rheinland-pfälzischen Landtag an und ist seit 2017 Mitglied des SPD-Landesvorstands.

MdB Erwin Rüdell, CDU

Die Einführung eines minder schweren Falls bietet keine Lösung

„Die Union hatte in der letzten Wahlperiode durchgesetzt, dass der sexuelle Missbrauch von Kindern als Verbrechen und somit mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft wird. Dies war ein Meilenstein für den Kinderschutz. Hinsichtlich des Strafrahmens betreffend Kinderpornografie hatte die Union sich dagegen für eine differenzierte Lösung ausgesprochen, nachdem der Vorschlag der damaligen Bundesjustizministerin Lambrecht von verschiedenen Sachverständigen in der Anhörung des Rechtsausschusses kritisiert worden war. Unser damaliger rechtspolitischer Sprecher hatte Frau Lambrecht sogar einen schriftlichen Vorschlag übermittelt, der aber von ihr abgelehnt wurde.“

Die Besorgnis der Sachverständigen hat sich in der Praxis nun leider bestätigt. ...

Allerdings dürfte die Einführung eines minder schweren Falls nach unserer Ansicht die Probleme in der Praxis nicht beseitigen. Denn auch bei einem minder schweren Fall würde die Einstufung als Verbrechen bleiben - mit den entsprechenden strafprozessualen Folgen: Strafbefehlsverfahren oder Einstellungen wären weiterhin nicht möglich. Die beste Lösung wäre, wenn Bundesjustizminister Buschmann den damaligen, differenzierten Vorschlag der Unionsfraktion nun aufgreifen würde. Damit könnte Rechtsklarheit geschaffen werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht jedenfalls zu Gesprächen über eine konstruktive Lösung bereit.“

Erwin Rüdell ist seit Oktober 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er vertritt als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Neuwied-Altenkirchen.

MdB Sandra Weeser, FDP

Gesetzesverschärfung nicht uneingeschränkt zugänglich für erhöhten Kinder- und Jugendschutz

„Wie Sie richtig darlegen, hat die Verschärfung des § 184 b StGB von einem

Vergehens- auf einen Verbrechenstatbestand durch die Große Koalition 2021 einen enormen Anstieg der strafrechtlichen Verfahren, darunter viele ohne pädokriminellen Hintergrund, mit sich gebracht. Das hat auch zur Folge, dass für die tatsächlichen Fälle weniger Zeit und Ressourcen für die Ermittlungsverfahren zur Verfügung stehen. (...) Die Folgen der Gesetzesverschärfung des § 184b StGB für Lehrerinnen und Lehrer, aber vor allem auch Kinder und Jugendliche sind darüber hinaus zweifelsohne schwerwiegend und des erstrebten Ziels des erhöhten Kinder- und Jugendschutzes nicht uneingeschränkt zuträglich. (...) Ich versichere Ihnen, dass das Thema auch im Bund äußert ernst, intensiv und umfassend beraten wird. Die Bundesregierung hat die Problematik klar erkannt. Für das weitere Verfahren nehme ich Ihre Punkte gerne auf. Innerhalb der Fraktion und beim Bundesminister werde ich mich für eine Anpassung stark machen und Ihr Schreiben mit den zuständigen Kollegen in Berlin teilen.“

Sandra Weeser ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie ist seit 2018 Vorsitzende des SPD-Bezirksverbands Koblenz und seit 2021 Mitglied im Bundesvorstand der FDP.

MdB Tabea Rößner, Bündnis90/Die Grünen

Jugendlichen nicht die Zukunft verbauen

„Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass die aktuelle Rechtslage nicht nur

zu großer Unsicherheit führt, sondern wie in dem von Ihnen genannten Fall schwerwiegende Folgen haben kann.“

Die Neufassung des § 184b StGB zum Ende der vergangenen Legislaturperiode durch die damalige Große Koalition ist bereits im Gesetzgebungsverfahren bei Sachverständigen auf erhebliche Kritik gestoßen. Dieselbe Kritik hört man jetzt auch von Strafverfolgungsbehörden und Gerichten bei der Anwendung in der Praxis. Im Sinne einer evidenzbasierten Kriminalpolitik ist es wichtig, diese Kritik ernst zu nehmen und entsprechend nachzusteuern. Meine Fraktion hat sich bei der Abstimmung enthalten sowie einen von mir mitgezeichneten Änderungsantrag vorgelegt, der die Berücksichtigung der Vielzahl von Tatsachverhalten und Grenzfällen forderte, um tat- und schuldangemessen reagieren zu können. Dieser Antrag wurde vom Deutschen Bundestag jedoch abgelehnt.

Das Strafrecht muss ultima ratio bleiben, und die Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen die Möglichkeit haben, auf die verschiedenen Fallkonstellationen tat- und schuldangemessen reagieren zu können. Die aktuelle Fassung des § 184b StGB ermöglicht dies nicht. So machen sich Jugendliche, die einander Fotos von sich selbst schicken, ausnahmslos wegen eines Verbrechens strafbar. Die Einstufung als Verbrechen verbietet es Staatsanwaltschaft und Gericht, das Verfahren einzustellen. Das bedeutet für die



Betroffenen mindestens ein Jahr Freiheitsstrafe und einen Eintrag in das polizeiliche Führungszeugnis. Damit verbaut man diesen Jugendlichen die Zukunft.

Die Schaffung eines minder schweren Falls u. a. für die Konstellationen, in denen der Altersunterschied zwischen Täter und Opfer gering ist und die Betroffenen die Abbildung selbst gefertigt haben, sollte daher erwogen werden. Ausnahmen von der Strafbarkeit für Fälle, in denen beispielsweise Erziehungsberechtigte zum Zweck der Dokumentation und Anzeige Abbildungen abspeichern oder an Ermittlungsbehörden versenden müssen, geschaffen werden.

Ich werde dieses Thema innerhalb meiner Fraktion noch einmal besprechen. Haben Sie vielen Dank für den Austausch.“

Tabea Rößner ist seit Oktober 2019 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie war von 2001 bis 2006 Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz.

Kinder und Jugendliche im Umgang mit digitalen Medien nicht alleine lassen

Die digitalen Medien bieten Kindern und Jugendlichen eine Vielzahl von Anwendungsmöglichkeiten, die in Schule und Alltag auch genutzt werden sollten. Allerdings birgt der Umgang mit digitalen Medien auch Gefahrenpotentiale, die Kinder und Jugendliche nicht ohne weiteres erkennen. Deshalb ist es wichtig, Kinder und Jugendliche in allen Lebensbereichen zu begleiten, Unterstützung und Hilfestellungen zu bieten. Insbesondere in Konfliktfällen dürfen wir Kinder und Jugendliche nicht alleine lassen. Hier sind wirksame Hilfen notwendig, die ein Vertrauensverhältnis voraussetzen und nicht Ängste schüren, kriminalisiert zu werden. Die Verschärfung der §§ 184b und 184c trägt nicht dazu bei, die notwendige Unterstützung gerade im sensiblen Bereich der Sexualität zu gewährleisten, die besonders in persönlichen Problemlagen notwendig ist. Präventionsmaßnahmen sind wichtig und sinnvoll, aber in Konfliktfällen

sind andere erzieherische Maßnahmen erforderlich.

Der Verband Reale Bildung (VRB) fordert eine zügige Korrektur der §§ 184b und 184c StGB

Die Rückmeldungen der von uns angeschriebenen Bundestagsabgeordneten geben Hoffnung, dass zügig eine Gesetzesänderung erfolgen könnte. Im Grundsatz dürften sich die Parteien mehrheitlich einig sein. Allerdings bleibt ein Zweifel, ob diese Einigkeit zu einer raschen Gesetzeskorrektur führen kann. Es dürfte allerdings wieder einmal die Klärung von Detailfragen hinderlich sein. Denn anders ist nicht erklärbar, warum die Aufforderung der Justizminister der Länder zur Gesetzeskorrektur vor etwa einem Jahr noch keine erkennbare Reaktion erzielt hat.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



¹⁾ https://www.buzer.de/184b_StGB.htm

²⁾ <https://www.polizei-beratung.de/aktuelles/detailansicht/straftat-verbretung-kinderpornografie-pks-2022/>

³⁾ http://www.arthur-kreuzer.de/Stellungnahme_RefE_BMJV_8_2020.pdf

⁴⁾ <https://anwaltverein.de/de/newsroom/sn-40-23-aussetzungs-und-vorlagebeschluss-zu-184b-abs-3-stgb>

► NACH REDAKTIONSSCHLUSS

In Bewegung gebracht?

Bundesjustizminister Buschmann will Kinderpornografie-Strafbarkeit entschärfen

Am 16. November hat der Bundesjustizminister einen Referentenentwurf in Umlauf gegeben, mit dem alle Tatbestände des § 184b Abs. 1 und 3 StGB durch Absenken der Mindeststrafen wieder zu Vergehen herabgestuft werden.

„Zugleich wird den Strafverfolgungsbehörden aber die Möglichkeit wiedereröffnet, in jedem Einzelfall angemessen auf Verfahren zu reagieren, die Straftaten nach § 184b Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 3 StGB zum Gegenstand haben. Wenn der Tatvorwurf am unteren Rand der Strafwürdigkeit liegt, kann damit wieder eine niedrigere Strafe als ein Jahr Freiheitsstrafe verhängt werden. Zudem können Verfahren wieder nach den §§ 153 und 153a StPO eingestellt oder durch Strafbefehl nach den §§ 407 ff. StPO erledigt werden, wenn die Voraussetzungen im Einzelfall vorliegen“.

Quelle: https://www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/2023_Aend_184b_StGB.html

Unser Verband wird die weitere Entwicklung verfolgen und Sie auf dem Laufenden halten.

Ra/Wü

Lehrerin aus dem Dienst entfernt

Das Verwaltungsgericht Trier hat eine Lehrerin aus der Pfalz aufgrund ihrer Äußerungen bei Demonstrationen, Kundgebungen sowie in Beiträgen in sozialen Medien aus dem Dienst entfernt.

Der Beamtin wurde im Rahmen des Disziplinarverfahrens zur Last gelegt, seit März 2018 durch Äußerungen bei Demonstrationen, Kundgebungen, im Rahmen von Interviews sowie durch Postings auf Social-Media-Plattformen in Erscheinung getreten zu sein und hierdurch in eklatanter Weise gegen ihre Pflicht zur politischen Mäßigung, zur unparteiischen und gerechten Amtsführung sowie gegen die Wohlverhaltenspflicht verstoßen, sich verfassungstreu gezeigt und durch ihr Gesamtverhalten den Schulfrieden gestört zu haben.

Die Beklagte habe sich, so das Gericht, eines schweren Dienstvergehens schuldig gemacht, das die Verhängung der Höchstmaßnahme, also ihre Entfernung aus dem Dienst, erforderlich mache. Ein Beamter habe seine Aufgaben unparteiisch und gerecht zu erfüllen und sein Amt zum Wohl der Allgemeinheit zu führen. Zudem müsse er sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Einhaltung eintreten. Bei politischer Betätigung habe er diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung gegenüber der Allgemeinheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben. Das Recht auf politische Meinungsäußerung einer Lehrkraft sei dabei im besonderen Maße im Lichte der verfassungsrechtlichen Anforderungen ihres Statusamtes zu messen. Verhalten und Meinungsbekundungen einer Lehrkraft im inner- wie auch im außerdienstlichen

Bereich dürfen keinen sachlich begründeten Zweifel an der Verfassungstreue aufkommen lassen.

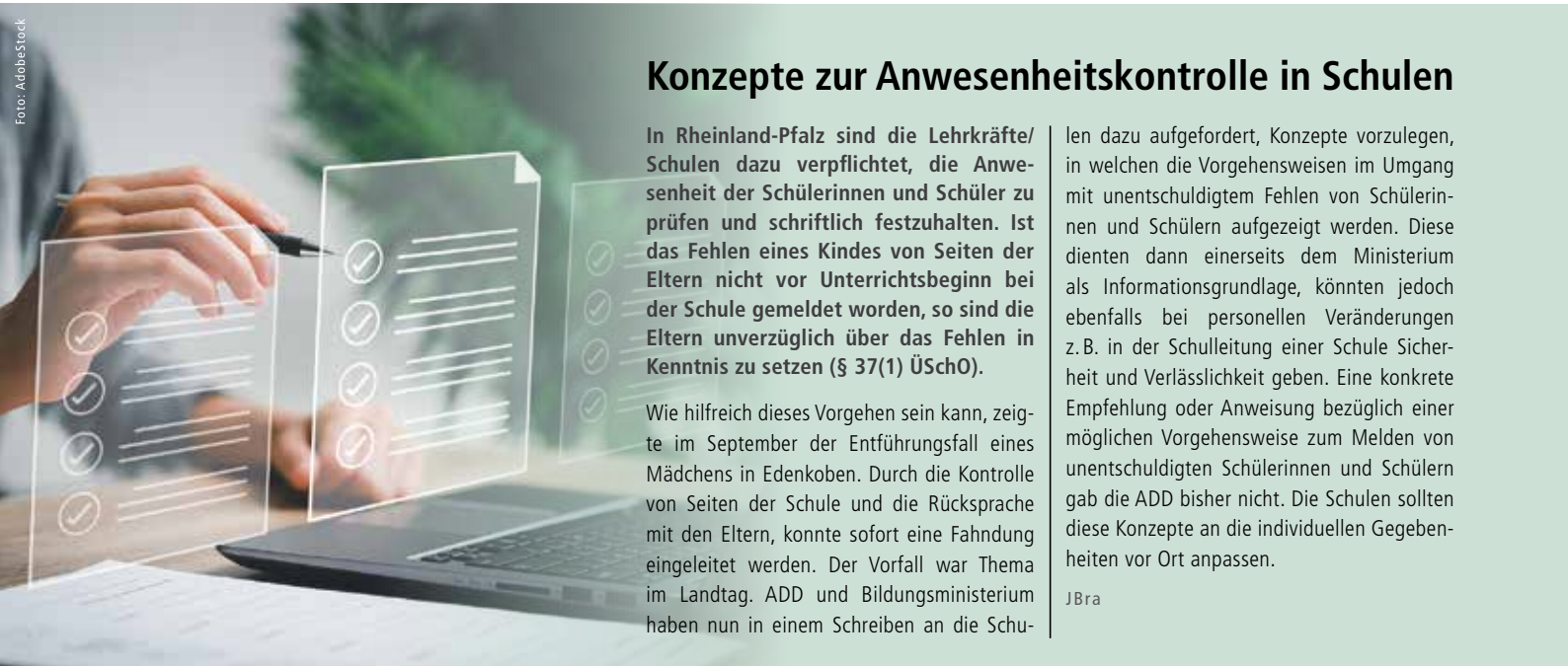
Diesen Anforderungen zum Trotz habe die Beklagte wiederholt, nachhaltig und über einen langen Zeitraum bewusst zuwidergehandelt, indem sie ihre politischen Aktivitäten, die sich im Kern gegen die Migrations- und Corona-Politik der Bundesregierung richteten, ohne jegliches Maß an Pflichtbewusstsein anlässlich von Demonstrationen, Kundgebungen und breit gefächert in Social Media an den Tag gelegt habe. Dabei habe sie unaufhörlich mit drastischer Diktion gegen Politiker, den Staat, seine Organe, gegen die EU, deren Organe und auch gegen Migranten gehetzt.

Mit den öffentlichen politischen Auftritten habe die Beklagte verschiedentlich die Grenze zum Verfassungsverstoß überschritten und gegenüber jedermann bekundet, dass sie auch keine Gewähr mehr dafür bieten könne, die ihr zugeteilten Schülerinnen und Schüler im Sinne der gesetzlichen Anforderungen zu unterrichten und zur gesellschaftlichen Kompetenz hinzuführen. Mit all dem habe die Beklagte im Lichte ihres Statusamtes schwerwiegend gegen unabdingbare Kernpflichten verstoßen, was die Entfernung aus dem Dienst erforderlich mache.

Gegen die Entscheidung steht den Beteiligten innerhalb eines Monats die Berufung an das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz zu.

Hr / Quelle: VG Trier, Urteil vom 23.06.2023 – 3 K 2287/22.TR –

Foto: AdobeStock



Konzepte zur Anwesenheitskontrolle in Schulen

In Rheinland-Pfalz sind die Lehrkräfte/Schulen dazu verpflichtet, die Anwesenheit der Schülerinnen und Schüler zu prüfen und schriftlich festzuhalten. Ist das Fehlen eines Kindes von Seiten der Eltern nicht vor Unterrichtsbeginn bei der Schule gemeldet worden, so sind die Eltern unverzüglich über das Fehlen in Kenntnis zu setzen (§ 37(1) ÜSchO).

Wie hilfreich dieses Vorgehen sein kann, zeigte im September der Entführungsfall eines Mädchens in Edenkoben. Durch die Kontrolle von Seiten der Schule und die Rücksprache mit den Eltern, konnte sofort eine Fahndung eingeleitet werden. Der Vorfall war Thema im Landtag. ADD und Bildungsministerium haben nun in einem Schreiben an die Schu-

len dazu aufgefordert, Konzepte vorzulegen, in welchen die Vorgehensweisen im Umgang mit unentschuldigtem Fehlen von Schülerinnen und Schülern aufgezeigt werden. Diese dienen dann einerseits dem Ministerium als Informationsgrundlage, könnten jedoch ebenfalls bei personellen Veränderungen z. B. in der Schulleitung einer Schule Sicherheit und Verlässlichkeit geben. Eine konkrete Empfehlung oder Anweisung bezüglich einer möglichen Vorgehensweise zum Melden von unentschuldigten Schülerinnen und Schülern gab die ADD bisher nicht. Die Schulen sollten diese Konzepte an die individuellen Gegebenheiten vor Ort anpassen.

JBra

► 3. BUNDESSENIORENKONGRESS

„Zukunft. Mit uns. Für alle“



Der VDR war stark vertreten: Im Foto von rechts nach links: Wilfried Rausch, Monika Holder, Gudrun Mahr, Grete Rhenius, Christa Nicklas, Ellen Gruhn, Birgitt Noack und Rita Kiriasis-Kluxen

Unter diesem Motto tagte am 16. und 17. Oktober 2023 in Berlin das höchste Gremium der dbb bundesseniorenvertretung, der Bundesseniorenkongress. Zum dritten Mal nach 2013 und 2018 versammelten sich die Delegierten, die die Mitglieder der Querschnittorganisation des dbb deutscher beamtenbund und tarifunion vertreten, um eine neue Geschäftsführung der dbb bundesseniorenvertretung zu wählen und ein umfangreiches Paket an wegweisenden Beschlüssen für die weitere Arbeit der Interessenvertretung für Seniorinnen und Senioren zu beschließen.

Bestätigt in ihren Ämtern wurden Dr. Horst Günther Klitzing (1. Vorsitzender) und Norbert Lütke (2. Vorsitzender). Komplettiert wird die neue Geschäftsführung der dbb bundesseniorenvertretung durch drei weitere stellvertretende Vorsitzende, Thomas Krupp, Max Schindlbeck und Anke Schwitzer.

Ein Höhepunkt des Kongresses war der Festvortrag von Prof. Dr. Klaus Rothermund zum Thema „Altersbilder, Altersnormen, Altersgrenzen – wie unsere Vorstellungen vom Alter soziale Teilhabe im Alter beeinflussen“. Er erläuterte anschaulich und konkret die Vor- wie auch Nachteile, die Teilhabe im Alter mit sich bringen kann. Es sei legitim, wenn sich Menschen im Alter aus unterschiedlichen Bereichen zurückzögen. Keineswegs dürfte jedoch Teilhabe im Alter erzwungen werden.

Als Beispiel nannte er die Digitalisierung. Rothermund machte sich allerdings für die Abschaffung starrer Altersgrenzen beim Berufsausstieg, aber auch in Ehrenämtern stark. Er forderte die Teilneh-

merinnen und Teilnehmer auf, sich gegen Altersdiskriminierung zu wehren. Das Leben im Alter sei genauso viel wert wie in jedem anderen Lebensabschnitt!

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Dr. Horst Günther Klitzing: „Wir Älteren können für die gesamte Gesellschaft zu einem Gewinn werden, wenn wir wertgeschätzt und angemessen berücksichtigt werden, wenn wir also teilhaben können!“



Prof. Dr. Klaus Rothermund: „Zum Alter gehört auch Rückzug, Weisheit, Kontemplation und das Nachdenken über die wichtigen Dinge im Leben.“

Das Lehrerzimmer

Schule ist ein Abbild der Gesellschaft



Fotos: Judith Kaufmann für Alameda Film

Carla Novak, gespielt von Leonie Benesch, ist eine junge engagierte Lehrerin, die eine Diebstahlserie an ihrer Schule aufzudecken versucht. Mithilfe ihrer Laptop-Kamera scheint sie herausgefunden zu haben, wer die Täterin ist. Als die ihr illegale Überwachung vorwirft, stößt Carla Novak mit ihrem Idealismus an ungeahnte Grenzen und erleidet am Ende einen Nervenzusammenbruch.

Der deutsche Spielfilm „Das Lehrerzimmer“ von İlker Çatak kam im Mai 2023 in die Kinos. Çatak sieht in der Schule ein Abbild der Gesellschaft. Er beschreibt in einem Interview die Idee hinter dem Film: „Uns interessieren die Dynamiken, die ausgelöst werden können, wenn das Vertrauensverhältnis in einem sozialen Geflecht aus dem Gleichgewicht gerät ...“ (RP v. 25.8.23).

Carla Novak unterrichtet Mathematik und Sport in einer siebten Klasse eines Gymnasiums. Sie ist eine Lehrerin, die nicht nur den Stoff vermitteln, sondern eine persönliche Bindung aufbauen und die individuellen Interessen der Schülerinnen und Schüler fördern will. Sie sprüht bei der Arbeit mit ihren Schülerinnen und Schülern vor Idealismus. Als die Diebstahlserie beginnt, ermittelt sie auf eigene Faust, womit sie sich zunehmend in eine missliche Lage bringt. Alle Indizien weisen auf die Schulsekretärin Frau Kuhn hin. Diese wird suspendiert, streitet jedoch alles ab. Frau Kuhns Sohn Oskar befindet sich in Carla Novaks Klasse, was die Situation verschärft. Er weiß nicht, warum seine Mutter suspendiert wurde, macht jedoch seine Klassenlehrerin als Schuldige aus. Die

Situation eskaliert, als Oskar den Laptop seiner Klassenlehrerin entwendet und zerstört, sie dabei sogar verletzt. Dennoch versucht die junge Lehrerin bis zuletzt, ihn vor schulischen Sanktionen zu schützen, womit sie jedoch kläglich scheitert.

Wahrheitsfindung, Fake News, öffentliche Ächtung sowie Systemkritik sind gleichermaßen Themen dieses gesellschaftskritischen Dramas. Der Film bietet keine Lösung an. Am Ende haben alle verloren. Irritieren kann das Schlussbild. Oskar wird von Polizisten auf seinem Stuhl aus dem Schulgebäude gebracht. Das wird inszeniert, als würde ein König auf einer Sänfte davongetragen.

„Das Lehrerzimmer“ hat beim Deutschen Filmpreis die Auszeichnung für die beste Regie erhalten. Es soll auch für Deutschland ins Rennen um den Auslands-Oscar 2024 gehen. In der Jury-Begründung heißt es, der Film sei ein hochaktueller, universeller Kinofilm, dem man sich nicht entziehen könne. Das haben Mitglieder unserer Redaktion bestätigt, die den Film beim Festival des deutschen Films in Ludwigshafen gesehen haben. Das sind ihre persönlichen Eindrücke:

Die Standfestigkeit und das Durchsetzungsvermögen der jungen Lehrerin waren bewundernswert. Sie bemüht sich um Aufklärung, aber durch ihre „handwerklichen Mängel“ gerät sie zwischen alle Stühle.

Oskar Ulrich

Die Atmosphäre im Kollegium hinterließ einen bedrückenden Eindruck. Es wurde hoffentlich eine sehr seltene Ausnahme gespiegelt.

Gudrun Deck

Die beklemmende Atmosphäre des Films wird durch die Musik- bzw. Geräuschertermalung verstärkt, die ein klaustrophobes, stressiges und unangenehmes Gefühl vermittelt. Etwas realitätsfern wirkt die unglaubliche psychische Resilienz, die die ganz allein gegen alle kämpfende Heldin aufweist.

Wolfgang Häring

Ein Satz an der Grenze zum Unheil geht mir nicht aus dem Kopf: „Es tut mir leid, Frau Novak, aber es war nicht persönlich gemeint.“

Wolfgang Wünschel

Der Film ließ mich betroffen zurück. Er spricht Klischees des Lehrkräftealltags an: Mobbing unter Schülern, Lehrerbashing an Elternabenden und Konflikte in Lehrerzimmern. Und er zeigt, wie schnell ein „Gutmensch mit Optimismus“ durch „ungewollte“ Fehler zwischen die Fronten und in einen Abwärtsstrudel geraten kann. Ende offen ...

Lisa Deck

Katharina Becker
katharina.becker@vrb-rlp.de



Stärkung des Lehramtes Realschule plus

VRB im Gespräch mit
Wissenschaftsminister Clemens Hoch

Unseren Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen geht der pädagogische Nachwuchs aus. Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für das Lehramt Realschulen plus. Die Landesregierung hat noch nicht alle möglichen Hebel in Bewegung gesetzt, um dieser negativen Entwicklung wirksam entgegenzuwirken. Hier müssen nach Überzeugung des VRB auch die rheinland-pfälzischen Universitäten in die Pflicht genommen werden. Am 24. Juli 2023 fand hierzu ein erster Austausch mit Wissenschaftsminister Clemens Hoch statt.

Begleitet wurde Clemens Hoch von Maren Qualmann (Hochschulabteilung MWG) und Dr. Markus Maier (Leiter des Landesprüfungsamtes BM). Von Verbandsseite nahmen Bengjamine Bajraktari (stv. Landesvorsitzender), Michael Eich (stv. Landesvorsitzender), Christoph Krier (stv. Landesvorsitzender) und Erwin Schneider (Landesschatzmeister) an dem Gespräch teil. Folgende Gesprächspunkte wurden erörtert:

- **Beitrag der Universitäten zur Lehrkräftegewinnung**
- **Gleichwertigkeit der Lehrämter im universitären Bereich**
- **Die Fachoberschule (FOS) an den Realschulen plus**
- **Lehramt an Förderschulen – Ist-Stand und geplante Entwicklungen**



- **Entwicklungen bezüglich der Lehrstühle für islamische Religion an den Universitäten des Landes**

Großes Manko: Nicht alle Universitäten bilden aus

Die Vertreter des VRB analysierten den Ist-Stand: Nicht alle Universitäten bilden für das Lehramt an Realschulen plus aus und bei den Universitäten Landau und Trier sind die Zahlen stark rückläufig. Die Universität Mainz bietet kein Lehramt Realschulen plus an, dementsprechend gering fällt die Auslastung des Studienseminars Wallertheim aus und dementsprechend schwierig gestaltet sich die Personalisierung. Der Verband Reale Bildung fordert, dass an allen Universitäten des Landes das Lehramt Realschulen plus eingerichtet werden müsse. Darüber hinaus müssen die Inhalte des Studiums an die Praxisbedarfe (z. B. Umgang mit Heterogenität) angepasst werden. Auf diesem Weg kann auch die Gleichwertigkeit der Lehrämter angegangen werden, denn die Anpassung der Ausbildungsinhalte müsse mit der Einrichtung eines 10. Semesters für das Lehramt Realschulen plus einhergehen. Minister Hoch hielt dem entgegen, dass genügend Kapazitäten vorhanden seien, wollte dennoch mit dem Präsidenten der Johannes Gutenberg-Universität Mainz über eine mögliche Kooperation sprechen.

Quer- und Seiteneinstieg sowie die Wechselprüfung helfen nur bedingt

Die Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen haben im Schülerklientel die größte Heterogenität und deshalb sei es wichtig, so der VRB, dass die Ausbildung in unseren Studienseminaren für das Lehramt Realschulen plus stattfindet. Dort wird das allgemein- und fachdidaktische Knowhow praxisnah vermittelt, das gezielt auf unsere Schülerinnen und Schüler ausgerichtet ist. Bestätigt sieht sich der stellvertretende Landesvorsitzende durch die Forderung des Hauptpersonalrats Integrierte Gesamtschulen, der mehr Einstellungen von Absolventinnen und Absolventen unserer Studienseminare an den Integrierten Gesamtschulen fordert.

Der VRB suchte mit Blick auf zurückgehende Studierendenzahlen im Realschulbereich den Austausch mit Wissenschafts- und Gesundheitsminister Clemens Hoch. An dem Gespräch nahmen auch teil Maren Qualmann aus der Hochschulabteilung des MWG und Dr. Markus Maier, dem Leiter des Landesprüfungsamtes im Bildungsministerium.

Mit den jetzt beschlossenen Maßnahmen zum Quer- und Seiteneinstieg und zur vereinfachten Wechselprüfung für Lehrkräfte mit dem Lehramt für Gymnasien können noch nicht einmal die größten Lücken gestopft werden. Die Stärkung des Lehramts an Realschulen plus müsse oberste Priorität haben.

Weitere Baustellen

Mit Blick auf den akuten Fachkräftemangel leiste die Fachoberschule mit der Verbindung von beruflichem Praktikum und schulischer Bildung gute Arbeit. Die Verbandsvertreter regten an, im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Fachoberschulen an Realschulen plus eine wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag zu geben. Wissenschaftsminister Hoch sagte eine Prüfung des Anliegens zu.

Der VRB sieht die Einführung des Studiengangs für das Lehramt Förderschulen in Koblenz als sehr wichtig an, um den Bedarf an Lehrkräften insbesondere im Nordteil des Landes zu decken. Die aktuellen Personalengpässe und die damit einhergehenden Kaskadenversetzungen gehen zu Lasten der Förderschullehrkräfte, der Schwerpunktschulen und insbesondere der tangierten Schülerinnen und Schüler. Das schade der Inklusion insgesamt. Minister Hoch sieht diese Problematik, das Land Rheinland-Pfalz reagiere entsprechend und mittelfristig sei mit einer Verbesserung der derzeitigen Situation zu rechnen. An der Universität Koblenz rechnet er mit dem Studienbeginn zum WS 2024/25.

Auf die Frage, wie der Stand zum islamischen Religionsunterricht seitens der Landesregierung ist, antwortete Minister Hoch, dass die Arbeitsgemeinschaften ab September die Zielvereinbarungen zusammentragen, dass mit der Besetzung eines Lehrstuhls ab 2025 zu rechnen ist.

Erwin Schneider
erwin.schneider@vrb-rlp.de



Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de



Fotos: Bengjamin Bajraktari

In dem ministeriumsübergreifenden Austausch ging es unter anderem um die Frage, welchen Beitrag die Universitäten zur Gewinnung von Lehrkräften leisten könnten. Seitens des Verbandes nahmen die Vorstandsmitglieder (von links) Christoph Krier, Michael Eich, Bengjamin Bajraktari und Erwin Schneider an dem Gespräch teil.



Foto: AdobeStock

► BUNDESBILDUNGS MINISTERIUM

Startchancen-Programm

Das Startchancen-Programm unterstützt bedarfsgerecht Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Dafür investieren Bund und Länder zusammen rund 20 Milliarden Euro über zehn Jahre. Es ist das erste Mal, dass ein Programm mit dieser Größe und Laufzeit im Bildungsbereich umgesetzt wird.

Mit dem Startchancen-Programm wollen Bund und Länder den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln und mehr Chancengerechtigkeit ermöglichen. Dabei geht es nicht einfach nur um finanzielle Hilfen des Bundes, sondern auch um systemische Veränderungen und eine Stärkung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens.

Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger will mit dem Startchancen-Programm dazu beitragen, dass Deutschland künftig bei Bildungsstudien nicht mehr der Dauerverlierer ist. Wie das funktionieren soll, darüber spricht sie in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung. „Wir wollen innerhalb von zehn Jahren die Zahl der Kinder, die in Lesen, Schreiben und Rechnen die Mindeststandards nicht mehr erreichen, an den Startchancen-Schulen halbieren.“

Ein besonderer Fokus liegt auf der Stärkung der Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen in Grundschulen. So werden neben weiterführenden und beruflichen Schulen sechzig Prozent der Startchancen-Schulen Grundschulen sein. Gegenstand der Unterstützung ist außerdem die Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler sowie die Förderung der Etablierung multiprofessioneller Teams. Neben Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern sollen in diesen Teams auch weitere Fachkräfte mit verschiedenen pädagogischen Fähigkeiten ihre Expertise einbringen können.

Ra / Quellen: Stuttgarter Zeitung vom 23.9.23;
https://www.bmbf.de/bmbf/de/bildung/startchancen/startchancen-programm_node.html

Französischunterricht? Mais oui!

Just zum Jubiläum des Elysée-Vertrages, der vor 60 Jahren die deutsch-französische Freundschaft besiegelte und das Fundament für eine jahrzehntelange enge Bindung der beiden Länder und eines starken Europas legte, äußerte sich der baden-württembergische Ministerpräsident wenig optimistisch über die Zukunft des Französischunterrichts. So behauptete er, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende der 10. Klasse noch nicht einmal „ein Eis bestellen“ könnten. Zudem werde mit künstlicher Intelligenz das Erlernen einer Fremdsprache ohnehin überflüssig – all das, während das Interesse an der Sprache des Nachbarlandes auf beiden Seiten des Rheines abnimmt.

Doch ist dem wirklich so? Und was wären die Alternativen oder unsere Ziele?

Bettina Becht, Fachleiterin für Französisch und Englisch am Studienseminar Kaiserslautern und Kollegin an der Paul-Gillet-Realschule plus und FOS Edenkoben gibt optimistische und zukunftsorientierte Antworten auf diese Fragen.

Zeitgemäßer Französischunterricht

Das erste Argument lässt sich leicht widerlegen. Selbstverständlich können unsere Schülerinnen und Schüler mehr als nur "ein Eis bestellen". Der Vorwurf eines lebensfernen und grammatiklastigen Französischunterrichts ist längst überholt. Das Fach Französisch hat sich zu einem kompetenz- und kommunikationsorientierten Unterricht entwickelt, der sich an authentischen Lernaufgaben aus der Lebenswelt der Lernenden orientiert. Mündliche Klassenarbeiten, Austauschprogramme und internationale Sprachzertifikate weisen deutlich in diese Richtung.

Künstliche Intelligenz als Chance

Wahr ist, dass die Künstliche Intelligenz Übersetzungstools ermöglicht, die erstaun-



Bettina Becht verweist auf ein gut funktionierendes Netz aus deutsch-französischen Partnerschaften.

lich gut funktionieren. Trotzdem sollte die KI kein Schreckensszenario für den Fremdsprachenunterricht sein. Wer nur „den Knopf im Ohr“ in Form eines Übersetzungstools als Vision für die Zukunft des Fremdsprachenlernens vor Augen hat, verkennt die zahlreichen Möglichkeiten, die die KI im Fremdsprachenunterricht bietet. Mithilfe von KI-gestützten Tools kann das Sprachenlernen in Zukunft noch besser individualisiert und auf die Interessen, Stärken und Schwächen der einzelnen Schülerinnen und Schüler zugeschnitten werden. Feedback wird in Zukunft nicht nur durch die Lehrkraft möglich sein und möglicherweise kann die Chancengleichheit durch ein für alle zugängliches Unterstützungsangebot erhöht werden.

Die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft

Das gegenseitige Interesse, belegt durch die Zahl der Französischlernenden in Deutschland und Deutschlernenden in Frankreich, stagniert tatsächlich seit einigen Jahren. Liegt es daran, dass der Gedanke der deutsch-französischen Freundschaft mittlerweile als allzu selbstverständlich oder in die Jahre gekommen wirkt, angesichts der

zahlreichen nationalen und internationalen politischen Herausforderungen? Französisch lernen bedeutet viel mehr als nur das Beherrschen von Wortschatz und Grammatik. Der Sprachunterricht vermittelt die Kultur und die Werte der frankophonen Länder. Er stellt Verbindungen her, ermöglicht Begegnungen, den Erwerb interkultureller Kompetenz und Toleranz sowie das Aushalten von Andersartigkeit und dadurch das Reflektieren der eigenen kulturellen Prägung.

Gerade Rheinland-Pfalz, das Saarland und Baden-Württemberg haben eine gemeinsame Grenze zu Frankreich und sind in ihrer gemeinsamen Geschichte eng miteinander verwoben. Wir sind Nachbarländer, wir haben gemeinsame Wurzeln und Werte; Deutschland und Frankreich waren der Motor für die Gründung der Europäischen Union; unsere Länder stehen für freiheitlich-demokratische Systeme, für die Verteidigung von Menschenrechten, freie Meinungsäußerung und für einen stabilen Sozialstaat. In Zeiten von Krieg, Klimakrise, erstarkenden rechtspopulistischen und demokratiefeindlichen Bewegungen ist es wichtiger denn je, sich auf diese Gemeinsamkeiten zu besinnen und diese zu verteidigen.

Verantwortung übernehmen

Es gibt ein gut funktionierendes Netz aus deutsch-französischen Partnerschaften, auf schulischer, kommunaler oder kultureller Ebene; es gibt zahlreiche Unterstützungsprogramme, ohne die vieles, was uns heute selbstverständlich erscheint, nicht möglich wäre. Starke Partnerschaften, so wie die zwischen Frankreich und Deutschland geben Orientierung und Stabilität. Gehen wir nicht leichtfertig mit den langjährigen Freundschaften um. Lasst uns die Freundschaft zu unserem Nachbarland pflegen und gemeinsam Verantwortung übernehmen für die Zukunft unserer beiden Länder.

Das Interview führte Regina Sersch
regina.sersch@vrb-rlp.de



MINT-Geschäftsstelle: Zentrale Ansprechpartnerin für alle MINT-Akteure

Nicole Weiß-Urbach und Lisa Deck im Gespräch mit
Tim Thielen und Carmen Fischer

Herr Thielen und Frau Fischer, vor über fünf Jahren wurde durch das Bildungsministerium die MINT-Strategie in Rheinland-Pfalz ins Leben gerufen und 2018 die MINT-Geschäftsstelle gegründet. Welche Kernaufgaben haben Sie hier?

Unsere Kernaufgaben kann man gut mit vier Begriffen beschreiben: Förderung, Beratung, Vernetzung und Qualifizierung für alle Akteure einer MINT-Region bzw. angehenden MINT-Regionen. MINT-Regionen sind ein Verbund aus Akteuren von Schule, Wirtschaft, Wissenschaft und Akteuren im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung. Ergänzend wirken in vielen Regionen auch Kommunen mit.

Mint-Förderung entlang der Bildungskette

Mit der MINT-Strategie sollten Maßnahmen zur MINT-Förderung entlang der Bildungskette geschaffen werden. Welche Angebote, Kooperationsmöglichkeiten und Projekte wurden für die Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen geschaffen?

Wir haben zwei Programme: Zunächst das MINT-Regionen-Programm, in dem Schulen mit außerschulischen Akteuren zusammenarbeiten und von MINT-Angeboten z.B. in Kooperation mit Hochschulen, Vereinen, Kommunen oder Unternehmen profitieren können.

Des Weiteren unterstützen wir Schulen direkt über unser MINT-Regionalpaten-Programm, in dem Schulen mit Materialsets in einem Wert von 800 bis 1200 Euro für die Bereiche Technikbildung, IT, KI oder Programmierung ausgestattet werden. Dies sind zurzeit etwa 100 Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen.



Da die Nachfrage nach MINT-Materialsets und Angeboten zur MINT-Förderung seitens der Schulen sehr hoch ist, initiieren wir neben den vorhandenen eigenen Mitteln des Bildungsministeriums Kooperationen mit Hochschulen, Kommunen und der Wirtschaft und versuchen, diese für die Schulen systematisch in unsere Programme zu integrieren. Außerdem unterstützen wir die Schulen dabei, sich mit außerschulischen Partnern vor Ort zu vernetzen. Beispiele sind das Dynamikum in Pirmasens, der Maker-Space Wittlich oder das Schülerforschungszentrum Prüm.

Sehr wichtig für die Schulen sind die sogenannten Regionalpaten. Jede Schule hat in ihrem Landkreis einen solchen Ansprechpartner aus Kommunen oder Hochschulen, mit dem wir über das Bildungsministerium eine Kooperationsvereinbarung schließen. Diese Regionalpaten unterstützen uns vor Ort sowohl

Lisa Deck (re.) und Nicole Weiß-Urbach (li.) besuchten die MINT-Geschäftsstelle in den Räumen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier. Die Geschäftsstelle dient als zentrale Ansprechpartnerin für alle rheinland-pfälzischen MINT-Akteure. Tim Thielen (Leiter der Geschäftsstelle) und Carmen Fischer (Assistenz der Geschäftsstelle) schilderten mit großer Begeisterung ihre Aufgaben und Aktivitäten bei der Umsetzung der MINT-Strategie in Rheinland-Pfalz.



Zur Person

Carmen Fischer studierte zwischen 2002 und 2008 Angewandte Biogeographie an der Universität Trier. Nach Erwerb ihres Diploms arbeitete sie zwischen 2008 und 2020 als ökologische Fachkraft in der Geschäftsstelle Naturpark Saar-Hunsrück e.V. in Hermeskeil. Seit Oktober 2019 ist sie in der Assistenz der MINT-Geschäftsstelle Rheinland-Pfalz tätig.

durch die Ansprache der Schulen und die Abwicklung der Logistik für die Materialsets als auch im Bereich der Förderbudgets. Sehr oft sind unsere Regionalpaten auch Wirtschaftsförderungsgesellschaften mit Kontakten zu Unternehmen. Diese Unternehmenskontakte bieten Realschulen plus oder Integrierten Gesamtschulen sehr viele Möglichkeiten.

Das Projekt „IT2School – Gemeinsam IT entdecken“ ist unser Hauptangebot für die Klassen 5 bis 10, welches Themen wie Apps, Codes, 3D-Druck, Programmieren mit Scratch oder Snap, oder die grundlegenden Funktionen des Einrichtens eines Netzwerks und Internetanschlusses umfasst.

Förderung von Mädchen und jungen Frauen

Ein besonderes Augenmerk im Mint-Bereich liegt bei der Förderung von Mädchen und jungen Frauen. Können Sie Beispiele nennen?

Wir haben drei wichtige Instrumente zur Förderung von Mädchen und jungen Frauen:

1. Broschüren, wie z.B. MI(N)Tmachen erwünscht (Anm.: Als Download über mint.bildung-rp.de verfügbar): Dies ist ein Praxisleitfaden, den wir mit drei Ministerien entwickelt haben. In ihm sind alle Initiativen enthalten, wie Ada-Lovelace-Projekte oder fördernde Stiftungen und Netzwerkpartner in RLP. Der Leitfaden hilft auch bei der Umsetzung von Projekten oder Arbeitsgemeinschaften in Schulen. Außerdem bieten wir Fachtagungen – auch digital – an, in denen wir aktuelle Maßnahmen in RLP vorstellen oder diesbezügliche Netzwerkgespräche ermöglichen.

2. Wir unterstützen unsere Projektpartner finanziell bei der Umsetzung von MINT-Projekten speziell für Mädchen. Im Landkreis Neuwied werden so Fördergelder genutzt, um mit Schülerinnen an den Orientierungstagen für MINT-Studiengänge an der Hochschule Koblenz teilzunehmen.

3. Mit unseren engen Netzwerken aus Schulen und Lehrkräften ermöglichen wir eine unkomplizierte Vermittlung anderer Fördermittelgeber, die eine zeitnahe Umsetzung von Programmen an Schulen, wie beispielsweise das Programm „Wir stärken Mädchen“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung ermöglichen. Die richtigen Ansprechpersonen an den Schulen zu kennen, die für ihre Schule direkt die passenden Programme filtern, ist für uns ein großer Vorteil.

Auch unsere MINT-Regionen haben Projektträger, die Mädchenförderung umsetzen. In diesem Jahr wird in der Ausschreibung für die MINT-Regionen sogar explizit gefordert, speziell Schülerinnen programmatisch zu berücksichtigen.

IT2School – Beispiel für die Zusammenarbeit mit Realschulen plus

Die Realschulen plus bieten mit ihren Schwerpunkten der Berufsorientierung und Stärkung der naturwissenschaftlichen Fächer Ansatzmöglichkeiten für eine Fachkräftesicherung und Nachwuchsförderung im MINT-Bereich. Welche Ideen verfolgen Sie hierzu? Welche Erfahrungen haben Sie bei der diesbezüglichen Zusammenarbeit bereits gesammelt?

Lassen sie mich hierzu das Projekt „IT2School – Gemeinsam IT entdecken“ als Beispiel genauer beschreiben. Dies ist ein Projekt der Wissensfabrik zum Thema Informationstechnologie. Dieses Projekt umfasst mehrere Module mit eigenen Material-Sets in Klassenstärke und einen umfangreichen, modular aufgebauten Ordner mit Unterrichtsleitungen, der eine didaktische Verknüpfung zum Lehrplan zeigt (Anm.: als Download auf der Homepage der Wissensfabrik: <https://www.wissensfabrik.de/it2school-2/>). Als Lehrkraft kann man diese einfach auf die eigenen Wünsche im Unterricht anpassen. Ein weiterer Vorteil ist, dass man mit dem Material als fachfremde Lehrkraft, die die Fortbildung beim Pädagogischen Landesinstitut (PL) erfolgreich absolviert hat, mit dem Unterricht im Bereich IT relativ schnell loslegen kann. Die Lehrkräfte melden sich für die Teilnahme am Projekt über die beteiligten Regionalpaten an. Die MINT-Geschäftsstelle bündelt alle Anmeldungen und koordiniert gemeinsam mit dem PL die Fortbildungsplanung.

Außerdem gibt es vertiefende Fortbildungen über die Wissensfabrik. Wir führen Netzwerkgespräche mit Schulen und ermöglichen einen Austausch. Gerade bauen wir ein Netzwerk von Transferschulen für IT2School in Rheinland-Pfalz auf. Bisher sind das fünf Schulen, diese Schulen werden mit zusätzlichen Material-Sets für ihre MINT-Werkstätten ausgestattet, um sogenannte praxisorientierte Transfer-Nachmittage für einen schulischen Austausch der IT2School-Schulen anbieten zu können. Die Anmeldung dazu erfolgt zent-

ral über uns als MINT-Geschäftsstelle. Diese Nachmittage dienen auch dazu, sich über die praktische Umsetzung der Module an den Schulen auszutauschen.

Kommunikation und Evaluation

Sie informieren regelmäßig über Veranstaltungen, Projekte, Wettbewerbe in ihrem MINT-Newsletter. Wie kommt man an den Newsletter?

In unserem MINT-Newsletter informieren wir nicht nur über eigene Veranstaltungen und (digitale) Fortbildungsmöglichkeiten, sondern bündeln Informationen über Veranstaltungen im Land, zum Beispiel des MINT-Bildungsservers. Unsere Akteure informieren uns zudem über Netzwerkveranstaltungen oder Wettbewerbe in ihrer Region oder Fördermittel anderer MINT-Akteure. Für den Newsletter kann man sich über die Homepage anmelden, dort sind auch ältere Newsletter abrufbar.

Zusätzlich informieren wir die Schulen über die Regionalpaten in den Kommunen.

Wie ist die Resonanz aus den Schulen auf Ihre Projektangebote?

Rückmeldungen aus den Schulen sind für uns ein guter Indikator, eine Weiterentwicklung hinsichtlich Materialinitiativen, Fortbildungen, Schulentwicklung oder Finanzierung für eine MINT-Region zu betreiben. Daher führen wir alle eineinhalb Jahre eine Nutzungsanalyse über INES-Online (Online-Tool der Befragungssysteme) mit den Lehrkräften an Grund- und weiterführenden Schulen durch. Wir stellen Fragen zum Einsatz von Materialien oder der Nachbestellung von defektem oder zusätzlich benötigtem Material. Dies ist wichtig für unsere Kalkulation und Planung des Nachbestellungs-Budgets, der Materiallieferung oder für die Weiterführung gut laufender Projekte. Wir nutzen die Ergebnisse der Evaluation auch, um neue Programme zu planen und zu installieren, oder um Fortbildungsbedarfe bei Unsicherheiten mit Projektmodulen zu belegen. Durch diese Analyse ist uns auch bewusst geworden, dass wir die Zusammenarbeit mit den Regionalpaten noch transparenter machen müssen. Mit den Evaluationen schaffen wir handfeste Daten und Fakten für unsere Arbeit. Evaluation bedeutet für uns Qualitätssicherung und Verstetigung.

Förderung und Vernetzung der MINT-Regionen

Seit 2018 gibt es die Förderwettbewerbe MINT-Regionen. Was sind diese MINT-Regionen? Wer kann sich dafür bewerben?

Die MINT-Regionen sind ein Verbund aus Schule, Wissenschaft, Wirtschaft, Bildung für nachhaltige Entwicklung mit den zuständigen vier fördernden Ministerien dahinter. Antragsteller können alle juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts sein wie z.B. Kommunen, Hochschulen aber auch Vereine oder GmbHs.

Vor fünf Jahren haben wir mit unseren verfügbaren Mitteln zwei Mint-Regionen gefördert. Da hatten wir etwa fünf bis sechs Bewerbungen pro Jahr. Mittlerweile haben wir etwa 30 interessierte Projektträger jährlich. Diese bewerben sich dieses Jahr für 150.000 Euro Landesmittel pro Jahr. Eine Jury aus den Ministerien für Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Klimaschutz entscheidet, wer der Beste ist.

Wir haben zwei Projektlinien, einmal für kleinere, regionale Projekte für bis zu 6.000 Euro, und einmal für den Auf- und Ausbau von MINT-Regionen mit bis zu 16.500 Euro pro Jahr. Hinzu kommt ein Eigenanteil von zehn bzw. 25 Prozent je nach Projektlinie, den die Projektträger aus Eigenmitteln leisten müssen. Schulen bewerben sich über Ihre Fördervereine meist für die kleinere Projektlinie, da diese keinen Auftrag beinhaltet, eine MINT-Region zu steuern. Die Koordination einer MINT-Region liegt eher im Interesse einer Hochschule (Zuzug von Studierenden) oder einer Kommune bzw. Wirtschaftsförderungsgesellschaft (regionale Fachkräftesicherung).

Wir beraten alle Interessierten in unseren digitalen Beratungswerkstätten, da wir dadurch seitens der Schulen eine gute Anmelderesonanz erzielen.

Eine wichtige Aufgabe ist die Vernetzung der MINT-Regionen. Welche Kooperationspartner stehen Ihnen da zur Seite? Wie organisieren Sie die Vernetzung?

Es ist für uns immer eine Herausforderung, neue Kooperationspartner, wie Unternehmen oder Stiftungen zu finden. Wir werben mit unseren Erfolgen, die sich in unseren Zahlen widerspiegeln. Bisher hatten wir das Glück, dass wir immer genügend finanzielle Mittel



Zur Person

Zwischen 2001 und 2008 absolvierte **Tim Thielen** ein Studium der Diplompädagogik mit den Nebenfächern Psychologie und Soziologie in Trier. Danach war er u.a. wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Bildungswissenschaften. Von 2010 bis 2014 arbeitete er in der Stabsstelle Kommunales Bildungsmanagement der Stadtverwaltung Trier als Projektkoordinator „Aufbau MINT-Region Trier“. In der Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement in Trier war er zwei Jahre stellvertretender Leiter und kommunaler Berater. Seit 2018 leitet er die MINT-Geschäftsstelle Rheinland-Pfalz.

zur Verfügung hatten. Die MINT-Landkarte (<https://mint.rlp.de/de/angebote/mediathek/mint-datenbank-mint-landkarte/>), die wir als Werbemöglichkeit einsetzen, gibt einen guten Überblick über die MINT-Aktivitäten in RLP.

In wirtschaftlich starken Regionen profitieren wir von unseren Kooperationspartnern, wie der Wissensfabrik in Ludwigshafen, die für den südlichen Teil in Rheinland-Pfalz über die BASF die Schulförderungen ermöglicht. Ebenso engagieren sich z.B. die IHK Rheinhessen, die IHK Trier und Boehringer Ingelheim als sogenannte MINT-HUB-Partner. In anderen Kreisen haben wir ein begrenztes Budget aufgrund einer geringeren Anzahl an Partnern.

Wir organisieren die Vernetzung, indem wir Investoren wie Stiftungen informieren, wo sie wie fördern können. Dann kanalisieren wir das vernetzte Arbeiten für die MINT-Bildung mit den Kooperationspartnern. Auch die Regionalpaten haben eine wichtige Funktion als dauerhafte Ansprechpersonen für die Schulen. Für uns stellen sie einen Baustein der Qualitätssicherung dar, denn durch sie werden die Schulen bezüglich einer Umsetzung der MINT-Strategie nicht alleine gelassen.

Wir sind auch eine Art Transmissionsring, der deutschlandweit angesprochen werden kann. Wir gestalten die Wege der Administration zu den Schulen und in die Regionen spezifisch, schnell und bedarfsorientiert. Ein Beispiel dafür ist das Start-Up Calliope GmbH aus Berlin, das die Calliope Mini Mikrocontroller entwickelt hat und sich direkt an unsere Geschäftsstelle wandte. Da wir die Bedarfe in den Schulen und Landkreisen kennen, ist das ein klarer Vorteil zu anderen Bundesländern ohne eine regionale MINT-Strategie.

Ziel: MINT-Region und Schülerforschungszentrum in jedem Landkreis

Dass die MINT-Kooperation nun um vier Jahre verlängert wurde, zeigt, wie wichtig MINT für Rheinland-Pfalz ist. Was planen Sie für die nächsten vier Jahre?

Die digitale Transformation der Gesellschaft, die technologische und wirtschaftliche Weiterentwicklung unseres Landes sind große Herausforderungen. Wir benötigen MINT-Fachkräfte in vielen technischen und wirtschaftlichen Disziplinen. Mit insgesamt 250

MINT-Tag Rheinland-Pfalz 2023

Lehrkräfte aller weiterführenden Schularten waren am 29. September 2023 in die LOK-Halle in Mainz eingeladen. Die fast 150 Lehrkräfte, die dieser Einladung gefolgt waren, konnten an praxisorientierten Infoforen teilnehmen und eine MINT-Ausstellung besuchen. In der Ausstellung wurden Unterrichtsmaterialien präsentiert und außerschulische Lernorte wie das Technoseum Mannheim vorgestellt. Man konnte sich über Wettbewerbe wie die WRO World Robot Olympiad informieren oder über Fördermöglichkeiten wie City4Future und IT2School. Im Vorfeld konnten die Teilneh-



menden sich von fünf angebotenen Infoforen zwei auswählen. Diese gaben entweder Einblick in die Finanzierung von MINT-Praxisbeispielen, informierten über das MINT-Zertifikat RLP SEK I, demonstrierten Highlights der experimentellen Schulchemie oder erstellten Erklärvideos am Tablet.

NWU / Quelle Bild: www.schulewirtschaft-rp.de/lehrerfortbildung/mint-tag-rheinland-pfalz-2023-fuer-lehrkraefte-weiterfuehrender-schulen-rlp/

geförderten MINT-Schulen und acht MINT-Regionen haben wir in den letzten fünf Jahren schon einiges erreicht, aber wir hätten natürlich gerne in jedem Landkreis eine MINT-Region oder ein Schülerforschungszentrum.

Als MINT-Geschäftsstelle kooperieren wir nun auch mit dem Klimaschutzministerium sowie dem Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium, um diese regionale Förderung zu ermöglichen. Das bedeutet, dass nun auch Themen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in unseren Programmen gefordert sind, die unsere Kooperationspartner in ihre Programme einbinden, zum Beispiel in Form außerschulischer Lernorte wie das Biosphärenreservat Pfälzerwald.

Was wünschen Sie sich von den Schulen?

„Nutzen Sie die Möglichkeiten!“ Viele Schulen und Lehrkräfte kennen die außerschulischen Möglichkeiten von MINT-Bildungsorten noch nicht in deren Gesamtheit. Steigen Sie ein in die regionalen Netzwerke und Projekte, die wir aufgebaut haben und die auf unserer Website (MINT-Landkarte) dargestellt sind. Bei Fragen können Sie sich direkt an die Geschäftsstelle wenden. Sie erhalten die für Sie relevanten Kontakte und richtigen Ansprechpartner um einzusteigen oder werden beraten, wie Sie an Fördermöglichkeiten für MINT-Projekte in Ihrer Region kommen.

Lisa Deck
lisa.deck@vrb-rlp.de



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Fotos: Nicole Weiß-Urbach

Qualifikationen indischer Mittelschülerinnen und -schüler

Deutschland wirbt um indische Fachkräfte. Wie steht es um deren schulische Qualifikation?



Erwin Steilen besuchte die St. Mary'S Eng. School Pulpally / Kerala. Sie liegt im Bezirk Wayanad des südindischen Bundesstaates Kerala. Der Gast wurde durch Schulleitung und Schüler beim Morgenappell auf dem Schulhof freundlich begrüßt.

Deutschland, ein Einwanderungsland

„Wir müssen uns um junge Leute kümmern, die für eine Ausbildung aus dem Ausland zu uns kommen wollen, nicht nur von anderen Kontinenten, ...“, sagt Peter Hähner, Präsident der IHK Rheinhessen, zum Thema fehlender Bewerberinnen und -bewerber bei zahlreichen offenen Ausbildungsplätzen der Region. „Die Ausbildungsplätze sind da, was fehlt sind die Bewerber“, ergänzt Günter Jertz, Hauptgeschäftsführer der IHK Rheinhessen. (AZ, Mainz, 16.5.2023)

Indien hat im Vergleich zu seiner enormen Einwohnerzahl und der hohen Anzahl jugendlicher Schulabsolventen kein ausreichendes Angebot an Jobs. Jugendarbeitslosigkeit ist ein Problem in der indischen Gesellschaft. In indischen Schulen, in privaten Sprachkursen und unter Ausnutzung zahlreicher Internetangebote bereiten sich junge Inder auf einen Berufseinsatz im Ausland vor. Zielland ist dabei neben Großbritannien verstärkt auch Deutschland. Unsere Schulabgänger werden in den kommenden Jahren verstärkt im Wettbewerb um Jobs und Studienplätze mit diesen Jugendlichen stehen.

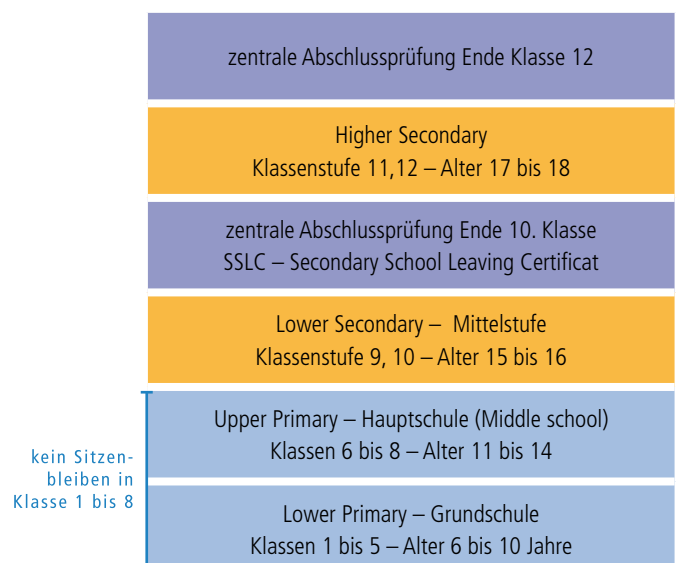
Indien, ein faszinierender Subkontinent

Indien, das bevölkerungsstärkste Land weltweit, ist mit seinen 1,48 Mrd. Einwohnern ein faszinierender Subkontinent, der eine heterogene Struktur aufweist, die sich in einer rasenden Entwicklung befindet. Wie interessant Indien für uns ist, zeigen auch die intensiven Bemühungen unserer Politiker, die in Besuchen vor Ort

um verstärkte Zusammenarbeit und gemeinsame Projekte werben. Aus diesem Blickwinkel heraus betrachtet ist es sinnvoll, das indische Bildungssystem, Grundlage für die Berufsqualifizierung, zu betrachten.

Das indische Schulwesen

Das indische Schulwesen ist ein „10 + 2“-System. Es ist ein aus vier großen Blöcken bestehendes Gesamtschulsystem. Seit 2012 gibt es ein Recht der Schüler auf eine kostenfreie schulische Bildung im Alter von sechs bis 14 Jahren.





Klassenzimmer der St. Mary'S Eng. School. Es handelt sich eine Privatschule in kirchlicher Trägerschaft mit einem ausgezeichneten Ruf.



Erwin Steilen (re.) hatte Gelegenheit, Unterricht – hier: Bau eines Robotik-Greifarms mit einfachen Mitteln – zu besuchen. Er konnte sich darüber hinaus auch in einer eigenen Mathematik-Unterrichtsstunde zum Thema „indische vedische Multiplikation zweistelliger Zahlen“ von dem Interesse der Schüler an Fragen der Mathematik überzeugen.

Prüfung am Ende der Klassenstufe 10

Am Ende der 10. Klassenstufe steht eine Prüfung (schulintern und extern), deren Ziel der Erwerb des Secondary School Certificate (SSC) ist. Die Prüfungen finden jeweils Ende des Schuljahres im März statt. Die Leistungen in den Fachbereichen Art Education, Work Experience und Physical and Health Education werden dabei

schulintern in einem 5-stufigen Notensystem (A, B, ..., E) bewertet. Dabei werden mündliche, praktische und schriftliche Leistungen bewertet. Diesen Teil der Prüfung hat man bestanden, wenn man in jedem der genannten Bereiche mindestens 33 Prozent der maximal erreichbaren Punktzahl (Bewertung A bis D) erreicht hat. Unter bestimmten Voraussetzungen gibt es die Möglichkeit einer Nachprüfung im Juli/August.

Über landesweite, zentrale externe Prüfungen an jeweils einem Tag am Ende des Schuljahres im März werden die Schüler/-innen in fünf Pflichtfächern schriftlich geprüft. Aufgabenstellung, Auswertung und Benotung erfolgt durch das Central Board of Secondary Education (CBSE). Die Schüler erhalten sogenannte „Questionpapers“ mit schriftlichen Aufgaben auf die 100 maximal erreichbare Punkte – je nach Schwierigkeitsgrad der Aufgaben – verteilt sind. Die Bearbeitungszeit beträgt drei Stunden.

Pflichtfächer für die externe Prüfung

Sprache 1: Englisch

Sprache 2: Malayalam

Mathematik

Naturwissenschaft

Social Science

Diese Fächer werden über eine zentrale externe Prüfung in einem 9-stufigen System (A1, A2, B1, ..., E) benotet.

Es gibt eine sorgfältige Vorbereitung auf die Tests. In den Schulen und in einer Vielzahl von Hilfsangeboten und Beispiel-Fragebögen im Internet finden die Schülerinnen und Schüler reichlich Übungsmöglichkeiten.

Beispiel einer privaten Mittelschule in Kerala

Während meines Aufenthaltes in Indien konnte ich 2018 unter anderem die St. Mary'S Eng. School Pulpally/Kerala, besuchen. Die Privatschule in kirchlicher Trägerschaft liegt im Bezirk Wayanad des südindischen Bundesstaates Kerala und hat einen ausgezeichneten Ruf. Nach einem für mich sehr freundlichen Begrüßungs-Morgensappell durch Schulleitung und Schüler auf dem Schulhof, konnte ich mich in einer eigenen Mathematik-Unterrichtsstunde zum Thema „indische vedische Multiplikation zweistelliger Zahlen“ von dem Interesse der Schüler einer 10. Klasse an Fragen der Mathematik überzeugen. Es war eine für beide Teile (deutscher Lehrer/ indischer Schüler) reizvolle Erfahrung der punktuellen Einsicht in den Reichtum traditioneller indischer Mathematik.

Die Ergebnisse beim diesjährigen landesweiten Abschlussexamen sind beeindruckend.

Fach / Pkt.	< 50	50–70	71–90	91–100
Englisch	-	7	27	13
Mathematik	1	31	12	3
Science	2	19	12	14
Social Science	-	1	18	28

Alle 47 Schülerinnen und Schüler haben den Abschlusstest am Ende der 10. Klassenstufe bestanden. Dies ist nur das Ergebnis einer einzelnen Schule mit keinem Anspruch auf Verallgemeinerung. Mir liegen keine Ergebnisse anderer Schulen vor, insbesondere von staatlichen Schulen. Die St. Mary School gehört zu den besten Privatschulen des Bundeslandes Kerala.

Einige Sachverhalte sind mir besonders aufgefallen:

1. Der reibungslose, komplett online durchgeführte Prozess der externen Leistungsbewertung der Prüfung in den Pflichtfächern durch das CBSE. Immerhin haben in diesem Schuljahr mehr als zwei Millionen junge Inder/Inderinnen an der Prüfung teilgenommen. Alle erhielten – soweit mir bekannt – unter Wahrung datenschutzrechtlicher Bedingungen die Möglichkeit, ihr Ergebnis auf dem CBSE-Portal abzuholen. Gleiches gilt für die Schulergebnisse.
2. Bildung, insbesondere gute Schulbildung, hat einen sehr großen Stellenwert in der indischen Gesellschaft. Dabei spielen Bereiche wie Mathematik, Naturwissenschaft, Sozialkunde/Geschichte und Sprachen eine herausragende Rolle.
3. Während in Deutschland Wettbewerb und Leistungsgedanke in der Schule in manchen Bereichen mit Skepsis gesehen, oder sogar abgebaut werden (Beispiel: Änderung der Bundesjugendspiele hin zum „Spielfest“ ohne Leistungscharakter), ist in Indien ein ausgeprägter Wettbewerb um die besten Studienplätze und Berufsaussichten überall zu beobachten.
4. Die Leistungsanforderungen der vom CBSE entwickelten Questionpapers sind sehr hoch. Es wird ein sicheres Wissen grundlegender Kenntnisse in allen Bereichen erwartet. Bezieht man dabei noch die Bearbeitungszeit von drei Stunden mit ein, so ist dies ein besonderer Anspruch. Einen ersten Eindruck vermitteln die folgenden Beispiele.

Einen realistischen Eindruck von den Anforderungen erhält man jedoch nur, wenn man z. B. den vollständigen Fragebogen anschaut und selbst versucht, alle Aufgaben in der vorgegebenen Zeit zu bearbeiten: https://cbseacademic.nic.in/SQP_CLASSX_2022-23.html

Beispielaufgaben aus Sample Question Paper (QP)

Aus QP/Mathematik:

Ein Zug fährt eine Strecke mit konstanter Geschwindigkeit. Wäre der Zug mit einer um 6 km/h schnelleren Geschwindigkeit gefahren, wäre er 4 Stunden früher am Ziel gewesen. Wäre er mit einer um 6 km/h geringeren Geschwindigkeit gefahren, dann wäre er 6 Stunden später als normal angekommen. Wie lang ist die Strecke, die der Zug fährt?

Aus QP/Naturwissenschaften:

Ein Kupferdraht wird zwischen die Pole eines Magneten gehalten. Die Stromrichtung im Draht kann umgedreht werden und die Pole des Magneten können vertauscht werden. In wie viele der vier angezeigten Richtungen kann eine Kraft auf den Draht wirken?

Aus QP/Social Science:

- Nenne zwei Gründe, die für die Weltwirtschaftskrise 1929 in Amerika verantwortlich waren.
- Auf welche Weise kann die Regierung die Beschäftigungssituation auf dem Land verbessern?

Aus QP/English/Grammar:

Fill in the blank by choosing the correct option to complete an online update.

The climate control comment by an activist _____ on social media yesterday.

- A. blow up B. blew up C. is blown D. will be blown

Autor Erwin Steilen



Erwin Steilen hat nach dem Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz an verschiedenen rheinland-pfälzischen Realschulen die Fächer Mathematik und Physik unterrichtet. Er war Vorsitzender der fachdidaktischen Kommission „Informationstechnologie S1“ und Mitglied des Hauptpersonalrates. Von 2002 bis 2012 leitete er die Anne-Frank-Realschule in Mainz. Für den Verband war er Bezirksvorsitzender im Bezirk Neustadt sowie Referent für den Wahlpflichtfachbereich.

Bis heute engagiert sich Erwin Steilen für bessere Arbeitsbedingungen in der Schule und die Qualität von Unterricht.

Ein Riese, der gerade erwacht

Nachdem Indien (kein OECD-Mitglied) im Jahre 2009 mit dem im Süden gelegenen Bundesstaat Tamil Nadu erstmals an PISA teilgenommen hatte, war der Schock groß, als die Ergebnisse bekannt wurden. Indien belegte Platz 73 unter 74 teilnehmenden Nationen. Das Bildungsministerium beschloss im gleichen Jahr die Einführung einer allgemeinen Schulpflicht für 6- bis 14-jährige Schüler und Schülerinnen sowie eine nächste PISA-Teilnahme für das Jahr 2019, die wegen der Covid-Pandemie später verschoben wurde. Auch 2022 nahm Indien nicht an PISA teil. Der noch im Jahre 1981 vorhandene niedrige Alphabetisierungsgrad in Kerala (78 %) konnte bis zum Jahr 2011 auf immerhin 94 Prozent verbessert werden. Gleichzeitig zeigen die aktuellen Bilder und TV-Nachrichten ein völlig anderes Bild Indiens. Hochtechnologie-Erfolge im IT-Sektor, „Chandrayaan-3“-Mondlandung, gelungener Start des Sonnenerforschungssatellits „Aditya-L1“ und ein wirtschaftlich erstarrendes Land kennzeichnen eine zunehmend selbstbewusste und leistungsstarke Gesellschaft. Wie passt das zusammen?

Einer der Gründe für diese Entwicklung ist sicher der wachsende Anteil einer Mittelschicht, besonders in den Städten, der großen Wert auf die Qualität der Bildungsangebote – vom Kindergarten bis zur Hochschule – legt. Privatschulen, von denen es auch im ländlichen Raum Angebote gibt, genießen einen weitaus besseren Ruf als staatliche Bildungseinrichtungen, in denen oft Lehrerstunden ausfallen. Eltern mit geringem Einkommen sparen eisern, um sich den Schulbesuch ihres Kindes in einer Privatschule leisten zu können. Bildung hat einen sehr großen Stellenwert in der indischen Gesellschaft.

Bei meiner Reise nach Indien konnte ich im Schulalltag den Leistungswillen der Schülerinnen und Schüler, ihre Disziplin im Verhalten und die Wertschätzung ihrer Lehrer beobachten. Bezogen auf meine Erfahrungen an der St. Marys School und unter Bezugnah-

me auf die eingangs gestellte Frage nach der schulischen Qualifikation indischer Mittelschüler kann ich für diese Schule und diese Jugendlichen nur feststellen, dass sie gut vorbereitet sind – sowohl auf den Übergang in die Oberstufe der Highschool, wie auch für den Übergang ins Berufsleben. Mir ist dabei bewusst, dass es gro-

ße Unterschiede zwischen staatl. Schulen und Privatschulen, zwischen Nord- und Süd-Indien und zwischen ländlichen und städtischen Angeboten gibt. Aber es gibt eben auch Schulen, wie die von mir besuchte St. Mary School.

► GEWUSST WIE IN 60 MINUTEN

Was ist bei der Gewährung des Nachteilsausgleichs zu beachten?



Die vom VRB-Bezirksverband Trier ins Leben gerufene Veranstaltung „Gewusst wie in 60 Minuten“ hat sich als Format für Kolleginnen und Kollegen aus ganz Rheinland-Pfalz bewährt. Am 4. Oktober 2023 wurde das Trierer Referententeam von „Gewusst wie in 60 Minuten“ erstmals bezirksübergreifend erweitert.

Der stellv. VRB-Landesvorsitzende und Vorsitzende des Hauptpersonalrats Realschulen plus Michael Eich referierte in einem halbstündigen Impulsreferat zum Thema „Nachteilsausgleich“ und stand im Anschluss den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dreißig Minuten Rede und Antwort. Michael Eich erläuterte zunächst die rechtlichen Grundlagen, sensibilisierte für die Bedeutung der Einhaltung der Grundsätze der Leistungsbeurteilung und stellte Praxishilfen zur Dokumentation des Nachteilsausgleichs zur Verfügung.

Grundsätzlich gilt: Die Maßnahmen des Nachteilsausgleichs sollen negative Auswirkungen einer Behinderung, einer Lernstörung (WHO) oder einer Lernschwäche (z. B. Lese-Rechtschreibschwäche) auf schulische Teilhabe kompensieren, damit die Schülerinnen und Schüler gleichberechtigt im Unterricht mitarbeiten und ihre Leistungsfähigkeit zeigen können. Dabei kommen der pädagogischen Diagnostik und der individuellen Förderplanung zentrale Bedeutung zu. Der Nachteilsausgleich verändert nicht das fachliche Anforderungsniveau und wird

daher nicht im Zeugnis vermerkt. Es gelten die allgemeinen Grundsätze der Leistungsbeurteilung. Ein Nachteilsausgleich ist – falls erforderlich – in allen Schulstufen, in allen Fächern und bei allen Prüfungen zu gewähren. Der Nachteilsausgleich ist damit ein Thema für Lehrkräfte aller Schularten.

Der Zuspruch aus den Bezirken Koblenz und Neustadt bestärkt uns darin, das Trierer Format „Gewusst wie in 60 Minuten“ weiterhin landesweit anzubieten.

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de 

Quelle:
<https://inklusion.bildung-rp.de/informationen-fuer-schulen/nachteilsausgleich.html>



GESUCHT

Ausbildungsmessen oder Berufsinformationsbörsen sind eine Chance, junge Menschen für Ausbildungsberufe zu gewinnen

In einem ersten Beitrag berichten wir exemplarisch über eine **Ausbildungsmesse** an der von Carlowitz Realschule plus in Weisenheim am Berg. Dabei steht die Frage, was sich Ausbilderinnen und Ausbilder von ihren Azubis erwarten, im Mittelpunkt. Die Konrad-Adenauer-Realschule plus in Landau hat der

Berufsorientierung in den 9. und 10. Klassen eine ganze Woche dem Thema „Zukunft planen“ gewidmet. Der regelmäßig stattfindenden Ausbildungsbörse war in diesem Jahr das **„Mutmacher“-Seminar** „Mein mutiger Weg“ vorgeschaltet. Darüber berichten wir in einem zweiten Beitrag. ►



1



2



3

Was wünschen sich Ausbilderinnen und Ausbilder von ihren Azubis? Von Carlowitz RS plus Weisenheim organisiert Ausbildungsmesse

Nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz gab es im Wintersemester 2022/23 in Deutschland 21.438 unterschiedliche Studiengänge, differenziert in Bachelor- und Masterstudiengänge. Diesen standen für das Ausbildungsjahr 2022 laut Bundesinstitut für Berufsbildung 324 anerkannte duale Ausbildungsberufe gegenüber, davon mehr als 130 im Handwerk. Mit jedem Ausbildungsjahr kommen neue Berufe hinzu, und „alte Berufe“ werden modifiziert im Hinblick auf gewachsene Anforderungen oder generelle Veränderungen in der Arbeitswelt.

Handwerk bietet Chancen

„Was fehlt sind Bewerberinnen und Bewerber, der Bedarf war noch nie so groß“, so der Zentralverband des Deutschen Handwerks zum Start des Ausbildungsjahres.

Rüdiger Maas, vom Institut für Generationenforschung in Augsburg, erklärte in einem Interview mit Maria Leidinger vom ZDF die Situation so: „Viele junge Menschen besuchen ein Gymnasium und werden dort auf ein Studium und weniger auf einen Ausbildungsberuf vorbereitet oder dafür sensibilisiert, zudem habe das Handwerk seit Jahren ein Imageproblem. Es ist noch nicht

angekommen, welche Chancen und Möglichkeiten auch ein Handwerksberuf bietet. Die Erwartungshaltung der Generation Z ist eine andere, als noch die der Generation ihrer Eltern. Sie möchten eine ausgeglichene Work-Life-Balance, einen sicheren Arbeitsplatz und ein Einkommen, das ihnen die Erfüllung ihrer Träume ermöglicht, aber auch das Gefühl der Wertschätzung und Motivation durch Verantwortung, sowie berufliche Perspektiven gibt.“

Kooperation von Ausbildungsbetrieben und Schule

Ausbildungsmessen – ob schulintern oder

regional organisiert – sind eine Möglichkeit junge Menschen für Ausbildungsberufe, gerade in ihrer Region zu begeistern. Die von Carlowitz Realschule plus in Weisenheim am Berg organisiert seit einigen Jahren in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft Südliche Weinstraße dieses Angebot für ihre Schülerinnen und Schüler. Dabei ist für die Kinder in Klassenstufe 7 das Kennenlernen von Berufen wichtig, für Jugendliche der höheren Jahrgänge, die kurz vor dem möglichen Beginn einer Ausbildung stehen, das Knüpfen und Vertiefen von Kontakten. Durch diese Form der Kooperation von Ausbildungsbetrieben und Schule konnten rückblickend schon viele Ausbildungsverträge geschlossen werden.

Im Mai 2023 haben wir diese Ausbildungsmesse an der Schule besucht und die teilnehmenden Betriebe gefragt, welche Erwartungen sie an ihre Auszubildenden haben.

„Unsere Erwartungen an unsere Auszubildenden“

1 Lintz & Wolf Holzbau GmbH, Bad Dürkheim

Ausbildungsberuf: Zimmerer/in

Sebastian Wolf: „Neben den notwendigen berufsbezogenen Eigenschaften, wie räumliches Vorstellungsvermögen, technisches Verständnis und handwerkliches Geschick, sollte auch eine Liebe zum Baustoff Holz vorhanden sei. Das Interesse im Handwerk zu arbeiten und Spaß an den Aufgaben und Herausforderungen zu haben, sind ganz wichtige Aspekte, denn - so meine eigene Erfahrung - wenn das Arbeiten Spaß macht, kommt es zu den größten Lerneffekten und damit zu stimmigen Ergebnissen, die dann erneut Ansporn sind.“

2 KilianDruck Grünstadt, Dinges GmbH, Grünstadt

Ausbildungsberufe: Industriekaufleute (m,w,d), Maschinen- und Anlagenführer (m,w,d), Medientechnologie Druck (m,w,d), Medientechnologie Druckweiterverarbeitung (m,w,d)

Lias Bauer und Sela Diljaj: „Unser Traumazubi sollte engagiert und motiviert sein und sich gut in unser bestehendes Team – wir sind ein Familienunternehmen – integrieren können. Unsere Intention ist es auszubilden, um langfristig neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bekommen. Daher haben Spaß an der Arbeit in unserem Betrieb und die Fähigkeit, selbständig arbeiten zu können, für uns eine

hohe Priorität. Noten sind wichtig, jedoch nicht ausschlaggebend, aber es sollte gewährleistet sein, dass die Anforderungen des Berufsschulunterrichts bewältigt werden können. Ob wir ein Ausbildungsangebot machen, hängt primär von einem mehrtägigen Schnupperpraktikum ab.“

3 Elektro B. Eimer, Bad Dürkheim

Ausbildungsberuf: Elektroniker/in für Energie- und Gebäudetechnik

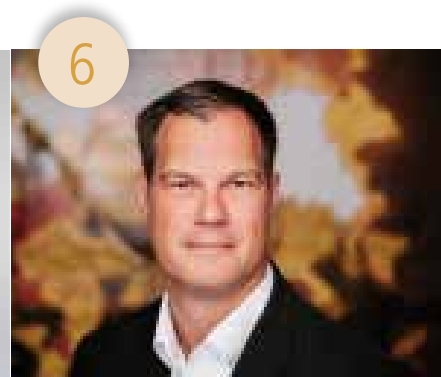
Florian Scholl: „Offene, kommunikative, interessierte junge Menschen, die motiviert sind in diesem Beruf zu arbeiten. Die schulischen Leistungen spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle. Wenn



4



5



6



7

unser Azubi davon überzeugt ist, dass er das bei uns tut, was er tun möchte, dann bringen wir ihm den Rest bei.“

4 Walther, die Dachdeckerei, Bad Dürkheim

Ausbildungsberufe: Dachdecker/in, Spengler/in

Heike Walther: „Spaß am Handwerk und Lust draußen zu arbeiten – bei jedem Wetter wäre gut, da wir zu allen Jahreszeiten draußen sind! Die Noten sind primär weniger von Bedeutung, aber ein mathematisches Verständnis ist schon sehr wichtig.“

5 Azurit Seniorenzentrum, Grünstadt

Ausbildungsberuf: Pflegefachfrau/mann

Katja Halbgewachs und Daniela Außner: „Unsere Auszubildenden sollten hilfsbereit und empathisch sein und „mit alten Menschen können“. Selbstverständlich ist für eine zuverlässige Dokumentation des Pflegealltags auch die Beherrschung von Deutsch in Wort und Schrift unerlässlich. Grundsätzlich: Wer den Berufe ausüben möchte, muss Interesse an den Menschen haben.“

6 VR Bank Mittelhaardt, Bad Dürkheim

Ausbildungsberuf: Bankkauffrau/mann

Mark Sammet: „Offenheit, auf Menschen zugehen zu können, aber auch Flexibilität sind notwendig. Ein freundliches Auftreten sollte zudem selbstverständlich sein. Die Noten sind nicht mehr allein entscheidend, aber eine drei in Deutsch sollte es schon sein.“

Durch Praktika – im Vorfeld der Ausbildung - können wir einen ersten Eindruck bekommen, ob die jungen Menschen zu uns passen und wir zu ihnen. Alle, die im vergangenen Jahr dieses Praktikum gemacht haben, sind heute unsere Azubis.“

7 Dinges Logistik, Grünstadt

Ausbildungsberufe: KFZ-Mechatroniker/in, Berufskraftfahrer/in, Kaufmann/frau für Spedition- und Logistikdienstleistungen, Kaufmann/frau für Büromanagement

Dinges ist ein Tanktransportunternehmen, das europaweit Flüssiggüter transportiert, teilweise auch Gefahrgut. Daniel Hirsinger: „Gerade im Bereich



8

Disposition ist von uns bei den Bewerberinnen und Bewerbern organisatorisches Verständnis erwünscht. Grundkenntnisse der englischen Sprache, auch im Hinblick auf die Kommunikation mit unseren Fahrern sind zudem erforderlich, denn im Unternehmen arbeiten Menschen mit neun verschiedenen Nationalitäten.

Der Sekundarabschluss I wird in den kaufmännischen Berufen vorausgesetzt. Mit dem Berufsreifeabschluss lohnt sich unbedingt eine Bewerbung für den KFZ-Mechatroniker und den Berufskraftfahrer.“

8 Raiffeisenwarenzentrale RheinMain eG, Grünstadt

Ausbildungsberuf: Landmaschinenmechatroniker/in

Michael Webler: „Über Azubis, die Spaß haben an der Arbeit, motiviert und handwerklich geschickt sind, freuen wir uns, gute Noten sind sekundär. Flexibilität und Belastbarkeit sind wichtig, da es gerade in der Saison nicht immer ein ‚nine to five Job‘ ist. Auch Mädchen sind als Auszubildende sehr willkommen.“

9 Neumer Metallbau, Bad Dürkheim

Ausbildungsberuf: Metallbauer/in mit Fachrichtung Präzisionstechnik

Franz Neumer und Patrick Knayer: „Der Azubi sollte zuverlässig, offen und freundlich sein, wichtig wäre auch Freude am Handwerk. Wenn das alles erfüllt ist, dann ist das Wichtigste gegeben. Wir möchten auch das familiäre Umfeld der jungen Menschen kennenlernen, um auf allen Seiten bei „Durchhängern“ unterstützen zu können.“

Ein Hinweis auf Perspektiven im Beruf des Metallbauers ist noch notwendig (z.B. Schweißtechniker, Meister, aber auch diverse Studiengänge), denn diese sollen für unseren Nachwuchs auch Ansporn sein, genau diesen Beruf erlernen zu wollen.“

10 ASS Grünstadt Medizintechnikbranche, Laboranalysegeräte – Aufarbeitung und Wartung

Ausbildungsberufe: Mechatroniker/in, Fachinformatiker/in, Industriemechaniker/in, IT-Systemelektroniker/in, Informationselektroniker/in, Fachkraft für Lagerlogistik



9

Daniel Schenk, hier im Gespräch mit Susanne Decker, Lehrerin an der v. Carlowitz Realschule plus und Mitinitiatorin der Ausbildungsmesse: „In unseren Berufen spielen Mathematik und Physik auf Grund der technischen Ausrichtung eine große Rolle. Auch wenn das Zeugnis nur ein Kriterium für eine Einstellung ist, so achten wir dennoch auf die Noten in Mitarbeit und Verhalten. Die Eindrücke im Vorstellungsgespräch und im Praktikum, das jeder potenzielle Auszubildende absolviert, sind entscheidend, denn so können wir uns gegenseitig besser kennenlernen.“

11 Gartenhotel Heusser, Bad Dürkheim

Ausbildungsberufe: Fachkraft für Küche, Fachkraft für Gastronomie – leichterer Einstieg mit der Möglichkeit den höherqualifizierten Abschluss anzuschließen, Fachmann/frau für Restaurant und Veranstaltungsmanagement, Koch/Köchin

Frank Berwing und Anna Schweitzer: „Begeisterungsfähigkeit, Teamfähigkeit, mit Menschen zusammenzuarbeiten und gerne mit dem Gast zu tun haben.“

12 Brill Service Systeme

Ausbildungsberuf: Automatenfachtechniker

Christian Brill und Phillip Möcke: „Guter Kundenkontakt und für Kaffeegenuss begeistern können, so könnte unser Auswahlkonzept beschrieben werden. Für uns sind selbständiges Arbeiten, das Interesse an einem technischen Beruf, aber auch auf Menschen zugehen zu können die wesentlichen Kriterien, die zu einem Ausbildungsplatzangebot führen können. Zeugnisnoten sind dabei eher zweitrangig, das „Ja“ zueinander läuft eher über das „Beschnuppern“ im Praktikum.“

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Fotos: Monika Antoni



10



11



12

Neue Wege der Berufsorientierung: MUTMACHER meets KARS in Landau



Fragestellungen, denen die Schülerinnen und Schüler nachgingen, waren u.a.: „Welche persönlichen Potenziale habe ich?“ und „Wie finde ich den Mut, dieses Potenzial auf die Straße zu bringen?“



Gleich in der ersten Schulwoche des neuen Schuljahres verwandelte die Konrad-Adenauer-Realschule plus in Landau ihre Turnhalle in einen großen Berufsorientierungsworkshop.

Alle Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen nahmen im Rahmen des Projekts „Zukunft planen“ zunächst an einem „Mutmacher“-Seminar teil. Träger ist ein Start-Up für moderne Berufsorientierung unter dem Namen „MEIN MUTIGER WEG“. Das Start-Up schreibt über sich: „Bei MEIN MUTIGER WEG treffen mutige Ideen auf die persönlichen Erfahrungen von mehr als 10 jungen Menschen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, zu den ‚Mutmachern‘ der neuen Generation zu werden.“

Mit motivierenden Vorträgen und kreativen Übungen gelang es den beiden Coa-

„Mutmacher“ beim Berufsorientierungsseminar der KARSplus Landau. „Was kommt nach der Schule für mich?“

ches Alwin Pianka und Patrick Piel, den Jugendlichen die wegweisenden Fragen „Was kommt nach der Schule für mich?“, „Welche persönlichen Potenziale habe ich?“ und „Wie finde ich den Mut, dieses Potenzial auf die Straße zu bringen?“ näherzubringen.

Immer auf Augenhöhe und mit viel Engagement stimmten die beiden MUTMACHER die Jugendlichen zwei Tage lang auf die sich am dritten Tag anschließende Berufsinformationsbörse der KARS ein. Sie fand abends statt, um den Eltern zu ermöglichen, gemeinsam mit ihren Kindern

darin teilzunehmen. Mehr als vierzig Firmen, Institutionen und Schulen waren in der Schule zu Gast. Durch das persönliche Kennenlernen konnten Praktikumsplätze vermittelt, Ausbildungsverträge angebahnt und Möglichkeiten zum Dualen Studium eröffnet werden.

Text und Fotos: Silvia Seebach
s.seebach@kars-landau.de



Silke Müller: Wir verlieren unsere Kinder

Der von Silke Müller gewählte Buchtitel ist bewusst provozierend formuliert, denn sie will aufrütteln. Wir werden in ihrem Buch mit einer Wirklichkeit unserer Kinder konfrontiert, die wir bisher nicht gesehen haben oder vielleicht auch nicht sehen wollten. Müller geht es weder um ein „Schüren von Ängsten, noch um Kritik an Digitalisierungsprozessen“. Ihr Buch soll vielmehr als ein Weckruf und auch als ein Hilferuf verstanden werden.

Die Autorin schickt uns auf eine „Reise in den medialen Alltag von Kindern und Jugendlichen“, die uns fassungslos und entsetzt zurücklässt. In einer Vielzahl an Beispielen aus dem Schulalltag und dem häuslichen Umfeld schildert Müller die Brutalität und Gewalt, die Unmenschlichkeit und den Hass, denen unsere Kinder im Internet ausgesetzt sind. Müller informiert über Internetseiten mit unzähligen, offen zugänglichen und ungefilterten Videos von Morden, Folter oder Vergewaltigungen, die unter Jugendlichen zunehmend geteilt werden. Sie berichtet von Neunjährigen, die Bilder von Kriegsverbrechen, rassistischen Gewalttaten und unvorstellbarer Tierquälerei auf ihrem Handy sehen.

Ihr Buch ist ein Appell an die Erwachsenen, unsere Kinder in der digitalen Welt nicht alleine zu lassen und sich beispielsweise als Eltern oder Lehrkräfte für die Inhalte bei WhatsApp, TikTok etc. zu interessieren. Sie erinnert auch an die so wichtige Vorbildfunktion von Erwachsenen, die häufig unterschätzt wird. Es sei höchste Zeit und Aufgabe jedes einzelnen Erwachsenen, unsere Kinder zu schützen, um sie nicht zu verlieren. Das Buch enthält praktische Ideen und Tipps für den Alltag, die recht einfach umzusetzen sind, und mit denen man Kinder in der digitalen Welt begleiten und beschützen kann.

Für Müller ist der Aufbau von Medienkompetenz unerlässlich. Kinder müssen für die digitale Zukunft mit den notwendigen Fähigkeiten ausgestattet werden, denn sie sind es, die unsere zukünftige Gesellschaft gestalten werden. Es geht ihr aber ebenso um die mangelnde Medienkompetenz vie-

ler Erwachsener, die die Gefahren, denen unsere Kinder im Netz ausgesetzt sind, schlicht nicht erkennen können. Müller nutzt vielfach den Begriff der digitalen Ethik und mahnt eine Rückbesinnung auf Werte wie Empathie und Menschlichkeit an. Der Fokus des Aufbaus von Medienkompetenz müsse auch auf einer ethischen Werteerziehung, auf „Herz, Verstand und moralisches Gewissen im Umgang miteinander“ liegen.

Mein Fazit: Silke Müller hat ein Buch geschrieben, das man nicht weglegen kann und das in schockierendem Maße aufrüttelt. Das Buch ist ein Muss für alle, denen an der Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen liegt. Es ist ein Appell an Eltern, Politik und Gesellschaft!

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Foto: Carolin Windel

Silke Müller ist Schulleiterin in Niedersachsen und seit 2021 die erste Digitalbotschafterin in ihrem Bundesland



Gebundene Ausgabe, 4. Auflage,
erschienen am 2. Mai 2023, 224 Seiten

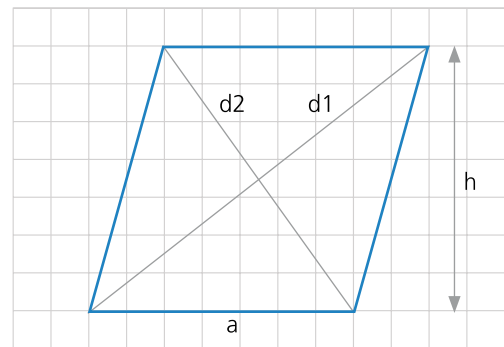
Verlag: Droemer Knaur
ISBN: 978-3-426-27896-3

Kann ChatGPT (noch) keine Mathematik?

Die FAZ (22.07.23) ging in einem umfangreichen Artikel dem Problem nach, „Warum Chat-GPT so schlecht in Mathe ist“. Nachdem die aktuell so hochgelobten Chatbots, die „Copiloten des Netztes“, sogar schwierige Examensarbeiten mit zufriedenstellenden Ergebnissen bewältigt haben sollen, haben wir die Software mit einer überschaubaren Mathematikaufgabe konfrontiert, um ihre Leistungsfähigkeit zu testen. Solche Lösungsversuche mit KI sind mit Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I leicht durchführbar und trainieren auch die Fehlersuche.

Frage an die KI:

Wie groß ist die Höhe einer Raute mit den Diagonalen 32 und 24 cm?



Antwort ChatGPT:

Lösung 1



Um die Höhe einer Raute zu berechnen, können wir die Formel $A = (d1 * d2) / 2$ verwenden, wobei A die Fläche der Raute ist und d1 und d2 die Längen der beiden Diagonalen sind.

Da die Formel die Fläche der Raute berechnet, müssen wir zunächst die Fläche berechnen und dann die Höhe ermitteln.

$$A = (32 \text{ cm} * 24 \text{ cm}) / 2 = 384 \text{ cm}^2$$

Um die Höhe zu berechnen, können wir die Formel $h = (2 * A) / b$ verwenden, wobei h die Höhe ist und b die Basis der Raute ist. Da es sich um eine Raute handelt, sind beide Diagonalen gleich und daher kann jede Diagonale als Basis verwendet werden. *falsch!*

$$h = (2 * 384 \text{ cm}^2) / 32 \text{ cm} = 24 \text{ cm}$$

Die Höhe der Raute beträgt also 24 cm. *falsch!*

Lösung 2 (bei gleicher Frage nach 1 Stunde Abstand)



Um die Höhe h einer Raute zu berechnen, können wir die Formel für den Flächeninhalt der Raute verwenden:

$$A = (d1 * h) / 2 \quad \textit{falsch!}$$

Da wir den Flächeninhalt nicht kennen, müssen wir ihn berechnen. Der Flächeninhalt einer Raute kann auch als das Produkt der beiden Diagonalen durch 2 berechnet werden:

$$A = (d1 * d2) / 2$$

Setzen wir beide Gleichungen gleich:

$$(d1 * h) / 2 = (d1 * d2) / 2$$

Durch Multiplikation mit 2 auf beiden Seiten der Gleichung eliminieren wir den Bruch:

$$d1 * h = d1 * d2$$

Jetzt können wir nach h auflösen:

$$h = d2$$

Da d2 in dieser Gleichung als Höhe definiert ist, beträgt die Höhe h der Raute 24 cm. *falsch!*

Lösung 3 (bei gleicher Frage nach 1 Monat Abstand)



Hallo! Um die Höhe einer Raute zu berechnen, benötigen wir zusätzliche Informationen. Die Diagonalen allein reichen nicht aus, um die genaue Höhe zu bestimmen. Die Höhe einer Raute hängt von der Länge der Diagonalen sowie von anderen Faktoren wie den Winkeln der Raute ab. *falsch!*

Könntest du bitte weitere Informationen zur Verfügung stellen, damit ich dir genauer helfen kann?

Antwort BingChat



Die Höhe h einer Raute mit den Diagonalen $d_1=32$ cm und $d_2=24$ cm kann man mit der Formel $h = 2 * A / d_1$ berechnen, wobei A die Fläche der Raute ist. *falsch!*

Die Fläche der Raute kann man mit der Formel $A = (d_1 * d_2) / 2$ berechnen.

Daher ist die Höhe h
 $= 2 * ((32 \text{ cm} * 24 \text{ cm}) / 2) / 32 \text{ cm} = 24 \text{ cm}$.

Ich hoffe, das hilft Ihnen weiter. *falsch!*

Richtige Lösung

$a^2 = (d_1 / 2)^2 + (d_2 / 2)^2$
$a^2 = 16^2 + 12^2 = 256 + 144 = 400$
$a = \sqrt{400} = 20$
$A = (d_1 * d_2) / 2 = (32 * 24) / 2 = 384$
$A = a * h$
$h = A / a = 384 / 20 = 19,2$

Fazit: Blindes Vertrauen in die KI ist in der Mathematik nicht zielführend. Schon in dem FAZ-Beitrag wurde festgestellt, dass die ChatGBT schon an einfachen Multiplikationsaufgaben scheitert. Während eine von einem Chatbot formulierte Gedicht-Interpretation gut oder weniger gut ausfallen kann, ist die Lösung eines geometrischen Problems eindeutig richtig oder falsch. Damit stellt die Mathematik wohl eine besondere Hürde dar. Dennoch ist damit zu rechnen, dass die Software weiter verbessert wird, so dass die KI bald auch Mathematik können wird.

Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



Demokratie braucht Qualitätsjournalismus

„Die Bedeutung von Qualitätsjournalismus kann gar nicht hoch genug eingestuft werden. Wir leben in einer Zeit vieler, gleichzeitiger und schwerer Krisen. Den Journalisten und Journalistinnen kommt mit ihrer Arbeit eine zentrale Rolle zu, den Menschen überprüfbare Fakten zu liefern, damit sich Bürger und Bürgerinnen auch in unübersichtlichen Lagen ein eigenes Bild verschaffen können. Das ist wichtig für eine starke Demokratie, insbesondere in Zeiten, in denen Desinformation gezielt als politisches Mittel eingesetzt wird.“

Wü / Quelle: Ministerpräsidentin M. Dreyer bei der Eröffnung des Pressefestes der Landesregierung am 18.7.23



KOBLENZ: Die Folgen der Flutkatastrophe sind noch nicht überwunden

NEUSTADT: KulturTour im Historischen Museum Speyer

TRIER: Fachvortrag Absentismus – Warnsignale erkennen und gegensteuern

BEZIRKSVERSAMMLUNG KOBLENZ

Lehrkräfte sind überdurchschnittlich stressbelastet

Vortrag von Dr. Jörg von Irmer zur Lehrkräftegesundheit



Vorsitzender Benjamin Bajraktari informierte die Mitglieder über die Verbandsaktivitäten des Jahres und gab einen Ausblick auf die künftigen Projekte.

Der Bezirk Koblenz hatte zur jährlichen Bezirksversammlung nach Koblenz eingeladen. Dieser Einladung folgten wieder zahlreiche Kolleginnen und Kollegen.

Bezirksarbeit: Rückblick und Ausblick

Zu Beginn stand der Tätigkeitsbericht des Bezirksvorsitzenden Benjamin Bajraktari auf der Tagesordnung. Hier wurden den Teilnehmenden ein Überblick über die Aktionen und Projekte des Koblenzer Bezirks präsentiert. Darüber hinaus gab Benjamin Bajraktari einen Ausblick auf Veranstaltungen und Terminen im nächsten Jahr. Einen Schwerpunkt seines Berichtes widmete er auch aktuellen Themen wie den Lehrkräftemangel oder die Belastungen von Lehrkräften.

Lehrkräftegesundheit – zwischen Stress und Resilienz

Der Bezirksvorstand hatte Dr. Jörg von Irmer, er ist Schulpsychologe und landesweiter Koordinator der Themenbereiche Gesundheitsförderung und sexualisierter Gewalt, zum Thema „Lehrkräftegesundheit zwischen Stress und Resilienz“ eingeladen. Der Vortrag war überaus spannend und führte zu einem regen Austausch zwischen den Teilnehmenden und dem Referenten. Anhand einer Umfrage über körperliche Beschwerden, die für eine Statistik der Gesundheitsförderung erstellt wur-

Schulpsychologe Dr. Jörg von Irmer regte mit seinem Vortrag „Lehrergesundheit – zwischen Stress und Resilienz“ die Teilnehmenden zur Spiegelung eigener Erfahrungen an.



de, zeigte Dr. von Irmer zunächst, dass Lehrkräfte stärker als die Gesamtbevölkerung von Stress belastet sind. Die Frage „Was ist Stress eigentlich?“ klärte er auf physiologischer und psychologischer Ebene. Er definierte eine neuronale und eine hormonelle Stressachse und führte dann zu der Fragestellung, was Burnout ist. Er präsentierte dafür eine Liste der häufigsten Symptome. Das Modell des Regenerationsverhaltens zeigte im Anschluss vier Bereiche, die es im Alltag abzugleichen gelte.

Stressbewältigung heißt im Gleichgewicht bleiben

In dem anschließenden Exkurs in die hirneingebundenen Grundlagen von Stress und Stressbewältigung erklärte Dr. von Irmer den Teilnehmenden den Begriff des Coping, der Stressbewältigung. Er zeigte verschiedene Faktoren, wie personale oder familiäre Faktoren, die Resilienz fördern und so zur Stressbewältigung beitragen. Viele Lehrkräfte bestätigten während des Vortrages durch weiterführende Fragen, dass sie sich in vielen Aussagen des Schulpsychologen wiederfanden.

Dr. von Irmer verwies abschließend auf ein aktuelles landesweites Angebot des Pädagogischen Landesinstitutes „Stark im Stress“ mit drei Modulen zu den Themen: Eigene Ressourcen stärken, Stress und negative Emotionen annehmen, Stress und negative Emotionen verändern. Er verwies die Anwesenden auch auf die Möglichkeit, ihren zuständigen Schulpsychologen für einen Studientag für ihre Schulgemeinschaft anzufragen.

Der Bezirksvorsitzende dankte dem Referenten für seine Ausführungen und allen Teilnehmenden für den gewohnt lebhaften, konstruktiven und intensiven Austausch.

Nicolas Cordes
nicolas.cordes@vrb-rlp.de



VRB VOR ORT

Besuch an der Erich-Kästner-Realschule plus Bad Neuenahr-Ahrweiler

Nicole Weiß-Urbach besuchte vor den Sommerferien die Erich-Kästner-Realschule plus in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Die Schule ist Realschule plus in integrativer Form und Schwerpunktschule mit Ganztagsbereich. An der Schule sind über 30 Lehrkräfte tätig. Die Schule war von der Flutkatastrophe sehr schwer betroffen.

In gastfreundlicher Atmosphäre tauschte sich Nicole Weiß-Urbach, sie ist Mitglied des Bezirksvorstandes Koblenz und des Bezirkspersonalrates, mit den Lehrkräften der Schule zu schulorganisatorischen und dienstrechtlichen Fragen aus. Es ging auch um Themen wie Teilzeit oder Altersteilzeit. Weiß-Urbach führte ein intensives Gespräch über die personellen und organisatorischen Herausforderungen nach der Flutkatastrophe im Ahrtal. Die personelle Versorgung sei gut, konstatierte Martin Lehnert, der stellver-

tretende Schulleiter der Schule, aber die schulischen Belastungen der Lehrkräfte seien übermäßig hoch. Beispielsweise sei die Sporthalle noch nicht fertiggestellt. Das bedeute für die Lehrkräfte, äußerst flexibel bezüglich der Gestaltung des Sportunterrichts zu sein.

Bei einem Rundgang durch das Erdgeschoss der Schule, die noch immer eine Baustelle ist, wurde deutlich, dass es noch ein langer Prozess bis zu einem normalen Schulalltag sein wird.



Madeleine Leutschtaft, die pädagogische Koordinatorin (links), und Tanja Föbel, die Vorsitzende des örtlichen Personalrates (Mitte), hießen Nicole Weiß-Urbach willkommen.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



PENSIONÄRSTREFFEN 2023

Besuch der Eifelgemeinde Thür



Zum Pensionärstreffen 2023 hatte Margit Lenarz (5.v.li.) diesmal in die Eifelgemeinde Thür eingeladen. Friedrich Hermes (3.v.re.) begleitete die Gruppe auf einem Rundgang durch seinen Heimatort.

Thür ist ein kleiner beschaulicher Ort zwischen Mendig und Mayen. Dorthin hatte VRB-Pensionärsbetreuerin Margit Lenarz die ehemaligen Kolleginnen und Kollegen für Anfang September eingeladen. Kollege Friedrich Hermes hatte sich bereit erklärt, eine Führung durch seinen Heimatort zu übernehmen. Zunächst traf man sich in der historischen Scheune, wo die Kolleginnen und Kollegen die ersten Informationen über den Ort erhielten.

Der Ortsname Thür ist keltischen Ursprungs, bedeutet „am Wasser gelegen“ und ist mehr als zweitausend Jahre alt. 1112 wurde er

erstmals urkundlich erwähnt. 1995 hat man bei Bimsabbauarbeiten fränkische Grabbeigaben gefunden und mehr als tausend fränkische, römische und keltische Gräber freigelegt. Thür liegt an einer antiken Handelsroute, über die Waren von Marseille, Lyon, Metz nach Köln und Mainz transportiert wurden. Mosel und Rhein wurden für den Basalttransport genutzt.

Bei einem Rundgang wurden mehrere Gebäude besichtigt, die aus dem 17. und 18. Jahrhundert stammen. In den 1980er Jahren hat der Ortsgemeinderat, ihm gehörte auch Friedrich Hermes an, beschlossen, diese historischen Gebäude zu restaurieren. Im Laufe der folgenden Jahre ist durch die Sanierung des Ortskerns ein sehenswertes Lebenszentrum entstanden. Die Informationen während des Rundgangs wurden von Herrn Hermes mit kleinen Anekdoten humorvoll verpackt.

2017 hat die Gemeinde erfolgreich an dem Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ teilgenommen. Sie erreichte den ersten Platz beim Bezirksentscheid, den zweiten beim Kreisentscheid und eine Silbermedaille der Sonderklasse beim Landesentscheid.

Zum Abschluss schloss sich ein Cafébesuch in Obermendig an. Hier nutzten die Kolleginnen und Kollegen die Zeit zu ausführlichen Gesprächen. Frau Lenarz überbrachte Grüße des Bezirksvorstands und verwies auf die vielfältigen Informations- und Unterstützungsangebote, die der VRB für seine Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand vorhält. Sie dankte insbesondere Friedrich Hermes für einen interessanten Nachmittag.

Margit Lenarz
margit.lenarz@vrb-rlp.de



Kennenlernen und Austausch im Studienseminar Ilbesheim

Im September besuchten Alexander Fischer und Monika Antoni das Studienseminar in Ilbesheim. Sie lernten dabei die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter kennen, die zum 1. August 2023 ihre zweite Ausbildungsphase begonnen haben.

In Gesprächen kam es zu einem guten Austausch über die Motivation der neuen Kolleginnen und Kollegen für ihren Beruf. Einige von ihnen haben bereits in anderen – z. T. auch handwerklichen – Berufen gearbeitet. Das ermöglicht Ihnen, neben der unterrichtlichen Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen, ihre Einblicke und Erfahrungen in der Arbeitswelt weiterzugeben.

Die VRB-Vertreter informierten über die Aufgaben der Personalvertretungen auf den Ebenen der Örtlichem Personalräte sowie der

Bezirks- und Hauptpersonalräte. Wichtig war ihnen, die individuelle Betreuung und Unterstützung der Mitglieder des VRB in den Fokus zu rücken. Dabei verwiesen sie u. a. auch auf die VRB-Expertinnen und -experten zu den verschiedenen Sachgebieten.

Alle Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner erhielten eine Ausgabe des VRB-WEGWEISERS, der speziell Fragen rund um den Vorbereitungsdienst beantwortet und zudem persönliche Ansprechpartner des Verbandes zu Fragen um Schule und Beruf benennt.

Die VRB-Vertreter hatten auch Gelegenheit, sich mit Mitgliedern der Seminarleitung zu Fragen der Lehrkräfteausbildung auszutauschen.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Monika Antoni (li) und Alexander Fischer informierten die Kolleginnen und Kollegen der neuen Ausbildungsgruppe am Studienseminar Ilbesheim. Diese nutzten auch die Gelegenheit, sich individuell beraten zu lassen.

VRB VOR ORT

Besuch an der Integrierten Gesamtschule Ernst-Bloch in Ludwigshafen.

Vor den Sommerferien besuchten Christoph Schneider und Monika Antoni die IGS Ernst Bloch und nahmen an einer Personalversammlung teil. Christoph Schneider ist VRB-Vorsitzender im Bezirk Neustadt und Mitglied im Bezirkspersonalrat der Integrierten Gesamtschulen, Monika Antoni stellvertretende VRB-Bezirksvorsitzende und Mitglied im Bezirkspersonalrat der Realschulen plus.

Grundlagen der Teilzeitbeschäftigung

Im Rahmen der Personalversammlung, an der fast dreißig Kolleginnen und Kollegen teilnahmen, informierte Monika Antoni über die rechtlichen Grundlagen der Teilzeitbeschäftigung. Sie stellte dabei die

verschiedenen Formen der Teilzeit vor: Voraussetzungslose TZ, TZ aus familiären Gründen, TZ während der Elternzeit und die Altersteilzeit. Auch das sog. Sabbatjahr kam zur Sprache. Sie ging auch auf den Inhalt der VV zum „Umfang der dienstlichen Verpflichtung von Teilzeitlehrkräften“ ein. Antoni beschrieb sie als einen Orientierungsrahmen, der Hilfe bei Einzelfallentscheidungen bietet, sowohl die Belange der Teilzeitlehrkräfte als auch die des gesamten Kollegiums berücksichtigt und insgesamt einen funktionsfähigen Schulbetrieb ermöglichen soll.

Fragen aus dem Schulalltag

Christoph Schneider ging im Anschluss auf die daraus im Schulalltag möglicherweise resultierenden Probleme ein, einen echten Ausgleich für die in Teilzeit arbeitenden Kolleginnen und Kollegen zu schaffen und gleichzeitig deren verpflichtende Teilnahme an bspw. Konferenzen umzusetzen. Er betonte, dass ein von allen getragenes Vertretungskonzept wichtig sei. Eine wesentliche Rolle spiele die Kommunikation zwischen Schulleitung, ÖPR und auch den betroffenen Lehrkräften. ÖPR-Mitglieder sahen in den Informationen und Hinweisen eine gute Basis, in einer weiteren Personalversammlung das bereits bestehende Teilzeitkonzept der Schule zu evaluieren und ggf. anzupassen.

In der sich anschließenden Fragerunde beantworteten Antoni und Schneider individuelle Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Christoph Schneider bedankte sich abschließend für die Einladung und hob die Bereitschaft seines Verbandes hervor, auch künftig die Kolleginnen und Kollegen sowie die Personalvertretung zu unterstützen.



Christoph Schneider und Monika Antoni (re.) sichern ihren Gesprächspartnerinnen die Bereitschaft zu, Kollegium und Personalvertretung auch künftig zu unterstützen.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



VRB-MITGLIEDER BESUCHEN IM HISTORISCHEN MUSEUM SPEYER DIE AUSSTELLUNG

König Ludwig I. – Sehnsucht Pfalz

Die Ausstellung zeigt, dass Ludwig I. zeitlebens eine enge Verbindung zur Pfalz hatte. Er wurde am 25. August 1786 in Straßburg geboren. Sein Vater, Pfalzgraf Max Joseph aus der Wittelsbacher-Linie Pfalz-Zweibrücken, war seit 1799 Kurfürst von Bayern. 1806 wurde Bayern von Napoleons Gnaden zum Königreich und Ludwig damit Kronprinz.

Er heiratete im Oktober 1810 die Prinzessin Therese von Sachsen-Hildburghausen. Nach den Hochzeitsfeierlichkeiten fand ein Pferderennen außerhalb von München statt. Das Gelände wurde Theresienwiese genannt und ist seitdem Ort des Oktoberfestes. Therese, die ihm neun Kinder gebar, war aber nicht die einzige Frau in seinem Umfeld, wie die Sammlung schöner Frauen in einem eigenen Kabinett des Museums zeigt.

1825 verstarb plötzlich sein Vater Max Joseph und Ludwig wurde zum König Ludwig I. von Bayern. Seine Vorliebe für die Antike und Griechenland bescherte München eine Vielzahl von klassizistischen Gebäuden. Leo von Klenze und Friedrich Wilhelm Gärtner waren seine Baumeister. Bayern hat, ebenso wie Speyer, das y im Namen der Liebe Ludwigs zu Griechenland zu verdanken. Auch in der Pfalz und speziell in Speyer hat König Ludwig I. seinen Spuren hinterlassen. Unter anderem gehen die Sommerresidenz Ludwigshöhe in Edenkoben und die Vorderfront des Domes auf seine Initiative zurück. Das gilt ebenso für die Ausmalung des Domes im Nazarener Stil durch Johann Baptist Schraudolph.

Wirtschaftlich hat Ludwig I. einiges bewegt. Er trat dem Zollverein bei, ließ durch Paul von Denis Bahnstrecken bauen, und entwickelte aus der Rheinschanze die Stadt Ludwigshafen, auch als Pendant zum nun badischen Mannheim und Heidelberg.



VRB-Mitglieder waren der Einladung der VRB-Kulturreferentin Gudrun Deck (Mitte) zu einer Führung im Historischen Museum Speyer gefolgt. Die Sonderausstellung „König Ludwig I. – Sehnsucht Pfalz“ wird bis zum 31. März 2024 gezeigt.

Den Bestrebungen des Hambacher Festes und der Revolution 1848 konnte der König nicht folgen, Preissteigerungen und seine Affäre mit der Tänzerin Lola Montez, der er einen Adelstitel und finanzielle Unterstützung bot, brachten das Volk und sogar seine Familie gegen ihn auf. Am 20. März 1848 dankte er zugunsten seines erstgeborenen Sohnes Maximilian II. freiwillig ab.

Nach dem Rundgang durch die empfehlenswerte Ausstellung über den pfalzbegeisterten König Ludwig I. trafen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem nahegelegenen Restaurant zum Austausch bei Kaffee und Kuchen.

Gudrun Deck
gudrun.deck@vrb-rlp.de



DELEGIERTENTREFFEN UND BEZIRKSVERSAMMLUNG IN TRIER

Fachvortrag: Dem Absentismus gegensteuern. Hinschauen und Warnsignale wahrnehmen!



Wolfgang Seebach, Jutta Okfen, Patrick Jendrusch, Eric Bonn, Katharina Becker, Mechthild Emmesberger und Holger Schwab (von links) in der Delegiertenrunde: Im Austausch bleiben. Darauf kommt es an.

Delegierte berichten von ihren täglichen Herausforderungen

Der Bezirksvorstand Trier lud seine Delegierten der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen mit etwas zeitlichem Vorlauf zur Bezirksversammlung Ende September zu einer Austauschrunde ein, um im Dialog mit ihnen zu erfahren, welchen Herausforderungen sich die Kollegien an den einzelnen Standorten tagtäglich stellen



Bernhard Laux referierte über das Thema Schulabsentismus. Er ist Leiter des Projekts „Reintegration in die Zukunft“ (RidZ) und Mitherausgeber der Handreichung zum Umgang mit Schulabsentismus.

müssen, was sie über den Unterricht hinaus beschäftigt und mit welchen Forderungen an die politischen Entscheidungsträger auf Seiten der Schulträger und der bildungspolitischen Ebene der Verband herantreten soll.

Den Delegierten fiel es nicht schwer, Dinge aufzuzählen, die dringend angegangen werden müssen: Ausbau der Digitalisierung an den Schulen vorantreiben, insbesondere die WLAN-Versorgung verbessern, mobile Endgeräte zur Verfügung stellen und digitale Boards in den Schulräumen anbringen. Die Sanierungsarbeiten bzw. Neubauten an einigen Standorten kommen nicht voran, Schulen leiden unter Platznot und teilweise könne der Fachunterricht nicht erteilt werden, da die Räumlichkeiten die Auflagen hierzu nicht erfüllen. Unterstützungsangebote seitens multiprofessioneller Teams sind dringender denn je. Differenzierungslehrkräfte zur individuellen Förderung, Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen zur Beratung und Unterstützung für Kollegien, Schülerinnen und Schüler sowie deren Erziehungsberechtigte sind nicht ausreichend vorhanden. Die Liste könne problemlos weitergeführt werden, konstatierte Vorstandsmitglied Holger Schwab.

Die stellvertretende Vorsitzende Katharina Becker resümierte: „Im Austausch bleiben, Ansprechpartnerin und Ansprechpartner für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort sein, die Nöte der Schulen wahrnehmen, über die Arbeit im Bezirk, auf Landesebene und in den Stufenvertretungen wie Bezirks- und Hauptpersonalrat der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen informieren. Darauf kommt es an!“

Reintegration in die Zukunft (RidZ) – ein Projekt bei Schulabsentismus

Am Nachmittag stand die Bezirksversammlung im Zeichen eines Fachvortrags zum Schulabsentismus. Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Christoph Krier referierte Bernhard Laux praxisnah über das Thema Schulabsentismus. Als Leiter des Projekts „Reintegration in die Zukunft“ (RidZ) des Palais e.V. Trier und Mitherausgeber der Handreichung zum Umgang mit Schulabsentismus greift er auf über zwanzig Jahre Berufserfahrung zurück und kennt die Herausforderung, vor denen das System Schule, aber auch die Betroffenen selbst stehen, wenn der Weg in die Schule nicht gegangen werden kann. „Unser Projekt ist 2001 in Trier gestartet. Ziel ist es, schulabsente Kinder und Jugendliche wieder an Schule heranzuführen. Das kann funktionieren, muss aber nicht,“ so die einleitenden Worte von Laux. Das Palais e.V. ist mit seinem Projekt zwischen den Systemen Jugendhilfe und Schule verortet und wird durch die Stadt Trier, das Land Rheinland-Pfalz, den Kreis Trier-Saarburg und die Herbert-und-Veronika-Reh-Stiftung Trier finanziert.

Schulabsentismus ist mehr als „kein-Bock-auf-Schule“

Bernhard Laux stellte im Verlauf des Gesprächs mit den Anwesenden immer wieder heraus, dass sich ihre Klienten geändert hätten. „Früher hatten die Kinder einfach keinen Bock auf Schule, heute haben sie massive Probleme.“ Er trat mit einer eindringlichen Bitte an



„Wir müssen als Lehrkräfte auch abgeben können.“ Bezirksvorsitzender Christoph Krier plädierte dafür, frühzeitig Expertinnen und Experten zu Rat zu ziehen und forderte eine Stärkung der Schulsozialarbeit.

die Lehrkräfte heran: „Bitte versuchen Sie zu verstehen, dass es für die betroffenen Kinder problematisch ist, zur Schule zu gehen. Meistens steckt eine Geschichte dahinter.“ So könne es die familiäre Situation sein, dass Schülerinnen und Schüler nicht pünktlich zur ersten Unterrichtsstunde anwesend sind, da sie erst noch die Geschwister in die Kita oder zur Grundschule bringen müssen – wenn die Eltern dazu nicht in der Lage sind. Andere Gründe können beispielsweise Mobbing in der Peer-Group sein, Probleme mit Mitschülerinnen und Mitschülern oder einzelnen Lehrkräften. Auch Leistungsdruck und eine sinkende Motivation stehen oft dem Gang in die Schule im Weg. „Und seit Corona kämpfen immer mehr mit Trennungängsten, denen man step-by-step begegnen muss.“ Für eine „Schulphobie“ kann es vielfältige Auslöser wie bestimmte Geräusche und Töne, räumliche Situationen oder zwischenmenschliche Aspekte geben.

Frühzeitig hinschauen und aktiv werden

Bernhard Laux stimmte die Kolleginnen und Kollegen darauf ein, frühzeitig hinzuschauen, wenn Schülerinnen und Schüler häufig fehlen, und nicht damit zu warten, bis sich die Fehlzeiten summieren. „Hat eine Schülerin oder ein Schüler 25 Fehltage und mehr, dann

ist ein erfolgreiches Gegensteuern der Schule kaum mehr möglich,“ so Laux. Klassenleitungen und Fachlehrkräfte hätten i. d. R. ein gutes und sensibles Auge dafür, wenn Einzelne regelmäßig fehlen, an Sportstunden nicht teilnehmen, regelmäßig montags und dienstags als fehlend im Klassenbuch stehen oder bei Leistungsüberprüfungen nicht anwesend sind. „Stellen Sie sich dann bitte die Frage, ob es am Fach oder den Ressourcen der Schülerin bzw. des Schülers liegen kann, oder ob die Klassensituation eventuell problematisch ist.“

Prävention und multiprofessionelle Teams

Um betroffenen Schülerinnen und Schülern sowie ihren Erziehungsberechtigten Unterstützung und Hilfen anbieten zu können, sollte seitens der Schule präventiv gearbeitet werden. „Für einen Lernerfolg ist die Beziehungsebene zwischen Schülern und Lehrkräften essenziell und die soziale Bindung muss stimmen, damit eine Beratung angenommen wird,“ so Laux. Dann seien die Betroffenen auch bereit, mit den beteiligten Institutionen zusammenzuarbeiten. Beobachten, einschätzen, Warnsignale wie Fehlzeiten oder temporär-auffälliges Fehlen wahrnehmen! „Und nutzen Sie Hausbesuche! Sie werden vielleicht nicht immer reingelassen oder mit offenen Armen empfangen. Doch das Signal, eine Bindung und Interesse am Kind aufbauen zu wollen, reicht oftmals aus,“ schildert Laux seine Erfahrungen.

Dieses Vorgehen sensibilisiere auch die Betroffenen dahingehend, dass sie Hilfe zulassen mögen. „Multiprofessionelle Teams sowie die Schulsozialarbeit, die Jugendhilfe und das Jugendamt sind Anlaufstellen, die in Anspruch genommen werden sollen, auch um Sie als Lehrkraft zu entlasten. Geben Sie ab an die Expertinnen und Experten, die dafür zuständig sind,“ rät er den Anwesenden.

Kritik an der Finanzierung der Schulsozialarbeit

Christoph Krier dankte dem Referenten für seinen umfangreichen und auf tiefgreifende Erfahrungen basierende Darstellung rund um das Thema Schulabsentismus, den Appell an die Kolleginnen und Kollegen, frühzeitig hinzuschauen und Expertinnen und Experten zu Rat zu ziehen. „Wir müssen als Lehrkräfte auch abgeben können,“ so Krier. Zugleich wurde in der Abschlussrunde auch deutlich, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit oftmals auf wackeligen Beinen stehe und es nicht ausreiche, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter mit halber Stelle an eine Schule zu schicken. „Gegen Ende des Jahres über die Finanzierung der Schulsozialarbeit zu verhandeln, kann nicht Sinn einer umfassenden und unterstützenden pädagogischen Arbeit an den Schulen sein,“ resümierte Krier.

Christoph Krier christopher.krier@vrb-rlp.de



Lehrkräfte nehmen in der Regel sensibel wahr, wenn einzelne Schülerinnen und Schüler regelmäßig fehlen, nicht an Sportstunden teilnehmen, regelmäßig montags und dienstags im Klassenbuch stehen oder bei Leistungsüberprüfungen nicht anwesend sind.

Fotos: Katharina Becker/ Anna Becker

„Der Austausch aller Akteure rund um die Realschule plus ist uns ein großes Anliegen“

VRB im Gespräch mit Prof. Dr. Sabine Klomfaß und Dr. Simon Gordt vom Fachbereich Bildungswissenschaften der Universität Trier



Gemeinsames Interesse in der Lehrkräfteausbildung: Prof. Dr. Sabine Klomfaß (2.v.re.) und Dr. Simon Gordt (re.) von der Universität Trier wollen den Austausch und die Kooperation zwischen Studierenden und Lehrkräften der Realschulen plus fördern. Sie tauschten sich über Ihre Konzepte mit Christoph Krier (li.) und Katharina Becker (2.v.li.) vom VRB-Bezirksverband Trier aus.

„Wir wollen den Austausch zwischen Studierenden des Realschullehramts und den Lehrerinnen und Lehrern an den Realschulen plus stärken. Das ermöglicht eine Win-Win-Situation für beide Seiten.“ Über diesen Grundsatz waren sich Prof. Dr. Sabine Klomfaß und Dr. Simon Gordt sowie Katharina Becker und Christoph Krier (beide VRB) gleich zu Beginn ihres Gesprächs zu Möglichkeiten der intensiveren Kooperation zwischen der Universität Trier und den Realschulen plus einig.

Projektseminar am Bedarf der Kooperationsschulen orientieren

Für diese Intensivierung wurden im realschulspezifischen Lehrangebot der Bildungswissenschaften im Masterstudium bereits einige Veränderungen auf den Weg gebracht, die ab dem Wintersemester 2023/24 in Kraft treten. So wird es ein neues Projektseminar geben, in dem die Studierenden beispielsweise Projekte planen, die im Rahmen von Projekttagen oder Projektwochen an kooperierenden Schulen durchgeführt werden. „Dabei ist uns wichtig, die Themen und Bedarfe der Kooperationsschulen aufzugreifen“, erläutert Klomfaß. Erst dann sei durch die Kooperation auch Entlas-

tung für die beteiligten Lehrerinnen und Lehrer möglich. Und die Win-Win-Situation ist hierbei mitbedacht: Die Studierenden bekommen vertiefte Einblicke in die pädagogische Arbeit an Realschulen plus und können ihre professionelle Handlungskompetenz in der Praxis entwickeln. Die Lehrerinnen und Lehrer sind nicht nur als Ansprechpartner während der Durchführung mit dabei, sondern profitieren auch von den frischen Ideen der zukünftigen Kolleginnen und Kollegen.

Durch Praxisbezug Schulartwahl offenhalten

„Wenn solche Projekte erfolgreich verlaufen, die Studierenden einen Mehr-

wert durch den Praxisbezug wahrnehmen und in ihrer Lehramtswahl bestärkt werden, sollte das Angebot allen Studierenden des Lehramts ermöglicht werden und das vor der Festlegung auf die Schulart und den hierfür angestrebten Studienabschluss“, bekräftigt Christoph Krier. Damit spielt er auf die empirischen Befunde zur Schulformwahl an, die den Studierenden in dieser Hinsicht eine gewisse Trägheit bescheinigen. Denn obwohl beim Studium für ein Sekundarstufenlehramt die Entscheidung für die Schulform Gymnasium oder Realschule plus erst im fünften Fachsemester erfolgen soll, nutzen nur wenige Studierende die Möglichkeit, während der ersten Studiensemester ihre Wahl auf der Basis neuer Erfahrungen aus dem Studium und den Orientierungspraktika zu revidieren.

Ausbildungsprofil Realschule plus stärken

Daher sei das von der Nikolaus Koch Stiftung geförderte Projekt BiPart (bi-part.uni-trier.de) wichtig gewesen, um seitens der Lehramtsstudierenden gegebenenfalls bestehende Vorurteile gegenüber der Schulart Realschule plus und ihrer Schülerschaft abzubauen. Die teilnehmenden Studierenden, die sich als Mentorinnen und Mentoren in Tandems oder Tridems mit Schülerinnen und Schülern regelmäßig trafen und sie bei der Bewältigung ihrer schulischen Aufgaben etwa zehn Monate lang unterstützten, haben die intensive pädagogische Arbeit als gewinnbringend erlebt. Zugleich hielten sie jedoch fast alle an ihrer Schulformwahl fest, begründet unter anderem durch ihre gewählte Fächerkombination, aber auch wegen der Annahme, sich durch ein gymnasiales Lehramtsstudium mehr Optionen offenhalten zu können. „Hier könnte mehr fallbezogene Beratung helfen“, so Gordt, „um wohlüberlegt für sich die richtige Entscheidung zu treffen. Dazu gehört vor allem auch eine auf das Lehramt Realschule plus profilierte Ausbildung, die den Schwerpunkt auf eine anerkennde Pädagogik für Jugendliche in heterogenen Lebenslagen legt.“

Praxisphasen für Professionalisierung nutzen

„Oftmals gewinnen Studierende im

Rahmen ihres Orientierenden Praktikums an einer Realschule plus oder Integrierten Gesamtschule einen anderen, einen neuen Blick auf das tägliche pädagogische Arbeiten und die intensive Beziehungsarbeit zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern beider Schularten“, konstatiert Krier. „Wenn die Studierenden im Orientierenden Praktikum von motivierten und engagierten Kolleginnen und Kollegen an die Hand genommen werden und sich im Unterricht nicht nur in der Beobachterrolle hinten im Klassenzimmer wiederfinden, dann erleben sie auch, welche Freude das Arbeiten mit den Schülerinnen und Schülern bereiten kann“, so Katharina Becker. Dass sowohl die Praktika als auch eine PES-Stelle eine Chance für das Lehramt Realschule plus sein können, sehen auch Klomfaß und Gordt. „Doch hier hängt es von den Bedingungen und der indi-

viduellen Begleitung an der jeweiligen Schule vor Ort ab, wie die Studierenden diese Praxisphasen für ihre Professionalisierung nutzen können. Und dies fällt oft sehr unterschiedlich aus“, weiß Klomfaß von ihren Studierenden zu berichten.

Realschule-plus-Tage an der Uni Trier

Das Gespräch fand im Nachgang zum zweiten Realschule-plus-Tag zum Thema „Beruflichere – Profilierung durch Berufsorientierung“ an der Uni Trier statt (rstag.uni-trier.de). „Wir haben diesen Tag in Kooperation mit dem Studienseminar Realschule plus (Trier) und dem Zentrum für Lehrerbildung (Trier) ins Leben gerufen, um einen Ort des Austauschs für alle Akteure und Akteurinnen im Kontext Realschule plus zu schaffen, um uns zu vernetzen und unsere Angebote weiterzu-

entwickeln. Und da bleiben wir auch dran!“, bekräftigt Klomfaß. Der nächste Realschule-plus-Tag ist im Wintersemester zum Thema „Berufswunsch Realschullehrer:in“ als Sonderedition für die Zielgruppe Schülerinnen und Schüler ab der zehnten Jahrgangsstufe geplant.

Der VRB freut sich über die innovativen Ideen und den engagierten Einsatz von Frau Prof. Dr. Klomfaß und Herrn Dr. Simon Gordt für das Lehramt Realschule plus. Wir sind gespannt, über welche weiteren Angebote sich die Studierenden freuen dürfen.

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



Katharina Becker
katharina.becker@vrb-rlp.de



Begrüßung der neuen Ausbildungsgruppe am Studienseminar Trier

Ende Oktober wurden die neue Ausbildungsgruppe der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter am Studienseminar für das Lehramt an Realschulen plus seitens des Trierer Bezirksvorstands willkommen geheißen. Christoph Krier, Katharina Becker, Alexander Sonnen und Anna Becker traten mit den angehenden Kolleginnen und Kollegen in Austausch.

Über den VRB-Wegweiser für die Ausbildung im Studienseminar kam man ins Gespräch. Themen waren u. a. die Verbandsstruktur im Allgemeinen und speziell im VRB auf Landesebene, der Unterschied zwischen gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen und worauf man beim Abschluss achten muss sowie das Personalvertretungsrecht und die Bedeutung der Personalvertretung als wichtiges Sprachrohr der Beschäftigten.

Besonders interessierten sich die angehenden Lehrkräfte für das umfangreiche Angebot an Veranstaltungen, das seitens des VRB besteht. Das sind u. a. pädagogische und schulrechtliche Fachvorträge im Rahmen von Bezirksversammlungen und die Ver-

anstaltungsreihe „Gewusst wie in 60 Minuten“. Der am gleichen Tag neu ins Amt gewählte Personalrat der Ausbildungsgruppe zeigte sich besonders an den ÖPR-Schulungen des Verbandes interessiert.

Deutlich wurde vor allem eins: Die jungen und motivierten Kolleginnen und Kollegen haben sich bewusst für das Lehramt an Realschulen plus entschieden und freuen sich auf die Arbeit an den Schulen, auf den Unterricht und das Arbeiten mit den Schülerinnen und Schülern. Sie erwarten eine fundierte und facettenreiche Ausbildung am Studienseminar.

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



Foto: Anna Becker

Katharina Becker (li), Christoph Krier (2.v.li.), Alexander Sonnen (re.) und Anna Becker (hinter der Kamera) traten mit den angehenden Kolleginnen und Kollegen der neuen Ausbildungsgruppe am Studienseminar Trier in den Austausch. Auch individuelle Beratung war gefragt.

„GEWUSST WIE IN 60 MINUTEN“

Thema: Fit ins neue Schuljahr



Drei Tage nach Beginn des Schuljahres 2023/24 erhielten VRB-Mitglieder und interessierte Kolleginnen und Kollegen des Bezirks in der digitalen Mikro-Fortbildung „Gewusst wie in 60 Minuten“ umfangreiche Informationen zum Schuljahresbeginn. Hierzu zählten Themen wie „Welche Gremien sind im September zu wählen und welche Rolle übernehme ich dabei als Klassenleitung?“, „Was gilt bei Wandertagen, Schulausflügen und Klassenfahrten?“ und „Wie sind Aufsichten definiert und von mir als Lehrkraft zu führen?“.

Christoph Krier begrüßte die Teilnehmenden und erläuterte zu Beginn den Ablauf der bis Ende September anstehenden Wahlen der Klassenelternvertretung, welche Fristen einzuhalten seien und welche Regularien im Vorlauf zur Wahl, während dieser und nach der Wahl gelten. „Hierzu wurden den Schulen Materialien seitens der ADD zugestellt, die Ihnen über Ihre Schulleitung zur Verfügung gestellt werden,“ so Krier. In der Darstellung der Durchführung hob Krier insbesondere den Punkt „Anzahl der Stimmen je Elternteil“ hervor. Auch verwies er nochmal auf die Meldung der gewählten Elternvertretungen an das Elterninformationsportal (EIP).

Mit jedem neuen Schuljahr stehen auch Wandertage, Schulausflüge und Klassenfahrten an. Um bei der Planung, Organisation und Durchführung bestmöglich vorbereitet zu sein, wurden die Kolleginnen und Kollegen umfassend informiert. „Bis zur Klassenstufe 10 sollen zwei Aufsichtspersonen die Klasse begleiten“, erläuterte Krier. Dabei verwies er auch darauf, dass eine zweite

Begleitperson nicht zwingend eine Lehrkraft sein müsse und die „geeignete Person“ durch die Schulleitung beauftragt werden könne.

„Zweck der Aufsicht ist es, Schülerinnen und Schüler vor Schaden zu bewahren, aber auch zu verhindern, dass andere durch sie einen Schaden erleiden,“ heißt es in der VV „Aufsicht in Schulen“. „Wir müssen uns bewusst sein, dass es drei Abstufungen von Aufsichten gibt: die aktive Aufsicht, die vorausschauende Aufsichtsführung und die kontinuierliche Beaufsichtigung“, betonte Krier und machte den Unterschied an Fallbeispielen deutlich. In diesem Zusammenhang verwies er auch darauf, dass die Anzahl der Aufsichten durch die Schulleitung festgelegt werde, um die Schülerinnen und Schüler vor, während und nach dem Unterricht vor Schaden zu bewahren.

In einer abschließenden Austauschrunde wurden Fragen zum Einsatz von Teilzeitlehrkräften während Schulveranstaltungen, bei Aufsichten und im Vertretungsunterricht beantwortet. Krier appellierte an die Kolleginnen und Kollegen, sich in den entsprechenden Verwaltungsvorschriften umfassend zu informieren und das offene Gespräch mit der Schulleitung zu suchen, wenn es Anlass dazu gebe.

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



Trauer um Gerda Wies, eine engagierte Realschulvertreterin



„Manchmal habe ich auch an der Schule gelitten,
aber ich habe sie immer geliebt.“

Gerda Wies, ehemalige Schulleiterin an der Realschule Remagen (1989–1998) und an der Realschule Cochem (1998–2008) sowie langjähriges Mitglied im VDR-Landesvorstand und im Hauptpersonalrat Realschulen, ist nach kurzer Krankheit in ihrer Heimatstadt Cochem verstorben.

Gerda Wies gehörte sowohl dem Landesvorstand des Verbandes Deutscher Realschullehrer (von 1978 bis 1987) als auch dem Hauptpersonalrat für die Lehrerinnen und Lehrer an den staatlichen Realschulen in Rheinland-Pfalz (von 1977 bis 1988) an.

Gerda Wies übte von 1978 bis 1988 das Amt der Landesschriftführerin aus. Durch ihren engagierten Einsatz für die Weiterentwicklung ihrer Schule in Cochem und des Realschulwesens in Rheinland-Pfalz allgemein hat sie sich große Verdienste um die Realschule und unseren Verband erworben. Ihre Sachkompetenz spiegelte sich in vielen Themengebieten wider. Sie legte in ihrer Arbeit größten Wert auf Präzision und Organisiertheit.

Ihrem Beitrag für die Festschrift „25 Jahre Realschule Cochem“ gab sie den Titel „Liebeserklärung“. „Ja, meine Liebe zur Realschule ist wirklich schon sehr alt. Sie begann, als ich im Alter von zehn Jahren in die Klasse 5 einer Mittelschule in Niedersachsen eingeschult wurde. Meine Erinnerungen an meine eigene Schulzeit sind heute Nostalgie und verklärt durch die vielen Jahre, die seitdem vergangen sind. Aber ich werde nicht müde, immer wieder zu betonen, was die Realschulzeit mir damals und für später gegeben hat. (...) Manchmal habe ich auch an der Schule gelitten, aber ich habe sie immer geliebt.“

Gerda Wies verstarb am 9. September 2023 mit 79 Jahren. Wir werden sie in dankbarer und wertschätzender Erinnerung behalten.

Bernd Karst und Wolfgang Seebach



Achtung!
Sie bekommen keine
Post mehr vom VRB?
Bitte Mitgliedsdaten
aktualisieren!

Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung bittet darum, dass Adressänderung, Schulwechsel, Änderung der Bankverbindung, Änderung beim Beschäftigungsverhältnis (TV-L/Planstelle, Vollzeit/Teilzeit, Stundenzahl) an Wolfgang Seebach weitergegeben werden.



Wolfgang Seebach
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
Unterstraße 19
56814 Faid

In der kommenden Ausgabe ...

- stellen wir die Ergebnisse der aktuellen Einkommensrunde vor,
- blicken wir auf die Herausforderungen des zweiten Schulhalbjahres,
- portraituren wir den neuen Vorsitzenden des VDR-Bundesverbandes,
- informieren wir über die Ergebnisse unserer Umfrage zur Lehrkräftebelastung,
- setzen wir den Themenschwerpunkt „Fachoberschule“ mit Schulportraits fort,
- berichten wir über Initiativen aus dem Landtag, der KMK sowie aus dem dbb und dem VDR-Bund,
- schauen wir auf die Ergebnisse des Schülerzeitungswettbewerbs,
- sprechen wir mit Stefan Kölsch dem neuen ADD-Schulsporthreferenten über die Bundesjugendspiele und andere Schulwettkämpfe,
- setzen wir die Schulrechts-Reihe mit Anwältin Antonia Dufeu fort,
- stellen wir das beim PL angesiedelte Digitale Kompetenzzentrum vor,
- werfen wir einen Blick auf das Strategiepapier der Bundesregierung gegen Einsamkeit,
- berichten wir über unsere Verhandlungen und Beratungen mit den Parteien, dem Ministerium, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden,
- informieren wir über Veranstaltungen und Seminare der VRB-Bezirksverbände.



Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Timo Lichtenhäler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41/9 11 72 84
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister

Erwin Schneider
Mühlenweg 24
54675 Roth
Tel: 0 65 66 / 9 33 19 19
Fax: 0 65 66 / 93 51 11
erwin.schneider@vrb-rlp.de

Redaktion

Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Redaktionsteam

Monika Antoni (MA), Anna Becker (ABec),
Katharina Becker (KBec), Jana Brachtendorf
(JBra), Lisa Deck (LDec), Michael Eich (Eic),
Wolfgang Häring (Hr), Bernd Karst (Ka),
Wilfried Rausch (Ra), Wolfgang Seebach (WS),
Regina Sersch (Ser), Nicole Weiß-Urbach (NWU)

Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de
5.000 Exemplare, WIRmachenDRUCK GmbH



Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).



Extremismus und Antisemitismus

Schulen benötigen Rückendeckung und Unterstützung

Gesellschaftlicher Grundkonsens droht zu erodieren

In den vergangenen Jahren sind viele bisherigen Gewissheiten ins Wanken geraten. Corona-Pandemie, Klima-Krise, Zuwanderung und Asylpolitik, Ukraine-Überfall, Energiekrise und Inflation haben dazu geführt, dass sich tiefe Risse durch unsere Gesellschaft ziehen. Der gesellschaftliche Grundkonsens, wie Deutschland als Gemeinschaft verfasst sein soll, droht weiter zu erodieren. Als Beschleuniger wirkt sich nun der Nahostkonflikt aus: Antisemitismus tritt Milieu übergreifend offen zutage. Das Erstarken populistischer Parteien sowie aktivistische Aktionen gegen Staat und Gesellschaft verschärfen die gesellschaftlichen Verwerfungen. Hass und Hetze, Indoktrination und Manipulation (auch mit Künstlicher Intelligenz generierte Bilder und Videos) in den „sozialen Netzwerken“ tragen zur Spaltung der Gesellschaft bei. Mit dem Hamas-Israel-Krieg ist diesbezüglich eine neue Dimension erreicht.

Antisemitismus ist nicht zu tolerieren!

Die Gräueltaten der Terrororganisation Hamas sind menschenverachtend. Empathie und Mitgefühl gegenüber Israel sind angesichts des Leids das Gebot der Stunde. Empathie und Mitgefühl sollten auch den Menschen der palästinensischen Zivilgesellschaft entgegenbracht werden, die nicht nur als Geiseln und Schutzschild der Hamas missbraucht werden, sondern seit Jahrzehnten deren Indoktrination ausgesetzt waren und sind. Die Hamas verfolgt das Ziel, den Staat Israel zu vernichten und die Juden im Nahen Osten auszulöschen. Antisemitismus scheint Menschen unterschiedlicher Milieus und politischer Lager zu verbinden, die sich ansonsten feindselig gegenüberstehen: Islamisten, Rechtspopulisten und linke Aktivisten. Pauschale Verdächtigungen von Menschen, die mit den palästinensischen Menschen mitleiden und für deren Rechte auf die Straße gehen, verbieten sich. Antisemitische Parolen dürfen aber niemals akzeptiert werden, aus welcher Gefühlslage heraus auch immer diese skandiert werden.

Gesellschaftliche Polarisierung wirkt in Schulen hinein

In unseren Schulen bekommen wir schon seit längerer Zeit zu spüren, dass etwas aus dem Gleichgewicht geraten ist. Rechtsextreme, Linksextreme und Islamisten sprechen gezielt junge Menschen an, weil diese über TikTok, Instagram und Co. leichter – da unbefragt – zu erreichen und auch zu manipulieren sind. Die gesellschaftliche Polarisierung wirkt auf diesen Wegen in die Schulen hinein. Lehrkräfte fühlen sich bedroht und beklagen nicht erst seit gestern, dass sie Hass und Hetze – digital, aber auch unmittelbar – ohne hinreichenden Schutz ausgesetzt sind.

Der Verband Reale Bildung hat immer wieder gefordert, dass Lehrkräfte mehr politische und gesellschaftliche Rückendeckung benötigen. Diesbezüglich passiert nach wie vor zu wenig: Statt konsequent mit konkreten Maßnahmen Gewalt, Hass und Hetze entgegenzuwirken, bleibt die gesellschaftliche Unterstützung bei Übergriffen auf Lehrkräfte häufig auf ritualisierte Empörung und verbale Verurteilung beschränkt.

Schule und Lehrkräfte benötigen mehr Rückhalt

Erfahrungen dieser Art bewegen unsere Kolleginnen und Kollegen nachhaltig. Daher: Wer stellt sich entschieden gegen Extremismus und Antisemitismus, wenn Bedrohungen und Übergriffe befürchtet werden müssen, die nicht konsequent und spürbar geahndet werden? Politik und Gesellschaft haben für Schulen und Lehrkräfte zu wenig getan, damit sie sich mit Rückhalt im geschützten Raum dem Extremismus und dem Antisemitismus entgegenstellen können. Es besteht Handlungsbedarf. Mit Sprechakten allein lassen sich solche tiefgreifenden Probleme nicht bewältigen.

KlarText: Extremismus und Antisemitismus bedrohen unsere Gesellschaft. Viel zu lange wurde und wird seitens Verantwortlicher in Politik und Gesellschaft das wahre Ausmaß gesellschaftlicher Spaltungstendenzen und antisemitischer Einstellungen kleingeredet oder ausschließlich der rechten Ecke zugeordnet. Politikerinnen und Politiker nehmen reflexartig – einmal mehr – die Schulen in die Pflicht, gesellschaftszersetzenden Tendenzen entgegenzuwirken. Dabei müssten Politik und Gesellschaft sich jetzt ehrlich machen und Lebenslügen eingestehen, dann genau hinsehen, wo überall der Nährboden für Antisemitismus und Extremismus bereitet wird und endlich auch wehrhaft werden. Kinder und Jugendliche sind vor allem in den sozialen Medien der Indoktrination und Manipulation unkontrolliert ausgeliefert. Schule in die Verantwortung zu nehmen, ist ein inzwischen abgenutzter Reflex. Vielmehr müssen die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft handeln, ansonsten droht ihr gegen Hass und Hetze gerichteter Aufruf „Nie wieder ist jetzt“ zu einem weiteren folgenlosen Sprechakt zu verkümmern.



Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de

Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Name	Vorname	Geb.-Datum	E-Mail
Straße		PLZ und Wohnort	Telefon/Fax/Mobil-Nr.
Dienstbezeichnung	Schule	Prüfungsfächer	

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar voraussichtlich bis zum
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich die Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
IBAN		BIC
Ort	Datum	Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der Besoldung des Eingangsamtes und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst. Die aktuelle Anpassung erfolgte am 1. Januar 2020.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		20,50
A 15		19,50
A 14		17,-
A 13		16,-
A 12	oder darunter	15,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	13,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	11,-
TV-L	Vollbeschäftigung	13,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
Pensionäre		8,-
Lehramtsanwärter		3,-

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15–21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrages.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



LETZTE MELDUNGEN

Schutzkonzept für Schulen

Kinder sollen besser vor sexueller Gewalt und Missbrauch geschützt werden. Bis zum Schuljahr 2028/29 werden verbindliche Schutzkonzepte an jeder Schule etabliert. Das hat der Landtag am 8. November, einstimmig beschlossen. Die Landesregierung soll bis Ende 2024 den gesetzlichen Rah-

men für die Schutzkonzepte erarbeiten. Bildungsministerin Hubig kündigte an, zwei Schulpsychologen für die Arbeit an den Konzepten einstellen zu wollen.

Wü / Quelle: SWR Aktuell vom 8.11.2023; <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/kinderschutzkonzepte-sollen-an-schulen-in-rlp-pflicht-werden-100.html>

Aktionsplan Künstliche Intelligenz

Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger hat am 7. November 2023 den Aktionsplan Künstliche Intelligenz vorgestellt. Er ist das Update des BMBF-Beitrags zur KI-Strategie der Bundesregierung. KI ist nach Stark-Watzinger die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Sie sei eine

riesige Chance und habe enormes Potenzial, etwa in Bildung, Forschung und Wirtschaft.

Ra / Quelle: <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/pressemitteilungen/de/2023/11/071123-KI-Aktionsplan.html#searchFacets>

„Cornelsen Bildungsindex“: Stimmungsbarometer für das deutsche Bildungssystem

„... Die größte Unzufriedenheit gibt es mit 66 Prozent bei der Frage nach der Personalausstattung.

Ermutigend ist das Ergebnis im sensiblen Bereich der Demokratievermittlung. Hier äußern sich die Expertinnen und Experten überwiegend positiv zur Vermittlung von Grundwerten für das gesellschaftliche Zusammenleben.

Überraschend ist auch die Aufgeschlossenheit für KI-Systeme wie ChatGPT: Neun von zehn Befragten sehen darin eher ein Hilfsmittel oder einen Innovationstreiber als eine Gefahr für das Bildungssystem.“

Wü / Quelle: <https://www.cornelsen.de/bildungsindex>

Fundsache: Lehrermangel hat erst begonnen

„Sowohl 2021 als auch 2022 ist die Zahl der Studienanfänger zurückgegangen. Eine Lehramtsausbildung dauert lange, von Studienbeginn bis zur Einstellung vergehen rund acht Jahre. Hinzu kommt: Rund die Hälfte derer, die ein Studium beginnen, kommt gar nicht in dem Beruf an. Das zeigt der ‚Lehrkräftetrichter‘ des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft. Besonders gravierend ist der Schwund in den ersten Semestern. Hier könnten eine bessere Studienbera-

tung, Begleitung durch Mentoren oder mehr Praxisbezug helfen.“

„Besonders akut ist der Lehrkräftemangel in den MINT-Bereichen. Kann diese Versorgungslücke nicht geschlossen werden, droht Deutschland ein Bildungsnotstand...“

Wü / Quellen: FAZ v. 13.11.2023 und <https://www.stifterverband.org/lehrkraeftetrichter>

Rheinland-Pfalz: Starkes MINT-Land

„Unsere 2016 entworfene MINT-Strategie trägt bereits Früchte, wie der steigende Anteil von MINT-Lehramtsstudierenden gerade erst belegt hat...Aber wir wollen noch besser werden: Weil die Stärkung der Bildung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik viel mit Vernetzung zu tun hat, hat das Ministerium für Bildung seit 2018 zusammen mit dem Wissenschafts-

dem Wirtschaftsministerium den Ausbau der MINT-Regionen vorangetrieben. Seit knapp einem Jahr ist auch das Umweltministerium an dieser Kooperation beteiligt. Dieses Signal ist eindeutig: Wir wollen Rheinland-Pfalz gemeinsam zu einem starken MINT-Land machen ...“

Bildungsministerin Hubig am 20.11.2023 bei der Jahrestagung der MINT-Regionen